



Bundesministerium
der Finanzen

Das Ministerium



Monatsbericht des BMF 2006

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

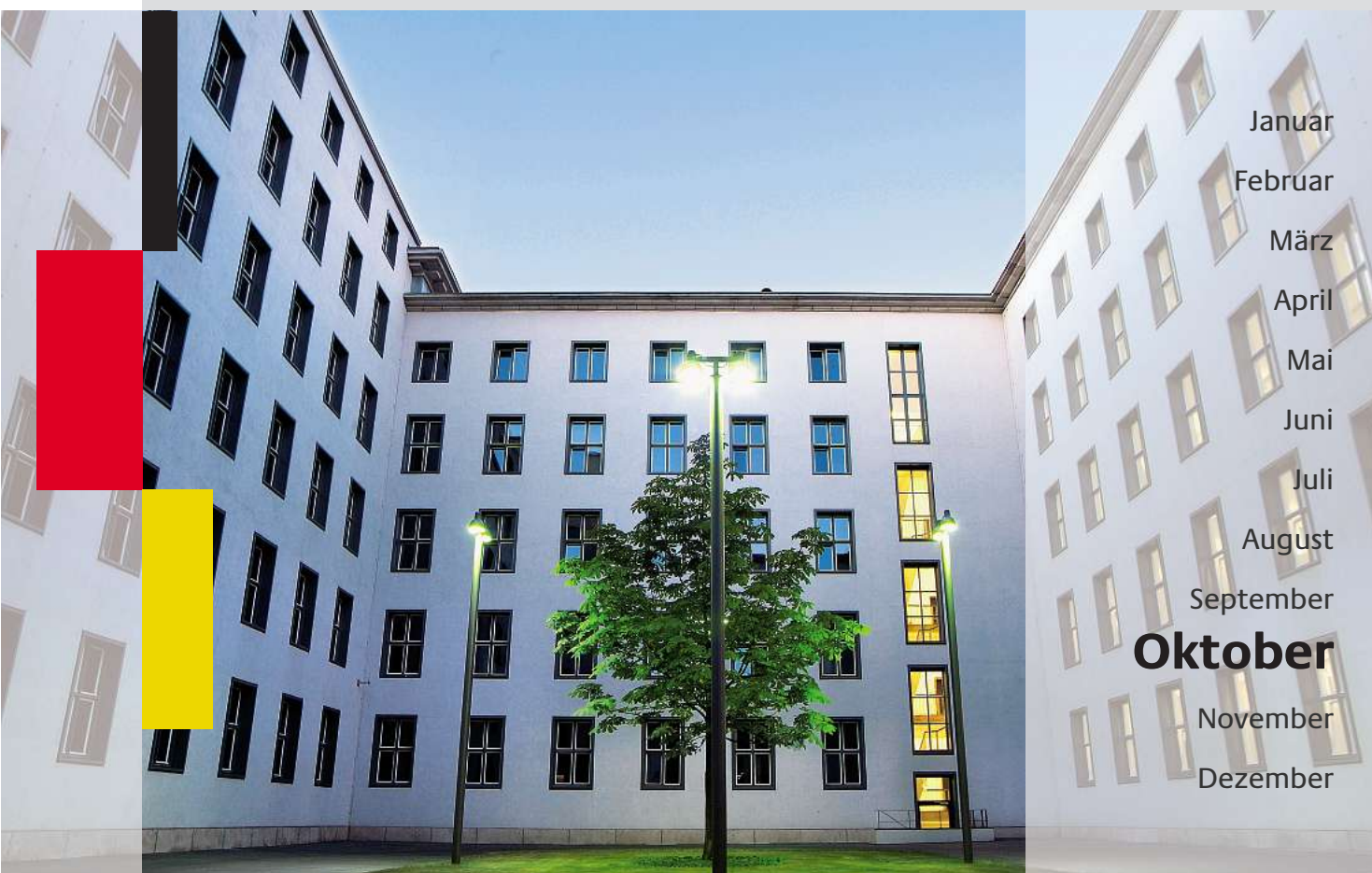
August

September

Oktober

November

Dezember



Monatsbericht des BMF Oktober 2006

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	27
Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2006	30
Termine	32
Analysen und Berichte	35
Kurzfassung des Jahresberichts zum Stand der Deutschen Einheit 2006	37
Bedeutung der Schätzungen von Produktionspotenzial und Produktionslücken für die Finanzpolitik	47
Entwicklung bundeseinheitlicher Software für das Besteuerungsverfahren (Vorhaben KONSENS) ...	55
Biokraftstoffe – ein neues Standbein der europäischen Agrarpolitik?	65
Jahresversammlung Internationaler Währungsfonds und Weltbank am 19. September 2006 in Singapur	69
Statistiken und Dokumentationen	73
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	76
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	99
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	103

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monats-
berichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.
Bundesministerium der Finanzen
Redaktion Monatsbericht
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder
<http://www.bmf.bund.de>
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundesregierung informiert regelmäßig über die Entwicklung des wirtschaftlichen Aufbaus in den neuen Ländern. Der aktuelle „Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2006“, den das Bundeskabinett Ende September gebilligt hat, dokumentiert die hierbei bislang erreichten Fortschritte. So ist das Bruttoinlandsprodukt der neuen Länder in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 1 % gewachsen – und damit etwas stärker als das der alten Länder mit 0,8 %. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität erhöhte sich weiter auf 79 % des westdeutschen Niveaus. Insbesondere das Verarbeitende Gewerbe und die produktionsnahen Dienstleistungen erwiesen sich als wachstumsstark. Neben diesen Fortschritten weist die Entwicklung in den neuen Ländern aber nach wie vor viele Herausforderungen auf. So bestehen spezifische Nachteile, die zusammen mit den insgesamt schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der letzten Jahre Ursachen für die immer noch angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt sind. Die Bundesregierung hat auf diese Situation mit einer Überarbeitung der Förderstrategie für den Aufbau Ost reagiert. Zwar wird auch in Zukunft eine flexibel und breit angelegte Förderung notwendig sein. Gleichzeitig müssen die Hilfen jedoch zunehmend für eine gezielte Profilierung der Stärken und regionaler Wachstumsmotoren eingesetzt werden.

Der mittelfristigen Finanzplanung und dem Stabilitätsprogramm der Bundesregierung liegen gesamtwirtschaftliche Projektionen für die mittlere Frist zu Grunde. Dabei stellt die Schätzung des Produktionspotenzials der Volkswirtschaft und die daraus abgeleitete Schätzung der so genannten Produktionslücken eine wichtige Referenzgröße dar. Darüber hinaus werden Produktionslücken zur Bereinigung öffentlicher Defizite um rein konjunkturell bedingte Entwicklungen



herangezogen und stellen auch vor diesem Hintergrund eine bedeutende Referenzgröße für die Finanzpolitik dar. Nicht zuletzt spielen Potenzialschätzungen bei der Konjunkturanalyse eine wichtige Rolle. In der Vielfalt der Methoden und Konzepte für solche Schätzungen liegt allerdings auch eine Ursache für die großen Schätzunsicherheiten. Daher sollten bei Analysen und Projektionen verschiedene Verfahren und Ansätze angewendet werden, um eine möglichst große Bandbreite abzudecken und die Unsicherheitsmargen aufzuzeigen. Außerdem muss bei aus Produktionspotenzialen abgeleiteten Schlussfolgerungen deren starke Revisionsanfälligkeit und Ergebnisvielfalt berücksichtigt werden.

Über Art, Umfang und Organisation des Einsatzes von EDV-Unterstützung für die Festsetzung und Erhebung von Steuern, die die Landesfinanzbehörden verwalten, entscheiden nach der Finanzverfassung die Länder. Zur Gewährleistung eines einheitlichen Standards ist hierbei jedoch Einvernehmen mit dem Bundesfinanzministerium zu erzielen. In der praktischen Umsetzung hat sich dieser Prozess allerdings als sehr schwierig erwiesen. So sind die von den Bundesländern verwendeten Softwareprogramme zwar fachlich aktuell, aber bundesweit nicht einheitlich, damit zum Teil auch nicht kompatibel, und sie basieren teilweise auf einer veralteten Programmiersprache. Vor diesem Hintergrund wird ein im Juni dieses Jahres verabschiedetes Verwaltungsabkommen die Verantwortlichkeiten, Aufgabenverteilung, Zuständigkeiten und

Kostenverteilung zwischen den Ländern und dem Bund neu regeln. Ziele der Neuregelung sind die Vereinheitlichung und Modernisierung der Besteuerungssoftware sowie eine Effizienzsteigerung in der Steuerverwaltung.

Angesichts der aktuellen Entwicklung auf den Welt-Energiemärkten rückt die Erzeugung von Biokraftstoffen verstärkt in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses. Dabei werden neben der Erhöhung der Versorgungssicherheit auch umwelt- und klimapolitische Gesichtspunkte diskutiert. In der Europäischen Union besteht allerdings auf absehbare Zeit keine Aussicht, Biokraftstoffe auf Basis heimischer Biomasse ohne öffentliche Förderung wettbewerbsfähig zu produzieren. Deshalb können Landwirte im Rahmen der europäischen Agrarpolitik Hilfen für den Anbau von Energiepflanzen erhalten. Mit dem im August vom Bundeskabinett beschlossenen Gesetzentwurf zur Einführung einer Biokraftstoffquote in Deutschland hat die Bundesregierung den Weg aufgezeigt, die Förderung von Biokraftstoffen auf eine tragfähige Basis zu stellen.

Die gemeinsame Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank fand am 19. September in Singapur statt. Wie üblich, kamen im Vorfeld der Tagung der Lenkungsausschuss des IWF, der gemeinsame Entwicklungsausschuss von IWF und Weltbank sowie die Finanzminister und Notenbankgouverneure der G 7-Staaten zusammen. Neben dem ausführlichen Meinungsaustausch über die Lage der Weltwirtschaft wurden u. a. die Frage der Quoten und Stimmrechte, die Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung sowie spezifische Aspekte der entwicklungspolitischen Strategie der Weltbank erörtert.



Dr. Thomas Mirow
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	27
Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2006	30
Termine	32

Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich September belaufen sich auf 199,0 Mrd. €. Sie liegen damit um 4,9 Mrd. € (– 2,4 %) unter dem Vorjahresergebnis. Die günstige Ausgabenentwick-

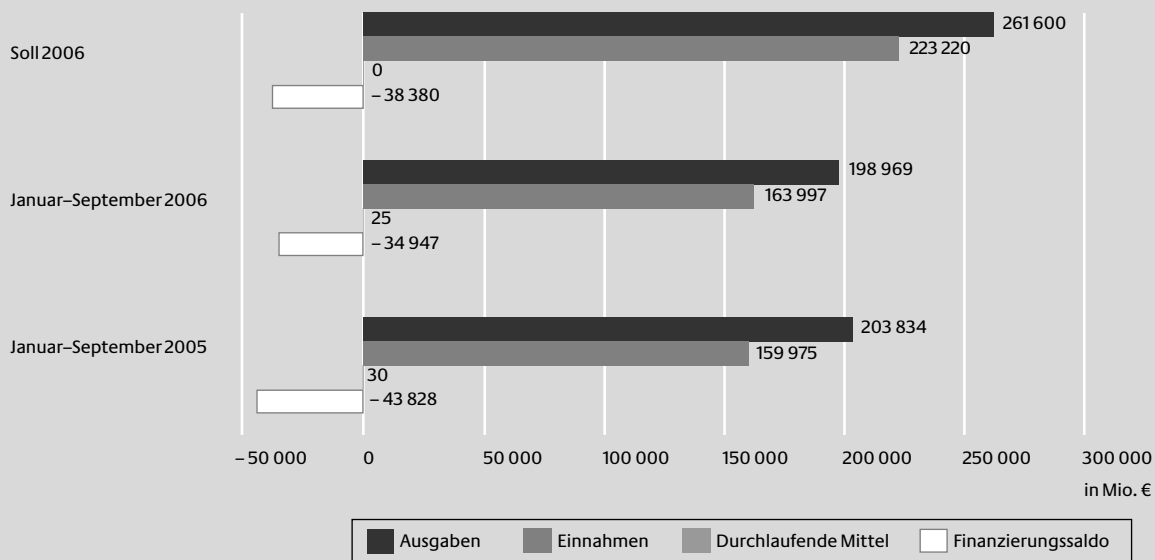
lung des Bundeshaushalts ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Bundesagentur für Arbeit im Gegensatz zum Vorjahr keine Betriebsmitteldarlehen in Anspruch nimmt. Ohne

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2006	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis September 2006
Ausgaben (Mrd. €)	261,6	199,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	0,7	– 2,4
Einnahmen (Mrd. €)	223,2	164,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	– 2,3	2,5
Steuereinnahmen (Mrd. €)	194,0	140,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	2,0	8,8
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	– 38,4	– 34,9
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	–	– 17,0
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	– 0,2	– 0,2
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	– 38,2	– 17,8

¹ Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



Berücksichtigung dieses Faktors lägen die Ausgaben des Bundes um 0,4 Mrd. € über dem Stand des Vorjahres.

Die Einnahmen des Bundes beliefen sich bis einschließlich September auf 164,0 Mrd. €. Sie

lagen somit um 4,0 Mrd. € (+ 2,5 %) über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums. Die Steuereinnahmen des Bundes übertrafen das Vorjahresergebnis mit 140,5 Mrd. € um 11,4 Mrd. € (+ 8,8 %). Die positive Entwicklung der Steuereinnahmen

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2005	Soll 2006	Ist-Entwicklung Januar bis September 2006		Ist-Entwicklung Januar bis September 2005		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	47 505	47 999	34 141	17,2	34 071	16,7	0,2
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 840	3 974	3 272	1,6	3 081	1,5	6,2
Verteidigung	27 768	27 707	19 717	9,9	19 632	9,6	0,4
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 866	7 677	5 620	2,8	5 849	2,9	- 3,9
Finanzverwaltung	2 899	3 390	2 123	1,1	2 072	1,0	2,5
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	11 444	12 334	7 944	4,0	7 948	3,9	- 0,1
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	925	606	0,3	580	0,3	4,5
BAföG	1 049	1 090	848	0,4	841	0,4	0,8
Forschung und Entwicklung	6 666	7 170	4 444	2,2	4 520	2,2	- 1,7
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	133 048	134 391	105 236	52,9	109 679	53,8	- 4,1
Sozialversicherung	75 898	74 761	60 945	30,6	62 000	30,4	- 1,7
Arbeitslosenversicherung	397	0	0	0,0	5 297	2,6	-
Grundsicherung für Arbeitsuchende	35 169	38 263	28 777	14,5	25 767	12,6	11,7
darunter: Arbeitslosengeld II	25 001	24 400	20 271	10,2	18 921	9,3	7,1
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 533	3 600	2 997	1,5	2 559	1,3	17,1
Wohngeld	1 085	1 000	843	0,4	956	0,5	- 11,8
Erziehungsgeld	2 873	2 830	2 104	1,1	2 161	1,1	- 2,6
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3 118	2 865	2 236	1,1	2 476	1,2	- 9,7
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	912	911	592	0,3	592	0,3	0,0
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 788	1 590	901	0,5	1 209	0,6	- 25,5
Wohnungswesen	1 262	1 071	714	0,4	986	0,5	- 27,6
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6 446	6 276	3 723	1,9	4 183	2,1	- 11,0
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 226	869	422	0,2	647	0,3	- 34,8
Kohlenbergbau	1 645	1 563	1 561	0,8	1 644	0,8	- 5,0
Gewährleistungen	1 355	1 500	491	0,2	693	0,3	- 29,1
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 119	10 856	6 555	3,3	6 590	3,2	- 0,5
Straßen (ohne GVFG)	6 241	5 870	3 706	1,9	3 535	1,7	4,8
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	9 465	9 438	5 580	2,8	5 493	2,7	1,6
Bundeseisenbahnvermögen	5 472	5 430	3 693	1,9	3 765	1,8	- 1,9
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 443	3 453	1 580	0,8	1 406	0,7	12,4
Allgemeine Finanzwirtschaft	38 122	37 805	34 297	17,2	34 068	16,7	0,7
Zinsausgaben	37 371	37 557	33 508	16,8	33 479	16,4	0,1
Ausgaben zusammen	259 849	261 600	198 969	100,0	203 834	100,0	- 2,4

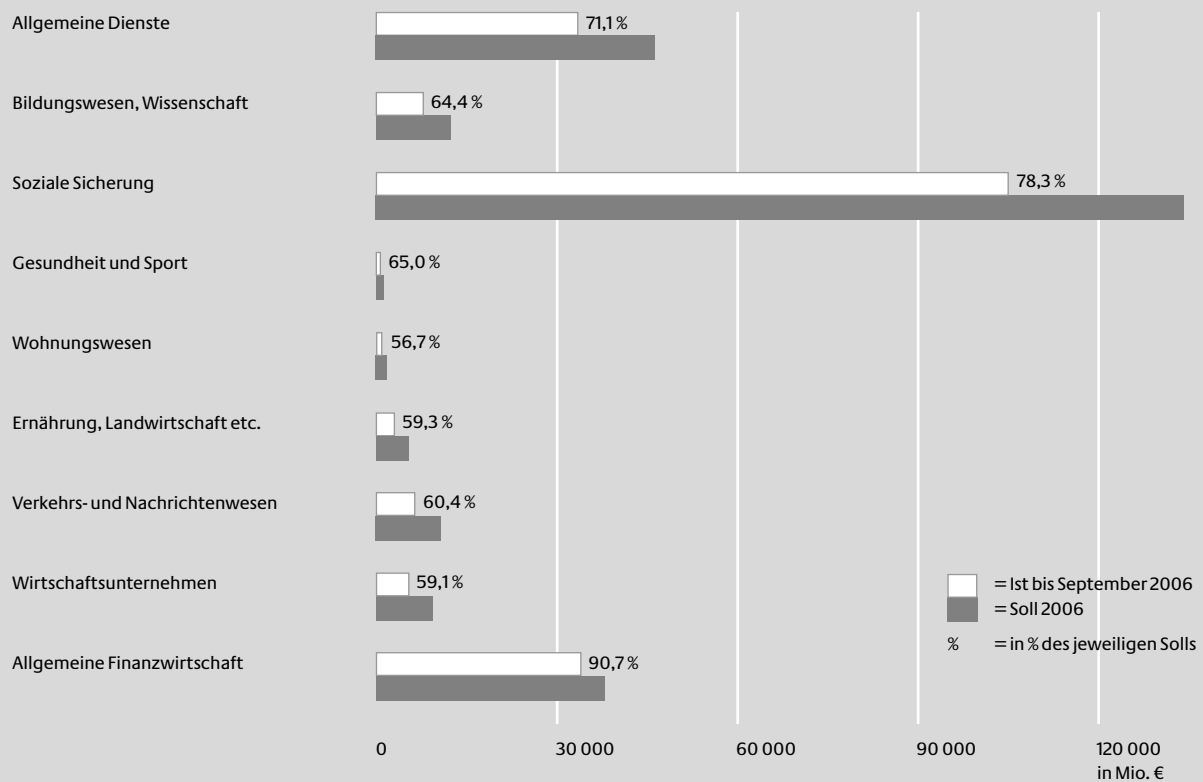
des Bundes der letzten Monate setzt sich damit auch im September fort. Insbesondere die Körperschaftsteuer, die veranlagte Einkommensteuer sowie geringere EU-Abführungen haben hierzu beigetragen. Die Verwaltungseinnahmen gingen im Vergleichszeitraum, bedingt durch in diesem Umfang nicht wiederholbare positive Einmaleffekte im Vorjahr, um 23,8 % zurück.

Gegenüber der ursprünglichen Haushaltsplanung stellen sich wesentliche Eckdaten der wirtschaftlichen Entwicklung günstiger dar. Dieses spiegelt sich auch in der Einnahme- und Ausgabeentwicklung des Bundeshaushalts wider. Die im Haushaltsplan 2006 vorgesehene Ermächtigung zur Nettokreditaufnahme in Höhe von 38,2 Mrd. € wird daher nach derzeitiger Einschätzung deutlich unterschritten werden.

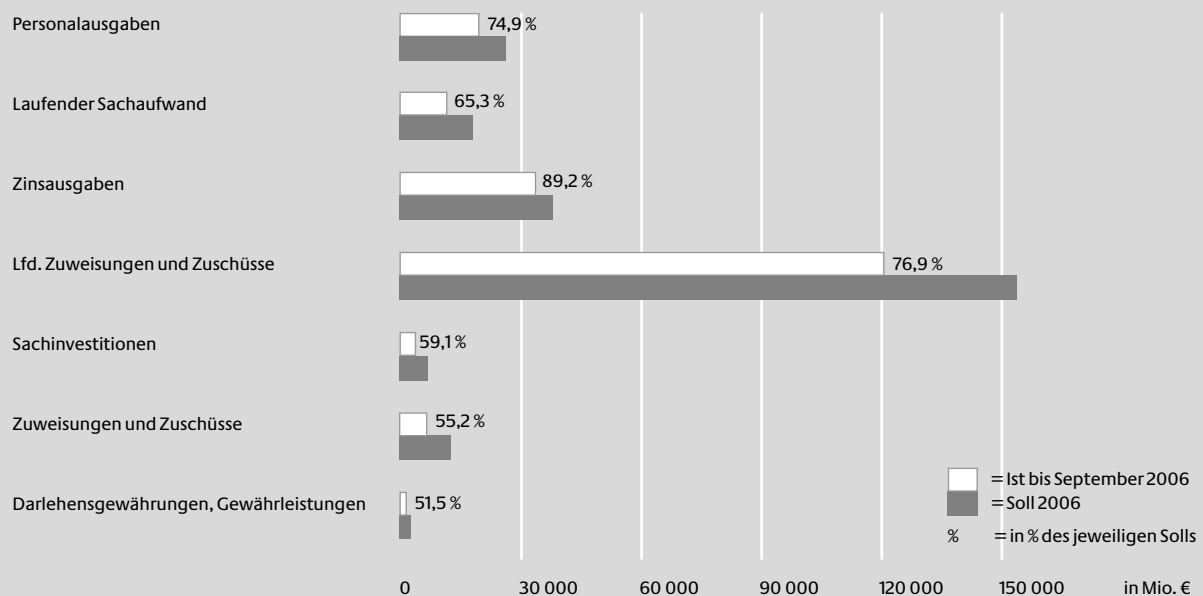
Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2005	Soll 2006	Ist-Entwicklung Januar bis September 2006		Ist-Entwicklung Januar bis September 2005		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Konsumtive Ausgaben	236 088	239 075	185 767	93,4	185 478	91,0	0,2
Personalausgaben	26 372	26 237	19 650	9,9	19 574	9,6	0,4
Aktivbezüge	19 891	19 819	14 597	7,3	14 518	7,1	0,5
Versorgung	6 481	6 418	5 054	2,5	5 057	2,5	- 0,1
Laufender Sachaufwand	17 712	17 990	11 746	5,9	11 360	5,6	3,4
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 596	1 474	946	0,5	923	0,5	2,5
Militärische Beschaffungen	7 992	8 426	5 217	2,6	4 848	2,4	7,6
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 124	8 090	5 582	2,8	5 589	2,7	- 0,1
Zinsausgaben	37 371	37 557	33 508	16,8	33 479	16,4	0,1
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse an Verwaltungen	154 274	156 896	120 575	60,6	120 752	59,2	- 0,1
an andere Bereiche	13 921	13 759	10 132	5,1	10 064	4,9	0,7
darunter:	140 353	143 137	110 603	55,6	110 711	54,3	- 0,1
Unternehmen	13 474	16 649	9 919	5,0	9 615	4,7	3,2
Renten, Unterstützungen u.a.	32 747	30 386	24 845	12,5	25 351	12,4	- 2,0
Sozialversicherungen	90 219	92 079	73 149	36,8	72 782	35,7	0,5
Sonstige Vermögensübertragungen	360	395	289	0,1	313	0,2	- 7,7
Investive Ausgaben	23 761	23 225	13 202	6,6	18 355	9,0	- 28,1
Finanzierungshilfen	16 516	16 280	9 097	4,6	14 334	7,0	- 36,5
Zuweisungen und Zuschüsse	12 617	12 679	7 000	3,5	7 012	3,4	- 0,2
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	3 340	3 013	1 551	0,8	6 788	3,3	- 77,2
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	559	588	546	0,3	534	0,3	2,2
Sachinvestitionen	7 246	6 945	4 105	2,1	4 021	2,0	2,1
Baumaßnahmen	5 779	5 487	3 344	1,7	3 262	1,6	2,5
Erwerb von beweglichen Sachen	961	922	468	0,2	505	0,2	- 7,3
Grunderwerb	506	536	293	0,1	253	0,1	15,8
Globalansätze	0	- 699	0		0		
Ausgaben insgesamt	259 849	261 600	198 969	100,0	203 834	100,0	- 2,4

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis September 2006



Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis September 2006



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Ist 2005	Soll 2006	Ist-Entwicklung Januar bis September 2006		Ist-Entwicklung Januar bis September 2005		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
I. Steuern	190 149	193 995	140 506	85,7	129 150	80,7	8,8
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	146 608	151 369	113 855	69,4	104 220	65,1	9,2
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	70 910	74 430	55 652	33,9	48 632	30,4	14,4
davon:							
Lohnsteuer	50 541	51 085	35 626	21,7	34 769	21,7	2,5
veranlagte Einkommensteuer	4 150	5 674	4 257	2,6	1 593	1,0	167,2
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	4 976	5 225	4 918	3,0	4 378	2,7	12,3
Zinsabschlag	3 076	3 121	2 633	1,6	2 428	1,5	8,4
Körperschaftsteuer	8 166	9 325	8 218	5,0	5 464	3,4	50,4
Steuern vom Umsatz	74 149	75 530	57 366	35,0	54 768	34,2	4,7
Gewerbesteuerumlage	1 549	1 409	837	0,5	819	0,5	2,2
Mineralölsteuer	40 101	39 350	24 252	14,8	24 098	15,1	0,6
Tabaksteuer	14 273	14 700	10 090	6,2	10 060	6,3	0,3
Solidaritätszuschlag	10 315	10 548	8 172	5,0	7 437	4,6	9,9
Versicherungsteuer	8 750	8 750	7 160	4,4	7 189	4,5	- 0,4
Stromsteuer	6 462	6 550	4 680	2,9	4 799	3,0	- 2,5
Branntweinabgaben	2 151	2 160	1 445	0,9	1 416	0,9	2,0
Kaffeesteuer	1 003	1 000	693	0,4	704	0,4	- 1,6
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 581	- 14 677	- 11 082	- 6,8	- 10 939	- 6,8	1,3
BNE-Eigenmittel der EU	- 15 075	- 15 450	- 11 220	- 6,8	- 12 310	- 7,7	- 8,9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 258	- 3 600	- 2 540	- 1,5	- 2 528	- 1,6	0,5
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 7 053	- 7 159	- 5 290	- 3,2	- 5 290	- 3,3	0,0
II. Sonstige Einnahmen	38 260	29 225	23 491	14,3	30 825	19,3	- 23,8
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	1 411	3 685	3 160	1,9	847	0,5	273,1
Zinseinnahmen	400	341	484	0,3	336	0,2	44,0
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	20 400	11 178	8 671	5,3	17 388	10,9	- 50,1
Einnahmen zusammen	228 409	223 220	163 997	100,0	159 975	100,0	2,5

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2006

Die positive Einnahmeentwicklung hat sich im September ohne Abstriche fortgesetzt. Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) stiegen mit + 7,9 % erneut stark an. Während die gemeinschaftlichen Steuern + 8,7 % zulegten, stieg das Aufkommen der Bundessteuern um + 5,9 %. Die Ländersteuern übertrafen das Vorjahresergebnis um + 2,4 %.

Kräftige Zuwächse gab es erneut bei der Körperschaftsteuer (+1 Mrd. €) und der veranlagten Einkommensteuer (+ 800 Mio. €), aber auch bei der Lohnsteuer (+ 350 Mio. €) und den Steuern vom Umsatz (+ 500 Mio. €). Letzteres belegt, dass die gute Einnahmeentwicklung nicht mehr ausschließlich durch die gute Gewinnsituation der Unternehmen hervorgerufen wird, sondern auch durch die anspringende Binnenkonjunktur getragen wird.

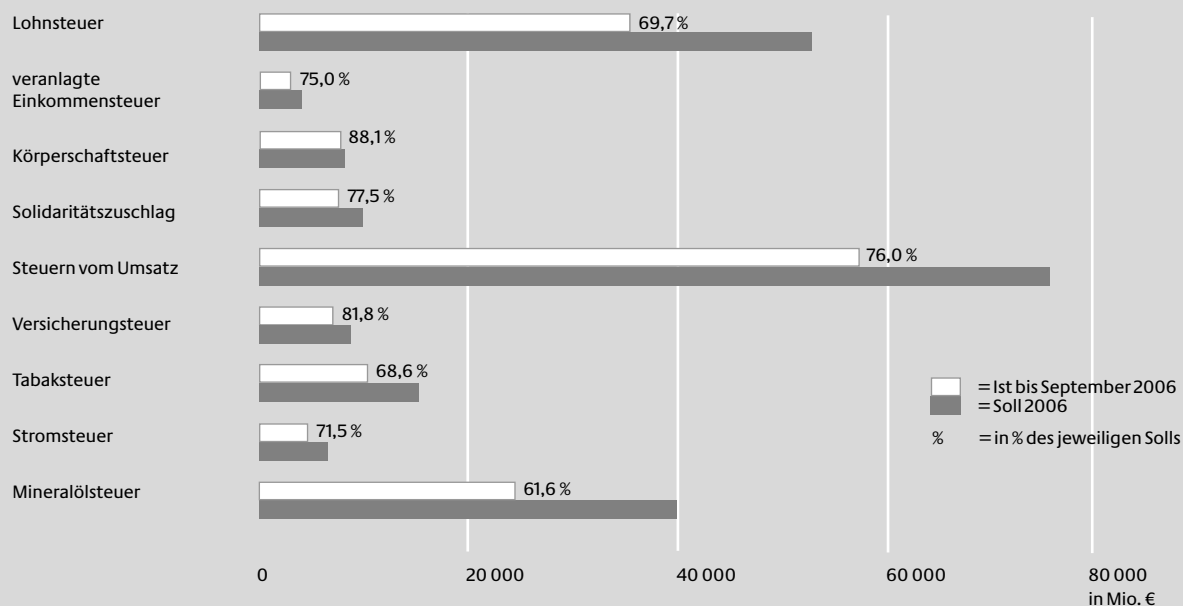
Die kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen von Januar bis September 2006 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum liegt unverändert bei + 7,8 %.

Nachdem die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) im August aufgrund höherer EU-Abführungen und der schwachen Entwicklung bei den Bundessteuern gegenüber dem Vorjahr um lediglich + 1,8 % gestiegen waren, ergab sich im September mit + 9,1 % ein unerwartet deutlicher Zuwachs, der jedoch zum Teil auf einen durch das neue Energiesteuergesetz ausgelösten kasstechnischen Effekt bei der Mineralölsteuer auf Erdgas zurückzuführen ist (siehe unten). Ohne diesen Effekt hätte der Zuwachs knapp 7 % betragen. Für den Zeitraum Januar bis September 2006 ergibt sich für den Bund ein Zuwachs von + 8,7 %.

Seit dem Frühjahr 2006 ist eine deutliche Verbesserung der Einnahmen aus der Lohnsteuer festzustellen. Im September ergab sich erneut ein kräftiger Zuwachs von + 3,9 %. Der Konjunkturaufschwung hat offensichtlich den Arbeitsmarkt erreicht.

Im Vorauszahlungsmonat September waren erhebliche Aufkommenssteigerungen bei den Veranlagungssteuern zu verzeichnen. Die veranlagte Einkommensteuer stieg um + 12,8 % bzw. rund 800 Mio. €. Davon entfielen rund 200 Mio. € auf geringere Erstattungen an veranlagte

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis September 2006



Arbeitnehmer. Bei der Körperschaftsteuer hat die ungebrochene Dynamik der Unternehmensgewinne zu einem noch deutlicheren Zuwachs von + 20,9 % bzw. rund 1 Mrd. € geführt, der fast ausschließlich auf höhere Vorauszahlungen zurückzuführen ist.

Den stärksten relativen Zuwachs bei den gemeinschaftlichen Steuern verzeichneten die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag mit + 29,7 %. Auch beim Zinsabschlag setzte sich im September die seit einigen Monaten zu beobachtende Aufwärtsentwicklung mit + 11,2 % weiter fort.

Bei den Steuern vom Umsatz ist der Zuwachs von + 2,6 % bei der Umsatzsteuer bemerkenswert. Auch dieser ist – wie der Zuwachs bei der Lohnsteuer – ein Indiz dafür, dass sich die Binnenkonjunktur positiv entwickelt. Die Einfuhrumsatzsteuer auf Einfuhren aus Nicht-EU-Staaten nahm trotz starker Vorjahresbasis nochmals um + 10,3 % zu. Insgesamt verzeichneten die Steuern vom Umsatz im September ein Einnahmeplus von 4,4 %.

Die reinen Bundessteuern nahmen zwar mit + 5,9 % deutlich zu, doch ist das Ergebnis durch einen kassentechnischen Sondereffekt bei der Mineralölsteuer stark überzeichnet. Ohne diesen Effekt wären die Einnahmen nur etwa genauso hoch ausgefallen wie im Vorjahr. Ursächlich für den Zuwachs von + 13,0 % bei der Mineralölsteuer

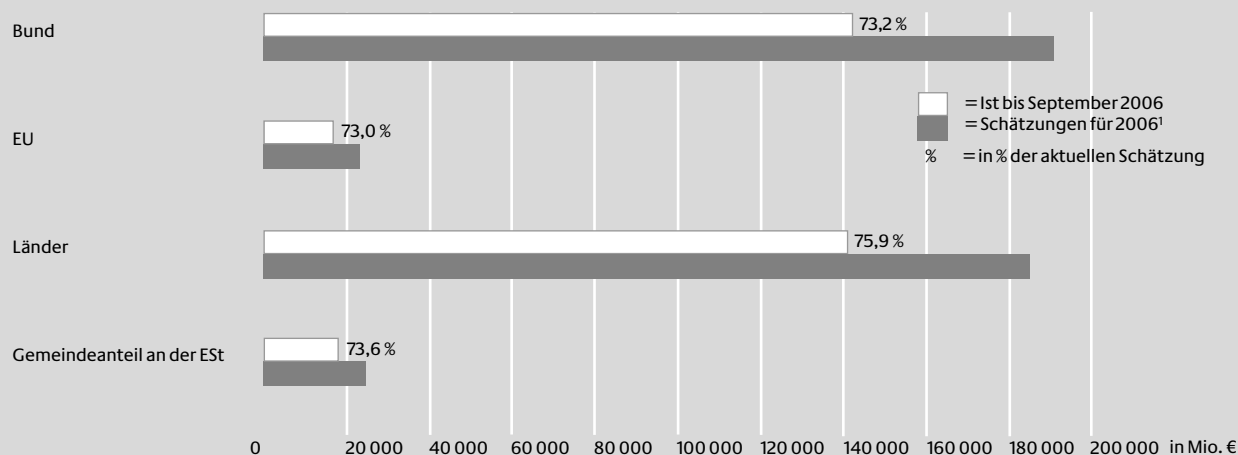
ist eine Neuregelung durch das Energiesteuergesetz, die sich erstmals im September ausgewirkt hat. Sie betrifft die Zahlung der Mineralölsteuer auf Erdgas: Während bisher die großen Energieversorger Steuerschuldner waren, sind dies jetzt die Stadtwerke. Die Energieversorger haben die Mineralölsteuer bisher entsprechend dem tatsächlichen Gasverbrauch abgeführt – im Winter viel, im Sommer wenig. Die Stadtwerke verlangen dagegen von den Kunden monatliche Abschläge und führen auch die Mineralölsteuer auf dieser Grundlage ab, was zu einer gleichmäßigeren Verteilung der Zahlungen führt. Im Vergleich zum September 2005 hat die Neuregelung zu temporären Mehreinnahmen von rund 400 Mio. € geführt, die in späteren Monaten wieder ausgeglichen werden.

Das Tabaksteueraufkommen sank erneut deutlich (– 8,9 %). Auch die Stromsteuer und die Branntweinsteuer erbrachten – 0,5 % bzw. – 8,7 % weniger als im Vorjahr.

Einen Zuwachs von + 3,8 % verzeichnete die Versicherungsteuer, die damit im Gesamtjahr bisher auf dem Vorjahresniveau liegt. Der Solidaritätszuschlag profitierte wiederum von Zuwächsen bei seinen Bemessungsgrundlagen. Das Aufkommen stieg um + 10,9 %.

Das Aufkommen der reinen Ländersteuern erhöhte sich im September 2006 um + 2,4 %. Dabei überrascht der erneut starke Zuwachs bei

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis September 2006



¹ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ (Mai 2006).

der Grunderwerbsteuer (+ 30,0 %). Die Erbschaftsteuer nahm ebenfalls zu (+ 6,2 %). Rückläufig war dagegen das Aufkommen der

Kraftfahrzeugsteuer (– 10,5 %), der Rennwett- und Lotteriesteuer (– 18,6 %) sowie der Biersteuer (– 2,0 %).

Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (vorläufige Ergebnisse)¹

2006	September	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis September	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2006 ⁴	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	8 961	3,9	87 096	2,4	120 200	1,1
veranlagte Einkommensteuer	7 046	12,8	10 018	.	13 350	36,7
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	481	29,7	9 836	12,3	10 451	5,0
Zinsabschlag	389	11,2	6 000	8,8	7 094	1,5
Körperschaftsteuer	5 531	20,9	16 437	50,4	18 650	14,2
Steuern vom Umsatz	12 191	4,4	108 160	4,8	142 200	1,8
Gewerbesteuerumlage	10	.	1 993	5,1	3 346	– 6,7
erhöhte Gewerbesteuerumlage	0	– 22,5	1 617	19,4	2 757	4,8
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	34 610	8,7	241 157	9,4	318 048	3,3
Bundessteuern						
Mineralölsteuer	3 578	13,0	24 252	0,6	39 300	– 2,0
Tabaksteuer	1 271	– 8,9	10 090	0,3	14 700	3,0
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	153	– 8,7	1 440	2,2	2 150	0,4
Versicherungsteuer	409	3,8	7 160	– 0,4	8 750	0,0
Stromsteuer	516	– 0,5	4 680	– 2,5	6 550	1,4
Solidaritätszuschlag	1 279	10,9	8 172	9,9	10 548	2,3
übrige Bundessteuern	101	– 3,1	990	– 1,5	1 464	– 0,1
Bundessteuern insgesamt	7 305	5,9	56 783	1,4	83 462	– 0,1
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	283	6,2	2 834	– 10,5	4 162	1,6
Grunderwerbsteuer	506	30,0	4 532	31,3	5 140	7,3
Kraftfahrzeugsteuer	611	– 10,5	6 995	6,0	9 000	3,8
Rennwett- und Lotteriesteuer	123	– 18,6	1 296	– 5,6	1 810	– 0,2
Biersteuer	72	– 2,0	596	0,9	781	0,5
sonstige Ländersteuern	18	38,2	292	– 20,0	359	– 16,2
Ländersteuern insgesamt	1 613	2,4	16 546	6,4	21 252	3,3
EU-Eigenmittel						
Zölle	353	5,1	2 853	17,8	3 700	9,5
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	282	0,5	2 540	0,5	3 600	10,5
BNE-Eigenmittel	1 360	0,6	11 220	– 8,9	15 450	2,5
EU-Eigenmittel insgesamt	1 995	1,3	16 613	– 3,8	22 750	4,8
Bund³	20 282	9,1	141 904	8,7	193 840	1,9
Länder³	18 903	7,5	141 289	8,3	186 037	3,1
EU	1 995	1,3	16 613	– 3,8	22 750	4,8
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 701	7,4	17 533	8,7	23 836	3,4
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	43 881	7,9	317 339	7,8	426 463	2,7

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom Mai 2006.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im September weiter zurückgegangen. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende August bei 3,79 % lag, notierte Ende September bei 3,66 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – erhöhten sich von 3,26 % Ende August auf 3,42 % Ende September. Die Europäische Zentralbank hat am 5. Oktober 2006 beschlossen, die Leitzinsen um 25 Basispunkte anzuheben. Mit Wirkung vom 11. Oktober liegt der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsge-

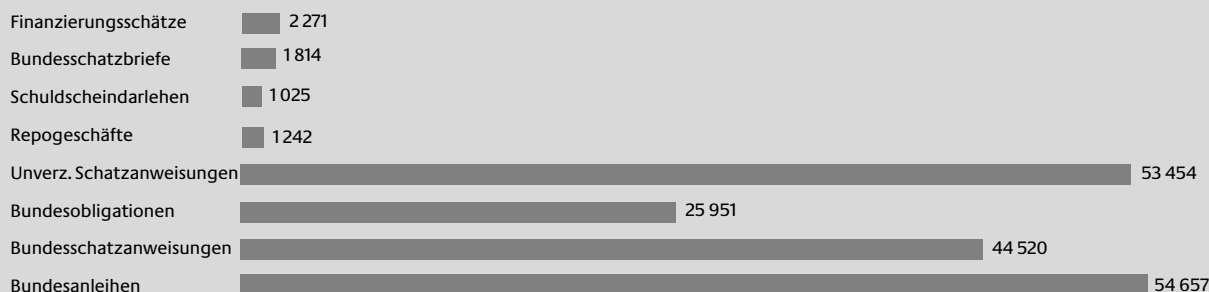
schäfte bei 3,25 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 2,25 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 4,25 %.

Die europäischen Aktienmärkte konnten im September weiter zulegen; der Deutsche Aktienindex stieg von 5860 auf 6004 Punkte, der 50 Spitzenwerte des Euroraums umfassende Euro Stoxx 50 von 3809 auf 3899 Punkte (Monatsendstände).

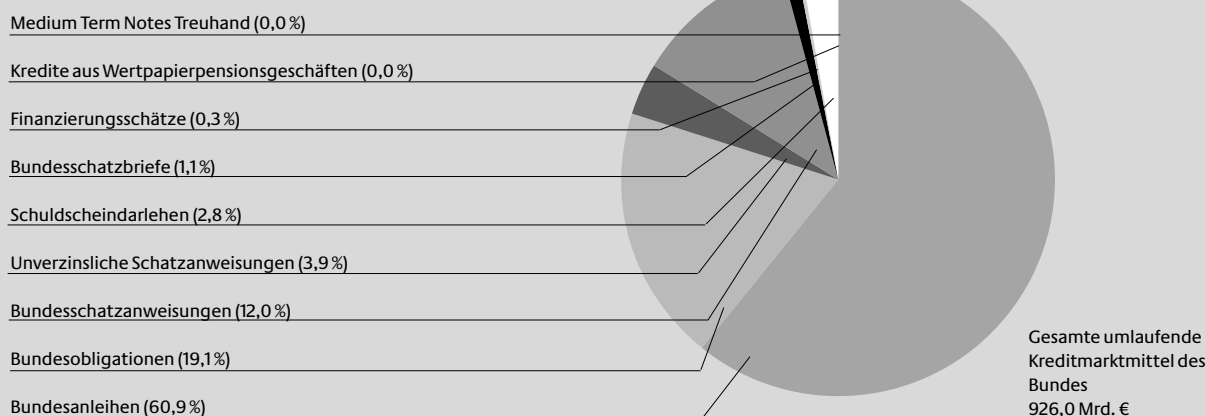
Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet erhöhte sich im August

Kreditaufnahme des Bundes bis September 2006 in Mio. €



Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes per 30. September 2006



2006 auf 8,2 % (nach 7,8 % im Juli). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den Zeitraum Juni bis August 2006 lag bei 8,2 %, verglichen mit 8,3 % des vorangegangenen Dreimonatszeitraumes (Referenzwert: 4,5 %).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor stieg im Euroraum leicht von 11,8 % im Juli auf 11,9 % im August an. Damit bleibt das Geldmengen- und Kreditwachstum auch weiterhin hoch. In Deutschland lag die vorgenannte Kreditwachstumsrate gegenüber dem Vormonat unverändert bei 3,9 %.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug bis einschließlich September 2006 184,9 Mrd. €. Davon wurden 177,2 Mrd. € im Rahmen des angekündigten Emissionskalenders umgesetzt. Die

übrige Kreditaufnahme wurde durch Marktpflegeoperationen, im Privatkundengeschäft des Bundes, über Schuldscheindarlehen sowie für den Bund mit einer inflationsindexierten Anleihe über 9,0 Mrd. € realisiert.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2005 haben sich die umlaufenden Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 30. September 2006 um 3,4 % auf 926,0 Mrd. € erhöht.

Der Bund beabsichtigt, im 4. Quartal 2006 zur Finanzierung des Bundeshaushalts die in der Tabelle „Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2006“ dargestellten Emissionen im Gesamtbetrag von ca. 47 Mrd. € zu begeben.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belau-

Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes¹ und seiner Sondervermögen im 4. Quartal 2006 (in Mrd. €)

Tilgungen

Kreditart	Oktober	November	Dezember	Gesamtsumme 4. Quartal
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	–	–	–	–
Bundessobligationen	–	–	–	–
Bundesschatzanweisungen	–	–	14,0	14,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen	5,9	5,9	5,9	17,7
Bundesschatzbriefe	0,0	0,2	0,1	0,4
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,1	0,3
Fundierungsschuldverschreibungen	0,0	–	–	0,0
MTN der Treuhandanstalt	0,0	0,0	–	0,1
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	0,4	0,6	0,4	1,5
Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen	6,5	6,9	20,6	34,0

Zinszahlungen

	Oktober	November	Dezember	Gesamtsumme 4. Quartal
Zinszahlungen	2,0	0,3	1,0	3,3

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Einschl. der seit 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleeinsatzes sowie des ab 2005 eingegliederten Fonds Deutsche Einheit und des Ausgleichsfonds nach dem Lastenausgleichsgesetz.

fen sich im 4. Quartal 2006 auf rund 34,0 Mrd. €. Die Zinszahlungen des Bundes und seiner Sonder-

vermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belaufen sich im 4. Quartal 2006 auf rund 3,3 Mrd. €.

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2006

Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137156 WKN 113 715	Aufstockung	11. Oktober 2006	2 Jahre fällig 12. September 2008 Zinslaufbeginn: 12. September 2006 erster Zinstermin: 12. September 2007	ca. 6 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141497 WKN 114 149	Aufstockung	25. Oktober 2006	5 Jahre fällig 14. Oktober 2011 Zinslaufbeginn: 29. September 2006 erster Zinstermin: 14. Oktober 2007	ca. 5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135317 WKN 113 531	Neuemission	15. November 2006	10 Jahre fällig 4. Januar 2017 Zinslaufbeginn: 17. November 2006 erster Zinstermin: 4. Januar 2008	ca. 7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141497 WKN 114 149	Aufstockung	29. November 2006	5 Jahre fällig 14. Oktober 2011 Zinslaufbeginn: 29. September 2006 erster Zinstermin: 14. Oktober 2007	ca. 4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137164 WKN 113 716	Neuemission	13. Dezember 2006	2 Jahre fällig 12. Dezember 2008 Zinslaufbeginn: 12. Dezember 2006 erster Zinstermin: 12. Dezember 2007	ca. 7 Mrd. €
4. Quartal 2006 insgesamt				ca. 29 Mrd. €

Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114965 WKN 111 496	Neuemission	16. Oktober 2006	6 Monate fällig 18. April 2007	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114973 WKN 111 497	Neuemission	13. November 2006	6 Monate fällig 16. Mai 2007	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114981 WKN 111 498	Neuemission	11. Dezember 2006	6 Monate fällig 13. Juni 2007	ca. 6 Mrd. €
4. Quartal 2006 insgesamt				ca. 18 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Wirtschaftswachstum im 3. Quartal dürfte kräftig gewesen sein.
- Konjunkturelle Erholung gewinnt zunehmend an Breite.
- Abbau der Arbeitslosigkeit und schwächerer Verbraucherpreisanstieg.

Die vorliegenden Wirtschaftsdaten deuten auf eine anhaltend dynamische gesamtwirtschaftliche Entwicklung hin, die entstehungsseitig hauptsächlich vom Verarbeitenden Gewerbe und vom Baugewerbe getragen wird. Verwendungsseitig sind die ausländischen Impulse wieder stärker hervorgetreten als im 2. Quartal. Aber auch die inländischen Auftriebskräfte haben deutlich zugelegt, auch wenn die Indikatoren für die Konsumausgaben der privaten Haushalte noch keine durchgreifende Besserung signalisieren. Hier wird aufgrund von Vorzieheffekten im Zusammenhang mit der Umsatzsteuersatzerhöhung 2007 ein deutlicher Anstieg im 4. Quartal erwartet. Insgesamt dürfte das Wirtschaftswachstum im 3. Vierteljahr ungefähr so kräftig gewesen sein wie im Vorquartal.

Der wirtschaftliche Aufschwung spiegelt sich auch in steigenden Steuereinnahmen von Bund und Ländern wider, die im September um 7,9 % gegenüber dem Vorjahresmonat zugenommen haben. Neben gestiegenen Unternehmensgewinnen, die wesentlich zu höheren Einnahmen aus der Körperschaftsteuer und der veranlagten Einkommensteuer beigetragen haben, erhöhten sich als Folge der verbesserten Binnenkonjunktur auch die Einnahmen aus der Lohnsteuer (+ 3,9 %) und den Steuern vom Umsatz (+ 4,4 %) deutlich. Die Sozialversicherungen verzeichnen ebenfalls kräftige Zuwächse der Beitragseinnahmen, die wie die Entlastungen auf der Ausgabenseite zu einem nicht unbedeutenden Teil auf den Rückgang der Arbeitslosigkeit zurückzuführen sind.

Die weltwirtschaftliche Entwicklung erweist sich als weiterhin robust. Darauf deutet auch die Dynamik der Warenausfuhr hin, die nach einer Abflachung im 2. Quartal wieder deutlich zugelegt hat. Zwar blieb der Wert der Warenexporte im August nahezu unverändert. Aber im aussagekräftigeren Zweimonatsdurchschnitt gab es eine deutliche Zunahme gegenüber der entsprechenden Vorperiode (saisonbereinigt + 2,8 %). Von Januar bis August legten die Ausfuhren im Vorjahresvergleich um 12,5 % zu. Besonders stark war der Exportanstieg in die EU-Länder, die nicht zum Euroraum gehören (+ 15,2 %), der vor allem auf eine Intensivierung der Ausfuhr Tätigkeit in die neuen Mitgliedsländer zurückzuführen ist.

Die Aussichten auf deutliche Ausfuhrsteigerungen in Länder außerhalb des Euroraums sind weiterhin sehr gut. Dies legen nicht nur die optimistischen ifo-Exporterwartungen, die zuletzt wieder zugelegt haben, nahe. Auch die Auslandsbestellungen in diese Länder haben im Juli/August um saisonbereinigt 10,0 % (gegenüber Mai/Juni) zugenommen, vor allem aufgrund der Order von Investitionsgütern (+ 15,1 %). Zusammen mit den leicht gestiegenen Auftrags-eingängen aus Ländern des Euroraums (saisonbereinigt + 0,8 %) verzeichnete die deutsche Industrie damit im Zweimonatsvergleich – auch gestützt durch überdurchschnittlich viele Großaufträge – einen Anstieg der Auslandsnachfrage um saisonbereinigt 5,9 % gegenüber der entsprechenden Vorperiode. Die deutschen Unternehmen profitieren vom steigenden Bedarf an hochwertigen Gütern insbesondere

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2005 Mrd. €	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			4.Q.05	1.Q.06	2.Q.06	4.Q.05	1.Q.06	2.Q.06
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	2 129	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,1	+ 3,1	+ 1,0
jeweilige Preise	2 241	+ 1,5	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,7	+ 3,6	+ 1,8
Einkommen								
Volkseinkommen	1 675	+ 1,5	- 0,2	+ 1,8	- 0,5	+ 1,5	+ 3,4	+ 0,6
Arbeitnehmerentgelte	1 129	- 0,7	- 0,0	+ 0,5	+ 0,5	- 0,7	- 0,1	+ 0,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	546	+ 6,2	- 0,6	+ 4,4	- 2,6	+ 7,1	+ 10,4	+ 0,9
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 460	+ 1,7	- 0,2	+ 1,0	- 0,3	+ 1,1	+ 2,9	+ 1,1
Bruttolöhne und -gehälter	911	- 0,3	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,7	- 0,3	- 0,0	+ 0,9
Sparen der privaten Haushalte	157	+ 3,3	+ 1,0	- 0,9	- 1,3	+ 2,9	+ 1,4	- 1,2
Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge/	2005 Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Jul 06	Aug 06	2- Monats- durch- schnitt	Jul 06	Aug 06	2- Monats- durch- schnitt
in jeweiligen Preisen								
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	786	+ 7,5	+ 2,2	- 0,1	+ 2,8	+ 13,3	+ 9,6	+ 11,5
Waren-Importe	626	+ 8,7	+ 2,7	- 0,4	+ 4,1	+ 19,6	+ 12,5	+ 16,0
Umsätze im Produzierenden Gewerbe								
Industrie (Index 2000 = 100) ^{1,2}	110,2	+ 4,4	+ 0,3	+ 2,0	+ 1,4	+ 8,5	+ 11,2	+ 9,8
Inland ^{1,2}	101,8	+ 2,5	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,0	+ 6,7	+ 8,3	+ 7,5
Ausland ^{1,2}	123,6	+ 7,0	+ 0,1	+ 3,6	+ 1,9	+ 10,8	+ 14,9	+ 12,8
Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	74	- 5,7	+ 2,5	-	+ 2,7	+ 4,5	-	+ 1,8
in konstanten Preisen von 2000								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2000 = 100)¹								
Industrie ^{1,2}	103,7	+ 2,8	+ 0,8	+ 1,9	+ 1,6	+ 4,3	+ 7,3	+ 5,8
Inland ^{1,2}	106,3	+ 3,7	+ 0,6	+ 2,3	+ 1,4	+ 4,6	+ 7,8	+ 6,2
Bauhauptgewerbe ¹	76,1	- 5,6	+ 3,4	+ 1,2	+ 3,5	+ 7,2	+ 8,2	+ 7,7
Auftragseingang (Index 2000 = 100)								
Industrie ^{1,2}	108,7	+ 5,3	+ 2,1	+ 3,7	+ 4,3	+ 8,1	+ 15,1	+ 11,5
Inland ^{1,2}	98,2	+ 2,0	+ 1,5	+ 3,3	+ 2,6	+ 6,3	+ 10,3	+ 8,3
Ausland ^{1,2}	121,7	+ 8,8	+ 2,7	+ 4,0	+ 5,9	+ 9,8	+ 19,8	+ 14,7
Bauhauptgewerbe ¹	72,5	- 2,7	+ 5,3	-	- 2,0	+ 5,8	-	+ 4,5
Umsätze im Handel (Index 2003 = 100)								
Einzelhandel								
(mit Kfz. und Tankstellen)	101,8	+ 0,6	- 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,9	+ 2,6	+ 1,7
Großhandel (ohne Kfz.)	106,3	+ 2,7	- 0,6	- 0,2	- 0,5	+ 3,4	+ 1,9	+ 2,6
Arbeitsmarkt	2005 Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Veränderung in Tsd. gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Jul 06	Aug 06	Sep 06	Jul 06	Aug 06	Sep 06
Erwerbstätige, Inland	38,82	- 0,1	+ 53	+ 29	-	+ 310	+ 301	-
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	4,86	+ 10,9	- 92	+ 5	- 17	- 451	- 426	- 409
Preisindizes	2005 Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode			Vorjahresperiode		
			Jul 06	Aug 06	Sep 06	Jul 06	Aug 06	Sep 06
2000 = 100								
Importpreise	101,4	+ 4,3	+ 1,2	+ 0,2	-	+ 6,3	+ 5,5	-
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	110,7	+ 4,6	+ 0,5	+ 0,2	-	+ 6,0	+ 5,9	-
Verbraucherpreise	108,3	+ 2,0	+ 0,4	- 0,1	- 0,4	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,0
ifo-Geschäftsklima	saisonbereinigte Salden							
Gewerbliche Wirtschaft Deutschland (ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrie)	Feb 06	Mrz 06	Apr 06	Mai 06	Jun 06	Jul 06	Aug 06	Sep 06
Klima	+ 17,3	+ 20,8	+ 22,5	+ 20,6	+ 24,1	+ 20,9	+ 21,5	+ 20,4
Geschäftslage	+ 14,8	+ 21,5	+ 26,4	+ 26,1	+ 30,7	+ 30,2	+ 31,0	+ 36,2
Geschäftserwartungen	+ 19,8	+ 20,0	+ 18,7	+ 15,1	+ 17,7	+ 11,9	+ 12,4	+ 5,7

¹ Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

² Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

auch aufgrund ihrer hohen preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Diesen positiven Aussichten steht eine sich abzeichnende leichte Abkühlung der Weltkonjunktur entgegen: So hat die US-Wirtschaft spürbar an Fahrt verloren, und die Sechsmonatsveränderungsrate des OECD Leading Indicators hat sich für die OECD-Länder auf den niedrigsten Wert seit September vergangenen Jahres verringert. Gleichwohl dürfte sich aus deutscher Sicht die mit der weltwirtschaftlichen Abkühlung einhergehende Ausfuhrabschwächung aufgrund der Wettbewerbsvorteile der deutschen Exportwirtschaft eher in engen Grenzen halten, wenn sich nicht gravierende Risiken materialisieren sollten (z.B. abrupte Abwertung des US-Dollars, geopolitische Spannungen).

Die Importtätigkeit zeigte sich im Juli/August mit einem Anstieg um saisonbereinigt 4,1 % wesentlich dynamischer als die der Exporte. Ursächlich hierfür kann sowohl die weiter gestiegene Teuerungsrate der Importpreise als auch die zunehmende inländische Nachfrage sein. Letztere dürfte auch in den nächsten Monaten die Einfuhrtätigkeit – nicht zuletzt auch wegen der zu erwartenden Vorzieheffekte im Vorfeld der Umsatzsteuersatzerhöhung – beleben.

Die Zunahme der inländischen Nachfrage zeigt sich jetzt bereits in den Industrieindikatoren, die eine starke wirtschaftliche Dynamik im 3. Quartal signalisieren: Die industrielle Produktion ist im Zweimonatsdurchschnitt deutlich angestiegen (saisonbereinigt + 1,4 % gegenüber Vorperiode). Dies ist vor allem auf eine Ausweitung der Erzeugung von Vorleistungsgütern (+ 3,1 %) zurückzuführen. Dagegen wurde die Herstellung von Konsum- und Investitionsgütern nur geringfügig ausgedehnt (+ 0,7 % und + 0,1 %). Der Verkauf der Industrieprodukte hat sich sowohl im Ausland als auch im Inland weiter verstärkt (saisonbereinigt + 1,9 % bzw. + 1,0 %). Dabei verzeichneten die Vorleistungsgüterproduzenten die größte Umsatzsteigerung (Ausland: + 2,7 % und Inland: + 2,0 %). Im Inland fiel die Zunahme des Umsatzes von Investitions- und Konsumgütern schwach aus (+ 0,7 % und 0,0 %), im Ausland gab es dagegen einen kräftigen Zuwachs (+ 1,6 % und + 1,5 %).

Die zunehmende Bedeutung der Binnen- nachfrage zeigt sich auch im kräftigen Anstieg der Neuaufträge aus dem Inland (Juli/August sai-

sonbereinigt + 2,6 % gegenüber der Vorperiode). Die Bestellungen von Investitionsgütern legten dabei überdurchschnittlich zu (+ 5,5 %); die Konsumgüternachfrage ging dagegen zurück (– 0,7 %), wenn auch weniger stark als zuvor. Darüber hinaus verbesserte sich die Lageeinschätzung der Unternehmen (ifo-Geschäftsklimaindex) nochmals deutlich und der Einkaufsmanagerindex stabilisierte sich auf einem hohen Niveau.

Auch im Bauhauptgewerbe hat sich die aufwärts gerichtete Entwicklungstendenz der Bautätigkeit fortgesetzt. Die Bauproduktion weitete sich zuletzt (Juli/August) saisonbereinigt um 3,5 % gegenüber dem vergleichbaren Vorzeitraum (Mai/Juni) aus. Ausgehend von den Auftragseingängen und den Erwartungen des ifo-Geschäftsklimaindex im Mai und Juni (Aussicht für die nächsten sechs Monate für das Baugewerbe) dürfte diese Entwicklung, insbesondere aufgrund der Vorzieheffekte im Vorfeld der Umsatzsteuersatzerhöhung 2007, bis zum Jahresende in diesem Umfang anhalten.

Der private Konsum neigt offensichtlich immer noch zur Schwäche, auch wenn er – im Gegensatz zum 2. Quartal – im vergangenen Vierteljahr wieder zugenommen haben dürfte. Im Einzelhandel deutet sich zwar im Verlauf eine leichte Verbesserung an. Vorzieheffekte im Zusammenhang mit der Umsatzsteuersatzerhöhung 2007 sind allerdings bisher kaum zu erkennen. Da aber aufgrund der lange währenden Konsumschwäche ein aufgestauter Nachholbedarf besteht, könnten die Verbraucher verstärkt zum Jahresende die Gelegenheit nutzen, sich lang gehegte Wünsche ohne die höhere Umsatzsteuerbelastung zu erfüllen. Vielfach noch bestehende Weihnachtsgeldzahlungen dürften dies auch einkommensseitig unterstützen. Positive Aussichten auf eine Belebung des privaten Konsums in der 2. Jahreshälfte 2006 zeigen sich auch in der Stimmungsaufhellung der Einzelhändler (Anstieg des ifo-Geschäftsklimaindex für den Einzelhandel) und der Verbraucher (außerordentlich hohe Anschaffungsneigung gemäß GfK-Konsumklimaindex). Im nächsten Jahr überwiegen allerdings die Belastungen: Die Umsatzsteuersatzerhöhung und anstehende Nachzahlungen für den Energieverbrauch der privaten Haushalte werden die

Kaufkraft beeinträchtigen und die Konsummöglichkeiten begrenzen.

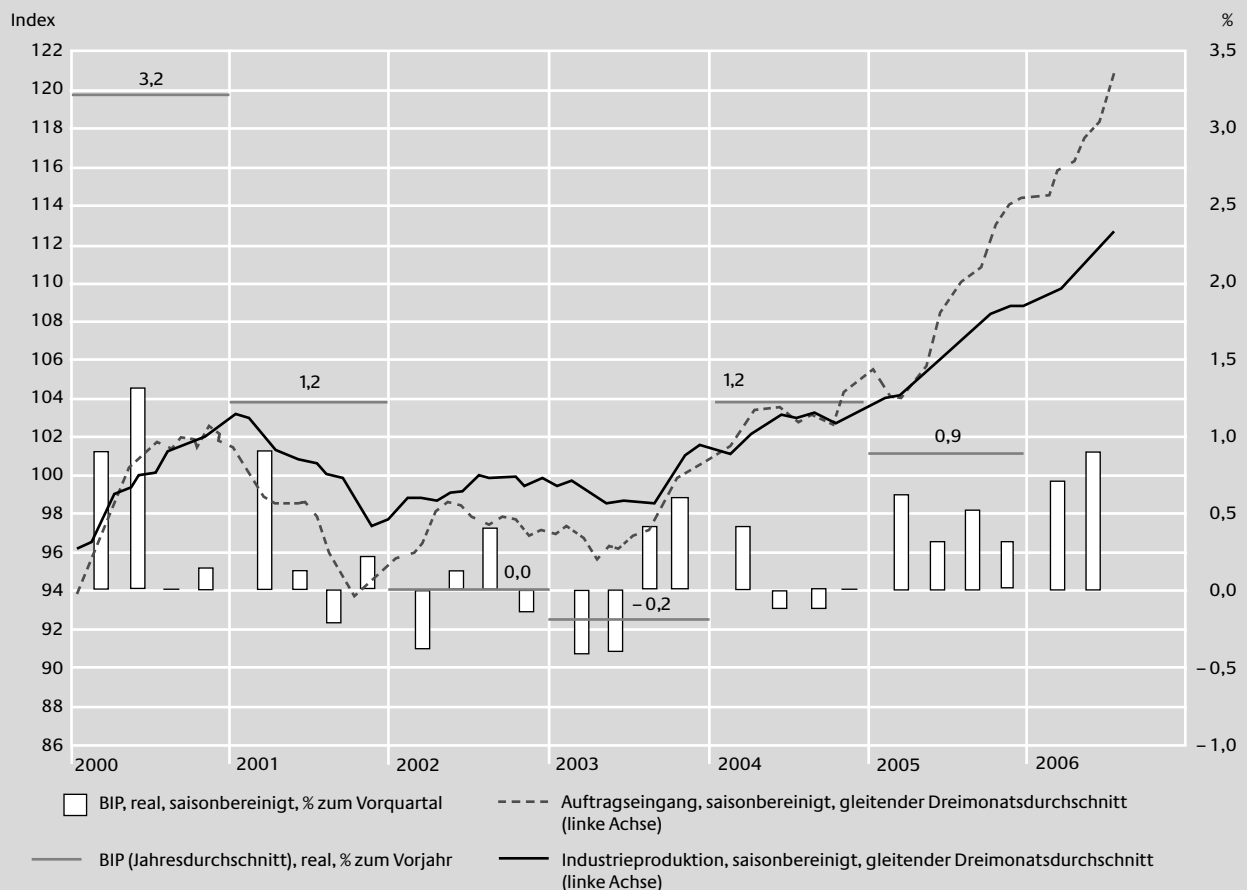
Eine grundlegende Tendenzwende beim privaten Konsum setzt nachhaltige Verbesserungen am Arbeitsmarkt und damit einhergehende Einkommensverbesserungen voraus. Die Verstärkung der inländischen Auftriebskräfte in den letzten Monaten und die damit einhergehende konjunkturelle Dynamik sind dafür eine gute Basis, denn sie wirken sich zunehmend positiv auf dem Arbeitsmarkt aus. So nahm im September im Vergleich zum Vormonat die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl um 17 000 Personen ab. Seit Jahresbeginn verringerte sich ihre Zahl um kumuliert 281 000 Personen. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote blieb bei 10,6 %. Nach Ursprungszahlen waren im September 4,238 Mio. Personen arbeitslos gemeldet, 409 000 weniger als vor einem Jahr (August: – 426 000 und Juli: – 451 000).

Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen nach dem Inlandskonzept erhöhte sich im

August gegenüber dem Vormonat um 29 000. Von Januar bis August stieg sie damit um 269 000 Personen an. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl der Erwerbstätigen seit Februar deutlich zu, zuletzt im August um 301 000 (Juli: + 310 000 und Juni: + 260 000). Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist saisonbereinigt seit Februar laufend angestiegen und zeigte auch im Juli deutliche Verbesserungen gegenüber dem Vormonat. Das Vorjahresniveau wurde deutlich überschritten. Nach Branchen gab es den größten Anstieg im Vorjahresvergleich bei unternehmensnahen Dienstleistungen (+ 6,7 %). Beschäftigungsverluste verzeichnete vor allem das Kredit- und Versicherungsgewerbe (– 1,7 %). Der Arbeitskräfteabbau im Verarbeitenden und Baugewerbe hat sich weiter verlangsamt (– 0,7 % und – 0,5 %).

Die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften zeigt sich deutlich bei den ungeforderten Stellenangeboten, die derzeit etwa 70 % der gesamten Stellenangebote ausmachen. So weist

BIP-Wachstum sowie Produktion und Auftragseingang in der Industrie



dieser Indikator saisonbereinigt seit Januar einen Anstieg der offenen Stellen um 120 000 aus. Gemessen an den Industrieindikatoren, die für die nächsten Monate auf eine kräftige industrielle Erzeugung insbesondere von Investitions- und Vorleistungsgütern hinweisen, bleiben für dieses Jahr die Bedingungen für eine Fortsetzung der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt günstig. Unter der Annahme, dass die Umsatzsteuersatzerhöhung nur eine konjunkturelle Delle hervorruft, könnte damit eine Trendumkehr am Arbeitsmarkt eingesetzt haben.

Die Verbesserungen am Arbeitsmarkt und die Beruhigung des Preisklimas wirken derzeit entlastend auf die Kaufkraft der Konsumenten. Im September sind die Verbraucherpreise im Vergleich zum Vormonat um 0,4 % zurückgegangen, und auch im Vorjahresvergleich hat sich der Anstieg abgeschwächt (+ 1,0 % nach 1,7 % im August). Die Jahresteuersatzrate ist die niedrigste seit zweieinhalb Jahren und liegt zum dritten Mal in Folge wieder unter der 2 %-Marke. Dies ist vor allem auf eine günstigere Entwicklung der Preise für Heizöl und Kraftstoffe zurückzuführen. Ohne Mineralölerzeugnisse hätte der Anstieg der Verbraucherpreise bei 1,4 % gelegen. Dabei sind aber auch Basiseffekte zu berücksichtigen: Dämpfend auf die Jahresteuersatzrate

wirkten die niedrigeren Preise für Mineralölprodukte im Vergleich zu den Höchstpreisen im September 2005 (im Wesentlichen bedingt durch den Wirbelsturm „Katrina“) und das Auslaufen des Basiseffekts infolge der letzten Stufe der Tabaksteuererhöhung im September 2005. Deutschland leistet damit weiterhin einen wichtigen Beitrag für die Preisniveaustabilität im Euroraum.

Auch die Import- und Erzeugerpreise sind im August weniger stark angestiegen als im Monat zuvor. So erhöhte sich der Importpreisindex um 0,2 % gegenüber dem Vormonat. Die Jahresteuersatzrate betrug 5,5 % nach 6,3 % im Juli. Die anhaltende Verteuerung der Nichteisenmetalle und deren Halbzeug um 53,4 % gegenüber August 2005 hatte einen deutlich größeren Einfluss auf die Preiserhöhung als die Energiepreissteigerungen (+ 16,9 %). Ohne Erdöl und Mineralölerzeugnisse betrug die Jahresteuersatzrate 4,7 % (Juli: + 4,3 %). Der Erzeugerpreisindex erhöhte sich im August um 0,2 % gegenüber dem Vormonat und um 5,9 % gegenüber dem Vorjahr. Im Vorjahresvergleich gab es eine deutliche Zunahme der Preise für Nichteisenmetalle (+ 43,3 %) und Energie (+ 14,8 %). Ohne Energie stiegen die Erzeugerpreise gegenüber dem Vorjahr wie im Juli um 3,0 %.

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 10. Oktober 2006 in Luxemburg

Bericht über die Anwendung des Kriteriums der Preisstabilität

Voraussetzung für die Einführung des Euro in einem Mitgliedstaat ist der Nachweis, einen hohen Grad an dauerhafter Konvergenz erreicht zu haben. Eines der so genannten Konvergenzkriterien erfasst die Preisstabilität, wonach die Inflationsrate des Mitgliedstaats der Inflationsrate jener – höchstens drei – Mitgliedstaaten nahekommen muss, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben. Im Zusammenhang mit der letzten Aufnahmerunde wurde der Wunsch geäußert, zu prüfen, inwiefern die bisherige Anwendung des Inflationskriteriums geeignet ist, um ein Urteil über den Zugang zum Euro-Währungsraum zu treffen.

Der Vorsitzende des Wirtschafts- und Finanzausschusses (WFA) unterrichtete den ECOFIN-Rat über eine Befassung des Ausschusses auf der Grundlage von Papieren der Europäischen Zentralbank (EZB) und EU-Kommission. In der Aussprache verwies Minister Steinbrück auf die klare und schlüssige Haltung von EZB und EU-Kommission. Im Hinblick auf die Stabilität des Euro müsse an der bewährten Umsetzungspraxis festgehalten werden. Die Aufnahme Sloweniens in den Kreis der Euroländer stelle überdies unter Beweis, dass im gemeinsamen Währungsraum jeder willkommen sei, der die Anforderungen erfülle. Der finnische Ratsvorsitzende schlussfolgerte, dass die Diskussion geholfen habe, um die Standpunkte und Ansätze von EU-Kommission und EZB besser nachzuvollziehen. Es läge im Interesse aller, nicht von der bisherigen Praxis abzuweichen.

Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes

Der ECOFIN-Rat hat sich bei seiner Sitzung mit den Defizitverfahren von Deutschland, Großbritannien und Ungarn befasst.

Für Deutschland und Großbritannien lagen dem Rat Mitteilungen der EU-Kommission vor, in denen untersucht wird, ob in Deutschland und Großbritannien wirksame Maßnahmen zum Defizitabbau vollzogen wurden.

Der Rat bestätigte die Auffassung der EU-Kommission, das Defizitverfahren gegen Deutschland ruhen zu lassen. Damit attestierte auch der Rat Deutschland, im Anschluss an die Inverzugsetzung gemäß Art. 104 Abs. 9 EG-Vertrag vom März dieses Jahres wirksame Maßnahmen zum Abbau des übermäßigen Defizits ergriffen zu haben. Der Rat stellte ebenfalls fest, dass Großbritannien der Ratsempfehlung gemäß Art. 104 Abs. 7 EG-Vertrag vom Januar dieses Jahres gefolgt sei und wirksame Anstrengungen zum Abbau des übermäßigen Defizits unternommen habe. Daher sind auch in diesem Defizitverfahren aktuell keine weiteren Schritte erforderlich.



Ungarn stellte dem ECOFIN-Rat sein aktualisiertes Konvergenzprogramm vor, mit dem ein Abbau des gesamtsstaatlichen Defizits von 10,1 % des BIP im Jahr 2006 auf unter 3 % des BIP bis zum Jahre 2009 in Angriff genommen werden soll. Der Rat beschloss im Weiteren eine Empfehlung gemäß Art. 104 Abs. 7 EG-Vertrag zum Abbau des übermäßigen Defizits, wonach das Konvergenzprogramm ohne Abstriche umgesetzt werden müsse. Ungarn wurde aufgefordert, halbjährlich Berichte zum Stand der Konsolidierungsmaßnahmen vorzulegen; die Frist für den Abbau des übermäßigen Defizits wurde um ein Jahr auf 2009 verlängert.

Energie, Innovation, Vorkehrungen zur Wahrung der finanziellen Stabilität und Arbeitsmethoden

Bereits im Rahmen des informellen Ministertreffens am 8./9. September 2006 in Helsinki wurden die Themen Energie, Innovation, Vorkehrungen zur Wahrung der finanziellen Stabilität und die ECOFIN-Arbeitsmethoden beraten. Der Rat griff diese Themen nunmehr im Rahmen einer formalen Befassung nochmals kurz auf.

Im Bereich der Energie wurde ein abgestimmtes Verhalten bei Ölpreiserhöhungen auf den Weltmärkten für erstrebenswert erachtet, wie zum Beispiel eine Diversifizierung des Energieangebots. Insbesondere die Abhängigkeit von externen Energiequellen ist zu vermindern.

Im Bereich der Innovation ging es um die Frage, wie die Industrie unterstützt werden könne, Produkt- und Verfahrensneuerungen voranzutreiben. Dazu wurde der Stellenwert von Risikokapitalgebern, aber auch die Innovationsbereitschaft der Unternehmen hervorgehoben.

Die finnische Ratspräsidentschaft hatte sich beim dritten Thema bereits in Helsinki dafür ausgesprochen, das Finanzkrisenmanagement weiterzuentwickeln. Eine vom WFA vorgenommene Krisensimulation habe schon wichtige Erkenntnisse geliefert. Dem WFA wurde in diesem Zusammenhang das Mandat erteilt, die Arbeiten fortzuführen und dem ECOFIN-Rat zu berichten.

Im Rahmen der Überarbeitung der Arbeitsmethoden des ECOFIN wurde ein reduzierter Teilnehmerkreis bei Sitzungen vereinbart. Die Vorbereitung der Ratssitzungen soll enger zwischen WFA und Wirtschaftspolitischen Ausschuss (WPA) abgestimmt werden. Die Schlussfolgerungen wurden ohne Änderungen angenommen.

Bessere Rechtssetzung: Verwaltungsaufwand

Der ECOFIN-Rat hat einstimmig die Ratschlussfolgerungen zur besseren Rechtssetzung und zum Abbau unternehmerischen Verwaltungsaufwands angenommen. Die Initiative hat das Ziel, den aus der Gesetzgebung resultierenden Verwaltungsaufwand im Privatsektor zu

vermindern. Die Schlussfolgerungen richten auch einen Appell an die Mitgliedstaaten, eigene Maßnahmen und Anstrengungen zu unternehmen. Kommissar Verheugen betonte im ECOFIN-Rat die Bedeutung des Bürokratiekostenabbaus für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Im Zuge dessen wolle die Kommission im November dieses Jahres einen Vorschlag für den weiteren Abbau administrativer Lasten auf EU-Ebene bis zum Jahr 2010 präsentieren.



Qualität der öffentlichen Finanzen

Die Beratungen zur Qualität der öffentlichen Finanzen standen im Zeichen nationaler Fiskalregeln und Institutionen. Die Aussprache im Rat konzentrierte sich auf den Einfluss, den nationale Haushalts- bzw. Verschuldungsregeln und unabhängige Institutionen auf die Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten haben. Der Vorsitzende des WPA unterstrich den hohen Stellenwert von Regeln mit mittelfristiger Ausrichtung, appellierte aber in Anbetracht der demografischen Entwicklung, die langfristigen Aspekte nicht aus den Augen zu verlieren. Die Schlussfolgerungen wurden einstimmig angenommen. Dabei erging an Kommission, WFA und WPA der Auftrag, weitere Analysen zur Effizienz öffentlicher Finanzen durchzuführen.

EIB-Mandate für die Darlehenstätigkeit in Drittländern: Kernelemente

Im März dieses Jahres hatten sich die Finanzminister darauf geeinigt, eine strategische Diskussion über die Rolle der Europäischen Investitionsbank (EIB) zu führen. Bestandteil war auch die Frage, welches Finanzvolumen der EIB für die Darlehenstätigkeit in Drittländern zur Verfügung stehen soll. In der aktuellen ECOFIN-Befassung konnte noch kein Einvernehmen

erzielt werden. Minister Steinbrück machte deutlich, dass für die von der EU-Kommission vorgeschlagene massive Aufstockung eine stichhaltige Begründung fehle. Bei der Vergabe der Mittel sei ferner eine stärkere Ausrichtung auf die östlichen Nachbarländer und die Beitrittskandidaten erforderlich. Der finnische Ratsvorsitz kündigte an, bis zur Ratssitzung im November einen an die bisherigen Ergebnisse bezüglich der Mittelhöhe und regionaler Verwendung angepassten Entwurf vorzulegen; eine endgültige Entscheidung werde bis Dezember dieses Jahres angestrebt.

Finanzdienstleistungen

Der zuständige Binnenmarkt-Kommissar McCreevy unterrichtete den ECOFIN-Rat über den aktuellen Sachstand der Verhandlungen zwischen EU-Kommission und Industrie beim Thema „Clearing and Settlement“. „Clearing and Settlement“ beschreibt Regelungen zur Erbringung grenzüberschreitender Dienstleistungen zur

Wertpapierabrechnung und -abwicklung. In einem Gedankenaustausch wurde der Ansatz der Kommission, auf eine Richtlinie zu verzichten und stattdessen auf eine Selbstverpflichtung der Industrie zu setzen, von den Mitgliedstaaten mit großer Mehrheit unterstützt. Kommissar McCreevy kündigte an, die Minister im November erneut über den aktuellen Stand zu unterrichten.

Als zweiter Themenkomplex wurde der einheitliche Euro-Zahlungsraum (Single Euro Payment Area – SEPA) behandelt. SEPA regelt Infrastrukturen und Standards im europäischen Zahlungsverkehr, die bspw. dazu dienen, Marktzugangshindernisse zu beseitigen und Verbraucherinformationen zu harmonisieren. Die vom Rat angenommenen Schlussfolgerungen ermuntern die Mitgliedstaaten, rasch SEPA-Produkte in ihrer Verwaltung einzusetzen, um damit ein positives Signal zu geben. Voraussetzung dafür ist die preisliche und qualitative Wettbewerbsfähigkeit der neuen Zahlungsinstrumente.

Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2006

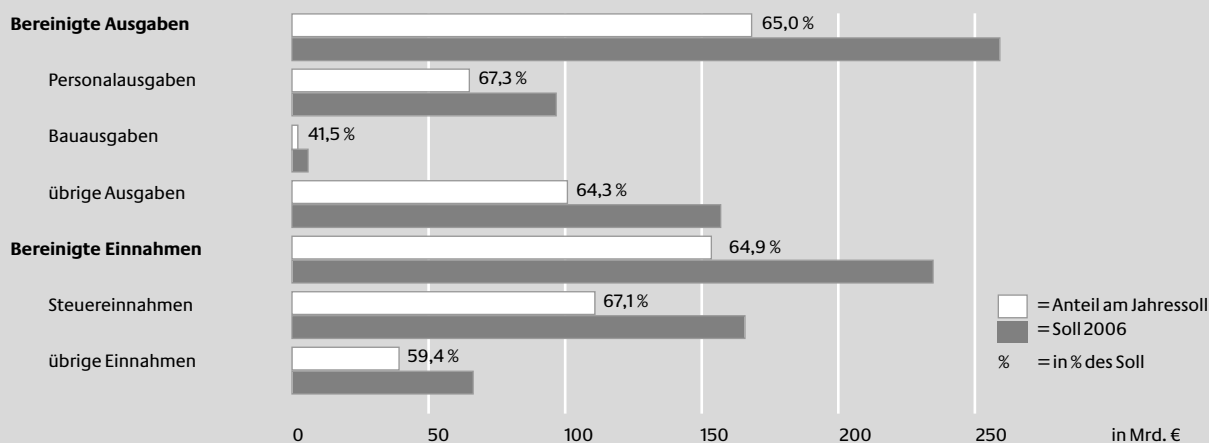
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich August vor.

Die Ausgaben der Länder insgesamt verringerten sich im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um $-0,1\%$ auf rd. 168,0 Mrd. €, während die Einnahmen um $+4,8\%$ auf rd. 153,0 Mrd. € stiegen. Die positive Entwicklung bei den Steuereinnahmen setzte sich auch im August weiter fort. Sie erhöhten sich gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um $+9,4\%$. Das Finanzierungsdefizit der Länderge-

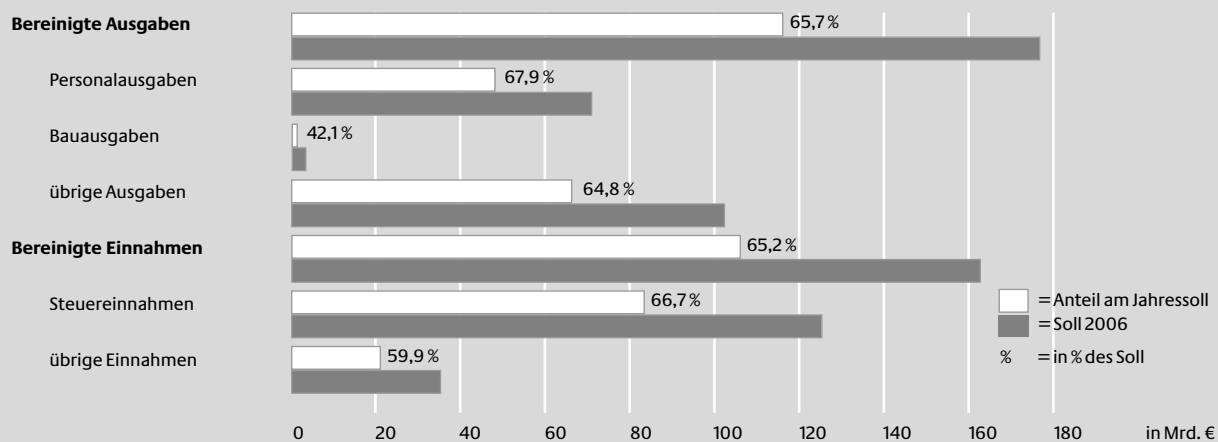
samtheit betrug rd. $-15,0$ Mrd. € und lag damit rd. 7,2 Mrd. € unter dem Vorjahresniveau.

In den Flächenländern West stiegen die Einnahmen um $+5,2\%$ und die Steuereinnahmen um $+8,4\%$, während die Ausgaben sich um $+1,5\%$ erhöhten. In den ostdeutschen Flächenländern stiegen die Einnahmen um $+7,1\%$ und die Steuereinnahmen um $+11,6\%$. Die Ausgaben konnten um $-1,6\%$ reduziert werden. Bei den Stadtstaaten sanken die Einnahmen um $-0,1\%$, die Steuereinnahmen erhöhten sich um $+13,5\%$ und die Ausgaben verringerten sich um $-4,9\%$.

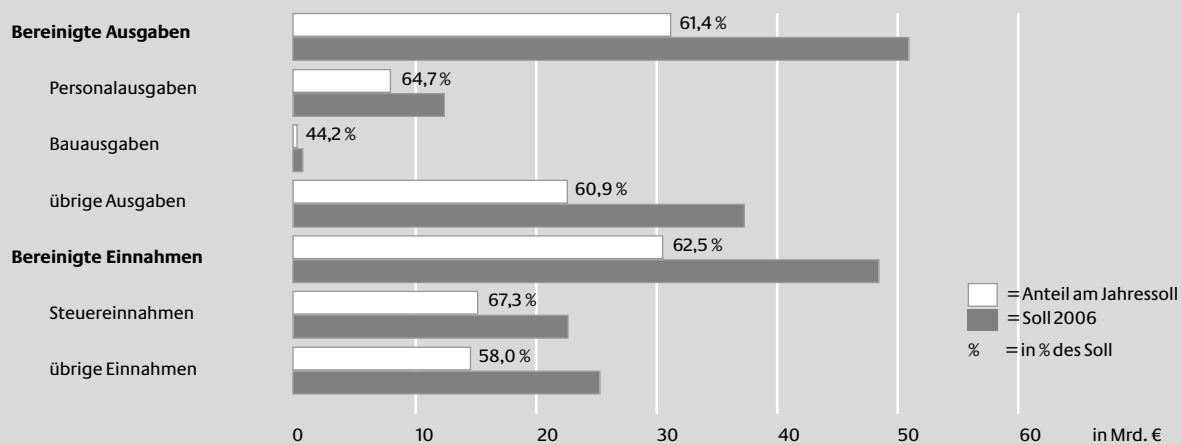
Länder insgesamt



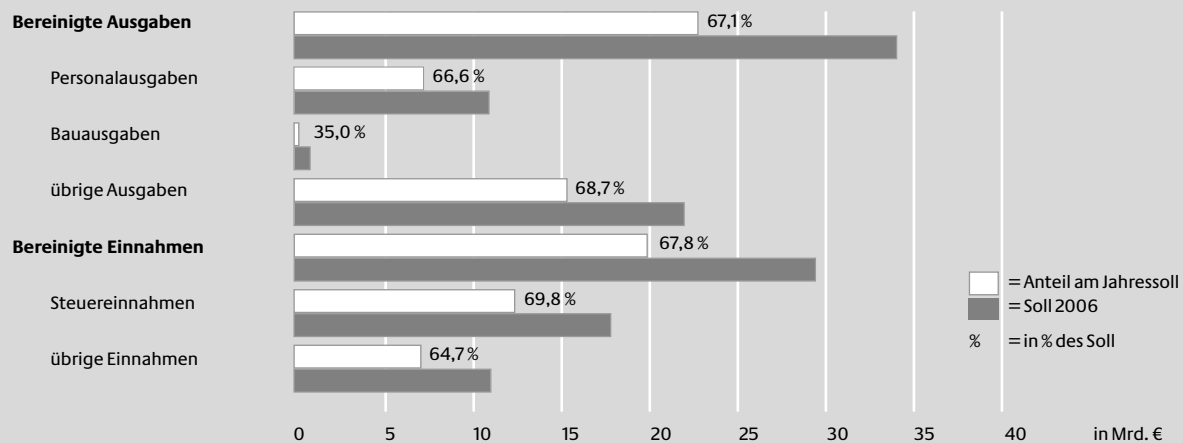
Flächenländer West



Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Termine

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

- 6./7. November 2006 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 18./19. November 2006 – G 20-Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure in Melbourne
- 27./28. November 2006 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 14./15. Dezember 2006 – Europäischer Rat in Brüssel

Publikationen des BMF

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikation neu herausgegeben:

Fachblick – Datensammlung zur Steuerpolitik – Ausgabe 2006 –

Diese und andere Publikationen können kostenfrei bestellt werden beim

Bundesministerium der Finanzen
– Referat Bürgerangelegenheiten –
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

telefonisch: 0 30 18 / 68 23 300
per Telefax: 0 30 18 / 68 23 765

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de> oder
<http://www.bmf.bund.de>

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2006	November	Oktober 2006	20. November 2006
	Dezember	November 2006	21. Dezember 2006
2007	Januar	Dezember 2006	31. Januar 2007
	Februar	Januar 2007	22. Februar 2007
	März	Februar 2007	22. März 2007
	April	März 2007	20. April 2007
	Mai	April 2007	23. Mai 2007
	Juni	Mai 2007	21. Juni 2007
	Juli	Juni 2007	19. Juli 2007
	August	Juli 2007	22. August 2007
	September	August 2007	20. September 2007
	Oktober	September 2007	19. Oktober 2007
	November	Oktober 2007	22. November 2007
	Dezember	November 2007	20. Dezember 2007

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2007

- bis 23. Juni 2006 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
- 29. Juni 2006 – Finanzplanungsrat
- 30. Juni 2006 – Zuleitung an Kabinettsrat
- 5. Juli 2006 – Kabinettsbeschluss
- 11. August 2006 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- 5. bis 8. September 2006 – 1. Lesung Bundestag
- 22. September 2006 – 1. Beratung Bundesrat
- 20. September bis
- 8. November 2006 – Beratungen im Haushaltsausschuss
- 2./3. November 2006 – Steuerschätzung
- 9. November 2006 – Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
- 21. bis 24. November 2006 – 2./3. Lesung Bundestag
- 15. Dezember 2006 – 2. Beratung Bundesrat
- Ende Dezember 2006 – Verkündung im Bundesgesetzblatt





Analysen und Berichte

Kurzfassung des Jahresberichts zum Stand der Deutschen Einheit 2006	37
Bedeutung der Schätzungen von Produktionspotenzial und Produktionslücken für die Finanzpolitik	47
Entwicklung bundeseinheitlicher Software für das Besteuerungsverfahren (Vorhaben KONSENS) ...	55
Biokraftstoffe – ein neues Standbein der europäischen Agrarpolitik?	65
Jahresversammlung Internationaler Währungsfonds und Weltbank am 19. September 2006 in Singapur	69



Kurzfassung des Jahresberichts zum Stand der Deutschen Einheit 2006¹

1	Vorbemerkungen	37
2	Der differenzierte Entwicklungsprozess in den neuen Ländern	38
2.1	Wirtschaftliche und sektorale Entwicklung, Lage auf dem Arbeitsmarkt	38
2.2	Regionale Entwicklung und demografischer Wandel	39
3	Weiterentwicklung des Entwicklungs- und Förderansatzes: Stärken stärken – Profile schärfen	42
3.1	Kernherausforderungen für den Aufbau Ost	42
3.2	Flexible und zielgenaue Förderung	42
3.3	Der finanzielle Rahmen – finanzpolitische Herausforderungen	45

- Die Entwicklung in den neuen Ländern weist große Fortschritte, aber auch viele Herausforderungen und differenzierte Entwicklungen auf.
- Die Bundesregierung reagiert hierauf mit einer Überarbeitung der Förderstrategie nach dem Motto „Stärken stärken – Profile schärfen“.

1 Vorbemerkungen

Das Bundeskabinett hat am 27. September 2006 den Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit gebilligt. Mit diesem Bericht kommt die Bundesregierung einem Beschluss des Deutschen Bundestages aus dem Jahr 2000 nach, regelmäßig eine ausführliche Darstellung der wesentlichen Politikfelder und Maßnahmen zur Förderung des Aufbaus der neuen Länder vorzulegen.

Der diesjährige Jahresbericht geht nach einer knappen Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung und der zukünftigen Herausforderungen in den neuen Ländern auf die Weiterentwicklung des Förderansatzes und auf verschiedene Aspekte der inneren Einheit Deutschlands ein. Alle wesentlichen Programme und Politikfelder der Regierungspolitik für den

Aufbau Ost, die dazu dienen sollen, die Wirtschaftskraft und Beschäftigung zu stärken, neue Technologien und Innovationen zu fördern sowie den regionalen und sozialen Zusammenhalt zu unterstützen, werden dargestellt. Im Folgenden sind ausgewählte Inhalte des Berichts in stark gekürzter Form wiedergegeben.

¹ Der vollständige Bericht kann auf der Internetseite des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (www.bmvbs.de) eingesehen werden.

2 Der differenzierte Entwicklungsprozess in den neuen Ländern

2.1 Wirtschaftliche und sektorale Entwicklung, Lage auf dem Arbeitsmarkt

Gesamtwirtschaftlich sind die neuen Bundesländer in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 1,0 % gewachsen und erzielten damit im Mittel eine höhere Wachstumsrate als die alten Länder (+ 0,8 %). Hinter diesem wirtschaftlichen Gesamtbild verbirgt sich ein ausgeprägter struktureller Wandel. Wirtschaftszweige wie das Verarbeitende Gewerbe und die produktionsnahen Dienstleistungen konnten zum Teil erhebliche Zuwächse verzeichnen. So erhöhte das Verarbeitende Gewerbe seine Wertschöpfung in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 5,6 % und festigte seine Position als Wachstumslokomotive der ostdeutschen Wirtschaft (vgl. Tabelle 1). Damit hat sich der Re-

Industrialisierungsprozess weiter fortgesetzt, der in den vergangenen Jahren zahlreiche Branchenschwerpunkte entstehen ließ.

Wachstumsführer waren ab 2000 vor allem technologieintensive Branchen wie der Fahrzeugbau und die Herstellung von Büromaschinen und Mikroelektronik, die chemische Industrie sowie das Papier-, Verlags- und Druckgewerbe. Ebenfalls wachstumsstark erwiesen sich Branchen mit eher konventioneller Technologie wie das Ernährungsgewerbe und das Holzgewerbe. Diese Entwicklungen zeigen, dass die ostdeutsche Industrie mittlerweile mehrere Standbeine hat und sich zunehmend ausdifferenziert.

Auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit, gemessen an der Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe und dem Bergbau, hat sich weiter erhöht. Im 1. Halbjahr 2006 wurden knapp 30 % des Gesamtumsatzes auf den Auslandsmärkten erzielt. Da jedoch zur gleichen Zeit der westdeutsche Vergleichswert auf knapp 44 % anstieg, ist der Abstand nur geringfügig gesunken. Dies macht deutlich, dass trotz großer Fortschritte bei der Steigerung ihrer Exporte die ostdeutsche Wirtschaft noch immer stärker bin-

Tabelle 1: Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung einzelner Wirtschaftsbereiche in den neuen Ländern gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %
– preisbereinigt, verkettet –

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	3,2	2,0	0,8	2,7	1,9	1,3	1,3	1,1	2,3	0,1
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	- 1,2	9,2	- 3,3	13,1	- 7,9	7,4	- 9,0	- 1,5	20,6	- 5,2
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	8,9	5,5	2,0	5,5	10,1	2,8	1,9	5,8	7,9	4,5
dar.: Verarbeitendes Gewerbe ¹	5,7	11,2	4,9	7,4	12,8	4,0	2,6	6,1	9,2	6,0
Baugewerbe	- 4,4	- 4,7	-11,2	- 7,6	-12,4	-13,3	- 5,7	- 3,4	- 2,5	- 9,4
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	2,2	0,1	3,1	5,4	2,4	2,6	2,7	- 0,8	1,5	1,0
Finanzierung, Vermietung u. Unternehmensdienstleister	9,2	6,2	7,9	3,5	4,2	6,9	4,5	2,2	2,1	0,9
Öffentliche und private Dienstleister	1,7	1,3	- 0,1	2,3	1,1	- 0,6	0,4	- 0,5	- 0,8	- 1,9

¹ Nach ESVG 1995. Berechnungsstand: August 2005/März 2006). Neue Länder ohne Berlin.

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“.

nenwirtschaftlich orientiert ist und weiterhin Wachstumspotenziale für die ostdeutsche Wirtschaft im internationalen Bereich bestehen, die konsequent genutzt werden müssen.

Nach dem Verarbeitenden Gewerbe sind die Unternehmens-Dienstleistungen der zweitstärkste Wachstumsbereich der ostdeutschen Wirtschaft. Ihr Anteil an der ostdeutschen Wertschöpfung ist jedoch nach wie vor niedriger als in Westdeutschland. Im speziell für die neuen Länder wichtigen Dienstleistungssegment der Tourismuswirtschaft konnte die Position auf dem nationalen Markt weiter gefestigt werden.

Gegenüber den geschilderten positiven Entwicklungen hielt der konjunkturell belastende, aber notwendige Anpassungsprozess im Baugewerbe und im öffentlichen Sektor weiter an. Eine wesentliche Ursache für den spürbaren Rückgang des realen Bauvolumens in den neuen Ländern liegt im Auslaufen der Maßnahmen zur Flutschädenbeseitigung.

Die gesamtwirtschaftliche Produktivität² erhöhte sich weiter auf knapp 79 % des westdeutschen Durchschnitts im Jahr 2005. Das Verarbeitende Gewerbe allein betrachtet erreichte ein Produktivitätsniveau von knapp 80 % des Vergleichswertes; der Produktivitätsabstand verringert sich hier pro Jahr um jeweils knapp 1,5 Prozentpunkte. Mit zunehmender Produktivität nähern sich die Lohnstückkosten an das westdeutsche Niveau an. Gesamtwirtschaftlich liegen sie mit knapp drei Prozentpunkten nur noch knapp über dem westdeutschen Vergleichswert. Im Produzierenden Gewerbe (ohne Bauwirtschaft) ist es bereits gelungen, einen erheblichen Lohnstückkostenvorteil von rund 13 % gegenüber den alten Ländern zu erreichen. Damit hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der im überregionalen Wettbewerb stehenden ostdeutschen Wirtschaft weiter deutlich verbessert. Mit dazu beigetragen hat in den vergangenen Jahren die Lohnentwicklung. Die Arbeitnehmerentgelte sind im Vergleich zum westdeutschen Niveau nicht weiter angestiegen. Durchschnittlich erreichen ostdeutsche Beschäftigte rund 81 % des westdeutschen Lohnniveaus (einschließlich Berlin), womit oftmals längere Arbeitszeiten verbunden sind.

Insgesamt kam der Strukturwandel weiter voran. Es bestehen jedoch nach wie vor spezifische Nachteile der ostdeutschen Wirtschaft, u. a. in

- einem Mangel an größeren Unternehmens-einheiten und Hauptsitzen. Dementsprechend liegt der Produktionsanteil in der industriellen Wertschöpfung vergleichsweise hoch, der Dienstleistungsanteil dagegen spürbar niedriger;
- einem relativ niedrigen Anteil an betrieblicher Forschung (so sind lediglich rd. 6 % aller betrieblichen Forscher in Deutschland in ostdeutschen Unternehmen tätig);
- größeren Schwierigkeiten für Unternehmen bei der Fremdfinanzierung;
- schwächer ausgeprägten Netzwerk- und Clusterbildungen, hier auch verstanden als Wertschöpfungsketten vor- und nachgelagerter Bereiche.

Dieses sind – gemeinsam mit den insgesamt zu schwachen wirtschaftlichen Antriebskräften – Gründe für die nach wie vor problematische Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) liegt seit 1997 bei über 17 % und betrug im Jahr 2005 18,7 % (nach 18,4 % in 2004). Damit verzeichnete sie zwar im Vorjahresvergleich einen geringeren Anstieg als in Westdeutschland, war aber immer noch fast neun Prozentpunkte höher als die Arbeitslosenquote in den alten Ländern (9,9 %).

2.2 Regionale Entwicklung und demografischer Wandel

Die regionale Differenzierung hat in den vergangenen Jahren aufgrund wachsender Konzentrationen von Wirtschaftspotenzialen und durch demografische Veränderungen deutlich zugenommen. Bevölkerungsrückgängen vorwiegend in ländlich-peripheren Regionen stehen relativ stabile Entwicklungen in Agglomerationen gegenüber. Seit 1998/1999 konnte in größeren Städten mit zuvor erheblichen Bevölkerungsverlusten das Schrumpfungstempo

² Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, neue Länder einschließlich Berlin.

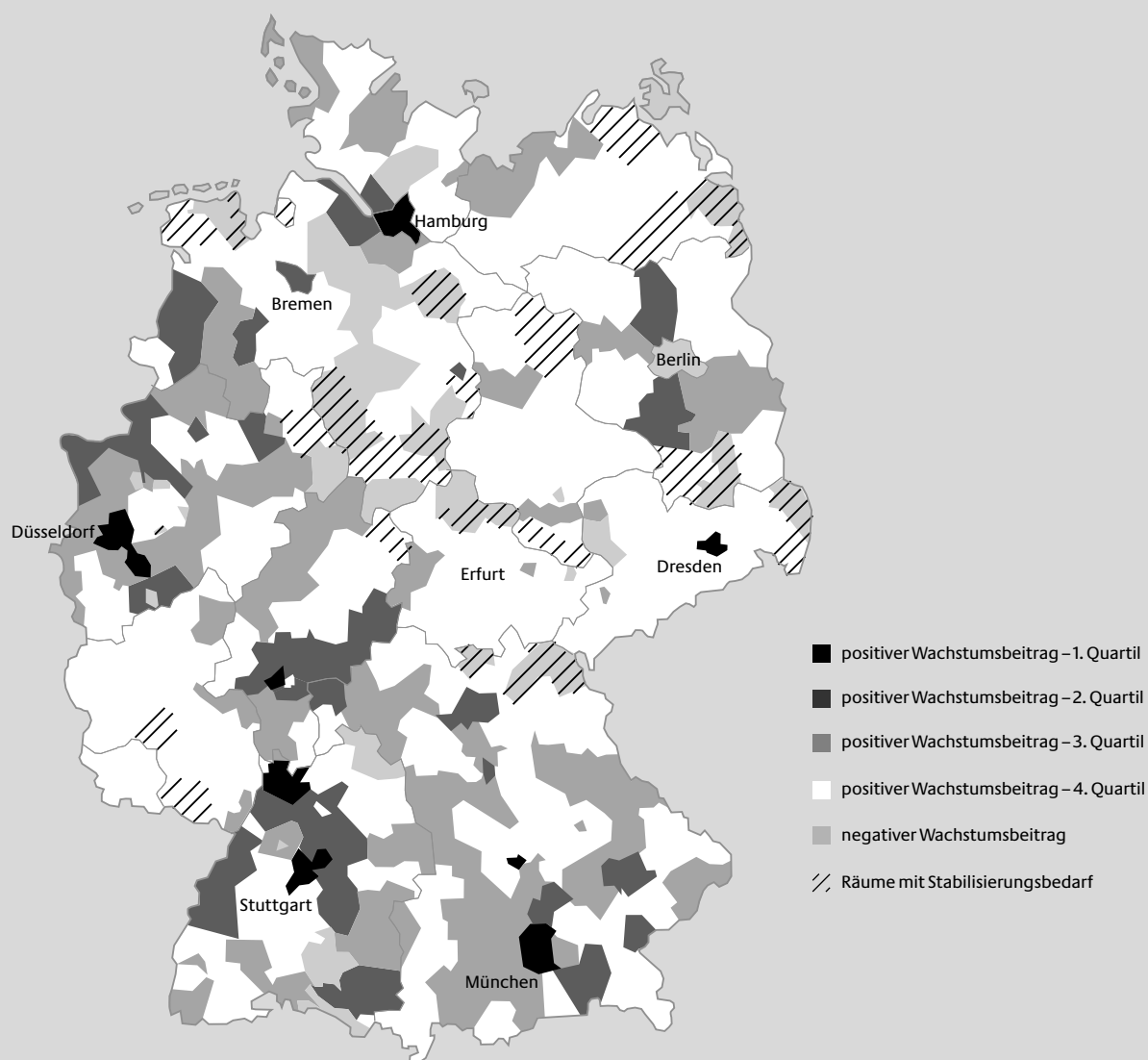
gedrosselt werden (z.B. Cottbus, Gera, Chemnitz). Einige erreichen seit Jahren sogar erstmals wieder stabile Bevölkerungszahlen (z.B. Leipzig, Rostock, Erfurt, Potsdam).

Betrachtet man den regionalen Wachstumsbeitrag, d.h. mit wie viel Prozent die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in einer Kreisregion zwischen den Jahren 1994 und 2003 zur Steigerung des BIP in ganz Deutschland in diesem Zeitraum beigetragen hat, zeigt sich, dass in diesem Zeit-

raum kumuliert 15 % der Kreisregionen in Deutschland die Hälfte des gesamtwirtschaftlichen Wachstums erzeugt haben. In den neuen Ländern gehören dazu die Kreisregionen Dresden-Stadt, Teltow-Fläming und Oberhavel (vgl. Abbildung 1).

Die Kreisregionen Bad Doberan, Havelland, Leipzig-Stadt, Dahme-Spree, Merseburg-Querfurt, Eisenach/Wartburgkreis sowie Frankfurt/O.-Oder-Spree und der Ohre-Kreis können als potenzielle Wachstumsmotoren bezeichnet werden. Sie wei-

Abbildung 1: Gesamtwirtschaftlicher Wachstumsbeitrag der Kreisregionen 1994 bis 2003



Kumulierter Anteil der regionalen absoluten Veränderung des BIP an der gesamtwirtschaftlichen Veränderung des BIP 1994 bis 2003.

Kreisregionen, Stand 31. Dezember 2004.

Datengrundlagen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Laufende Raumbewertung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

sen seit 1994 eine steigende jährliche Wachstumsrate des regionalen BIP auf, so dass bei Fortsetzung des Trends in Zukunft auch ein zunehmender Wachstumsbeitrag vermutet werden kann.

Diese wachsende räumliche Differenzierung kann ebenfalls an unterschiedlichen regionalen Beschäftigungsentwicklungen abgelesen werden. Insgesamt hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in allen Raumtypen der neuen Länder abgenommen, am stärksten im Zwischenraum mit Verdichtungsansätzen und im Peripheraum. Dagegen konzentriert sich das Arbeitsplatzangebot auf die Agglomerationsräume.

Die Differenzierung der regionalen Entwicklungen wird in Ostdeutschland künftig besonders durch demografische Veränderungen geprägt sein. Schon seit geraumer Zeit zeichnet sich in Deutschland ein demografischer Wandel ab. Die Geburtenrate liegt in Westdeutschland seit ca. 30 Jahren um ein Drittel unter dem Bestandserhaltungsniveau. In den neuen Ländern hat sie sich diesem Trend angeglichen.

Das resultierende Geburtendefizit führt gemeinsam mit Abwanderungstendenzen dazu, dass die neuen Länder auch zukünftig wesentlich stärker vom demografischen Wandel betroffen sein werden als die alten Länder. Der Negativsaldo in der Wanderungsstatistik hat sich zwar aktuell vermindert (von 85 000 Personen im Jahr 2002 auf 53 000 Personen im Jahr 2004), problematisch ist aber nach wie vor die Altersstruktur der Fortziehenden: Der Anteil der jungen Erwachsenen (18 bis 30 Jahre) stieg in den letzten Jahren kontinuierlich an und erreichte 54 % im Jahr 2004. Zudem profitieren die neuen Länder nur unterproportional von Zuwanderungen aus dem Ausland, ländliche Räume werden davon so gut wie überhaupt nicht erreicht.

Nach einer Prognose bis 2020 des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) nimmt die Einwohnerzahl Deutschlands insgesamt nur um etwa 1/2 % ab. Für die neuen Länder wird jedoch ein weiterer Bevölkerungsrückgang um 7,7 % bis 2020 geschätzt. Vor allem in den ländlich geprägten, peripher gelegenen Regionen ist mit einem überdurchschnittlichen Bevölkerungsrückgang zu rechnen.

Mit den kontinuierlichen Wanderungsverlusten geht eine Standortschwächung Ost-

deutschlands einher, u.a. durch Verringerung des regionalen Kaufkraftpotenzials, der Forcierung des Alterungsprozesses der Bevölkerung sowie den Verlust überdurchschnittlich hoch qualifizierter und einkommensstarker Personen. Zudem ist damit ein starker Alterungsprozess der Bevölkerung verbunden. Dieser Trend wird in der Zukunft zwar auch Regionen der alten Länder zunehmend erfassen, jedoch in geringerer Intensität und Geschwindigkeit als in vielen Regionen der neuen Länder.

Der unterschiedliche Alterungsprozess in Ost und West führt zusammen mit den Wanderungsbewegungen dazu, dass bis 2020 die Zahl der Erwerbspersonen in den neuen Ländern um 16 % abnehmen und in den alten Ländern um knapp 5 % zunehmen wird.

Da die Unternehmen in Deutschland zur Steigerung ihrer Innovationsfähigkeit und Arbeitsproduktivität derzeit stark auf die Rekrutierung junger Fachkräfte setzen, gewinnen Maßnahmen zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit und zur Steigerung der Innovationsfähigkeit der bestehenden und alternden Mitarbeiterschaft in den neuen Ländern früher und stärker an Bedeutung. Auch die deutlich altersabhängige Bereitschaft zur Unternehmensgründung dürfte durch den demografischen Wandel beeinflusst werden.

3 Weiterentwicklung des Entwicklungs- und Förderansatzes: Stärken stärken – Profile schärfen

3.1 Kernherausforderungen für den Aufbau Ost

Insgesamt sieht die Bundesregierung – neben dem fortgesetzten Ausbau der Infrastruktur – vier Kernherausforderungen für den Aufbau Ost:

Stärkung von Wachstum und Beschäftigung

Die neuen Länder bedürfen dazu dringend neuer Impulse. Ein Beitrag kann hierzu geleistet werden, indem die begrenzten Fördermittel so effektiv wie möglich dort eingesetzt werden, wo sie die größte Wirkung erzielen. Dies kann durch gezielte Nutzung regionaler Wachstumspotenziale, Förderung von gewerblichen Investitionen, Förderung von Clusterbildungen, Abbau von Bürokratie und Beschleunigung von Planungsprozessen geschehen.

Verbesserung der Innovationsfähigkeit

Dauerhafter Wohlstand, Entwicklungschancen und soziale Sicherheit müssen ständig neu gefestigt werden. Dies kann nur gelingen, wenn alle Innovationskräfte mobilisiert werden. Dies gilt besonders für die betrieblichen Forschungs- und Innovationsleistungen. Hier steht Ostdeutschland in einem weltweiten Wettbewerb.

Förderung des regionalen und sozialen Zusammenhalts

Nur unter Beachtung der regionalen und sozialen Verantwortlichkeiten können Entwicklungsfortschritte in der Breite erzielt werden. Dabei wird es insbesondere auch auf einen intensiven Austausch zwischen Wachstumsregionen und Problemregionen ankommen. Mehr als bisher ist zu beachten, dass gerade in städtischen Gebieten Ostdeutschlands Wohnqualität, Freizeit, Arbeiten, Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie Kommunikation auf engstem Raum vereint sind. Sie entscheiden über die Standortqualitäten für weitere erfolgreiche Unternehmensansiedlungen und über die

Frage, ob der Übergang in eine produktive Wissens- und Technologiesgesellschaft in den kommenden Jahren gelingen wird.

Wettbewerbsfähigkeit auf internationaler und europäischer Ebene

Bereits heute schon wird knapp ein Drittel der industriellen Waren ostdeutscher Betriebe auf internationalen Märkten abgesetzt. Die Märkte der Europäischen Union, gefolgt vom nordamerikanischen Markt, sind derzeit die wichtigsten Auslandsmärkte für ostdeutsche Waren. Der Exportanteil am ostdeutschen Absatz wird in den nächsten Jahren weiter ansteigen. Auch die Investitionsverflechtungen insbesondere mit Osteuropa und Asien werden wachsen. Ziel aller Aufbau-Ost-Maßnahmen muss daher die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Produkte und Dienstleistungen und des Investitionsstandortes neue Länder sein.

3.2 Flexible und zielgenaue Förderung

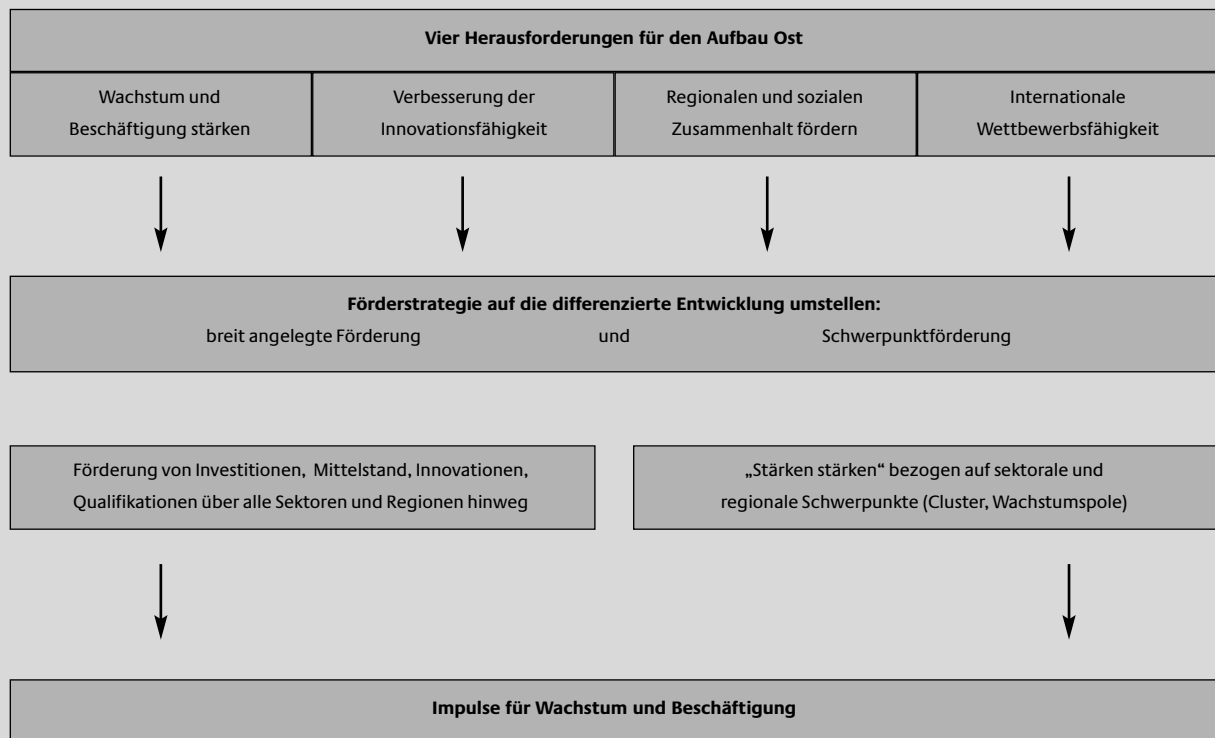
Diese vielfältigen Herausforderungen und die geschilderten differenzierten Entwicklungen sprechen dafür, die Förderstrategie für den Aufbau Ost zu überarbeiten (vgl. Abbildung 2, S. 43). Zum einen wird auch in Zukunft eine flexible und breit angelegte Förderung notwendig sein, um den in Ostdeutschland noch bestehenden Strukturschwächen zu begegnen. Gleichzeitig wird es aber verstärkt darum gehen, die Förderprogramme des Aufbaus Ost zunehmend für eine gezielte Profilierung bestimmter Stärken und regionaler Wachstumsmotoren nutzbar zu machen.

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, das Aufbau-Ost-Konzept in diesem Sinne mit den Ländern gemeinsam weiterzuentwickeln.

Mittelstand unterstützen

Kleine und mittelständische Unternehmen bilden das Rückgrat der ostdeutschen Wirtschaft. Nach wie vor sind flexible und breitflächige Förderinstrumente erforderlich, die insbesondere den Bedürfnissen der kleinen und mittelständischen Unternehmen gerecht werden. Mit der

Abbildung 2: Weiterentwicklung der Förderstrategie



Mittelstandsinitiative der Bundesregierung werden insbesondere die Finanzierungsbedingungen für den ostdeutschen Mittelstand verbessert, u. a. durch mehr Wachstumsfinanzierungen, Mobilisierung von Wagniskapital und die Förderung von Existenzgründungen, Maßnahmen zur Verbesserung der Innovationsfähigkeit, der Modernisierung der beruflichen Bildung und der Unterstützung der außenwirtschaftlichen Aktivitäten.

Programme wie die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) und „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), die Mittelstandsförderung sowie die EU-Förderung im Rahmen der Strukturfonds und der ländlichen Entwicklung stehen in allen Regionen zur Verfügung und garantieren so, dass auch in strukturschwächeren Gebieten Entwicklungspotenziale mobilisiert werden. In diesen Zusammenhang gehört auch die bis zum Jahre 2009 verlängerte Investitionszulage, die allen Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes und der

produktionsnahen Dienstleistungen bei Erst- und Erweiterungsinvestitionen hilft.

Regionale Wachstumsbündnisse und Wachstumszentren stärken

Zugleich können die zahlreichen Förderinstrumente aus den Bereichen der Investitionsförderung, Innovationsförderung und dem Infrastrukturausbau auch dahin gehend genutzt werden, dass sie die sich herausbildenden Stärken und Potenziale gezielt unterstützen. Beispielsweise können die Investitionszuschüsse im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ durch die Länder in den aus ihrer Sicht besonders entwicklungsfähigen regionalen und sektoralen Wachstumsschwerpunkten und Potenzialen verstärkt eingesetzt werden. Damit können die Förderinstrumente in ihrem Wirkungsgrad für Wachstum und Beschäftigung deutlich erhöht werden. Hierzu zählen die Förderung von Kooperationsnetzwerken, Clustermanagement-

Vorhaben und industriellen Wertschöpfungsketten ebenso wie alle Maßnahmen zur Verbesserung der regionalen Wachstumspotenziale. Mit einer Stärkung regionaler Entwicklungspotenziale werden insgesamt mehr wirtschaftliche Dynamik und Wachstum in Ostdeutschland erreicht. Besonders in Wachstumszentren finden sich günstige Bedingungen für Forschung, technologische und industrielle Entwicklungen und die damit einhergehenden Dienstleistungen. Damit auch das Umland von dieser Dynamik profitieren kann, sollen stärkere und schwächere Räume – auch über die Grenzen der ostdeutschen Bundesländer hinweg – ermuntert werden, im Rahmen regionaler Wachstumsbündnisse miteinander eng zusammenzuarbeiten.

Es geht dabei um einen integrativen Einsatz der verschiedenen Politiken (Wirtschaftsförderung, Bildungspolitik, Forschungspolitik, Arbeitsmarktpolitik etc.). Ziel ist es hier, vorhandene regionale und sektorale Potenziale zu stärken und die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen sowie wirtschaftsnahen Partnern und Institutionen zu stärken.

Bei der verstärkten Orientierung der Förderpolitik auf wachstumsintensive Schwerpunkte ist unbedingt auch die Wirtschaft in einen intensiven Dialog einzubeziehen. Den Ausgangspunkt des Dialoges bilden die verschiedenen ostdeutschen Branchenkonzferenzen, die 2005 begonnen wurden und in diesem und dem nächsten Jahr fortgesetzt werden. Hier treffen sich große und kleine Unternehmen bzw. ihre Verbände mit Wissenschaft, Ländern und Bund. Die Branchenkonzferenzen dokumentieren die erfolgreiche Clusterbildung nach außen und fördern die Weiterentwicklung regionaler und sektoraler Netzwerke.

Verstärkt in Forschung und Entwicklung investieren

Wissen, neue Produkte und Dienstleistungen entscheiden immer stärker über den Erfolg auf internationalen Märkten. Deshalb werden in den neuen Ländern Netzwerke zwischen Unternehmen und Hochschulen, Innovations- und Gründerzentren und sich herausbildende Forschungsregionen unterstützt. Ziel ist es, insbesondere den Transfer wissenschaftlicher For-

schungsergebnisse in wirtschaftliche Anwendungen zu verbessern.

Investorenwerbung verbessern

Ostdeutschland ist bereits ein attraktiver Standort. Viele Investitionsentscheidungen kleiner und großer nationaler und internationaler Unternehmen beweisen das. Aber im Ausland muss noch viel stärker als bisher für die spezifischen Qualitäten von Ostdeutschland geworben werden, denn Auslandsinvestoren schaffen Wachstum und dringend benötigte Arbeitsplätze. Hierzu bedarf es einer schlagkräftigen Investorenwerbung und die Begleitung ausländischer Investoren. Die Bundesregierung wird die bestehenden Strukturen der beiden Organisationen Industrial Investment Council (IIC) und Invest in Germany bündeln und erfolgsorientierter umstrukturieren, damit hier künftig mit einer Stimme gesprochen wird.

Anstrengungen auf dem Arbeitsmarkt fortsetzen

Wichtiges Ziel der Bundesregierung bleibt es zudem, die sehr hohe Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland nachhaltig zu senken. Mehr Chancen für Jugendliche und ältere Arbeitnehmer stehen dabei im Mittelpunkt. Auch Personen, die kaum noch Arbeit auf dem regulären Arbeitsmarkt finden können, müssen eine Perspektive bekommen.

Potenziale des ländlichen Raumes nutzen

Die ländlichen Räume der neuen Länder sind vom demografischen und strukturellen Wandel besonders betroffen. Dem will die Bundesregierung ein positives Leitbild entgegensetzen. Potenziale bestehen in einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft, regenerativen Energien, einer intakten Natur- und Kulturlandschaft und attraktiven Erholungs-, Freizeit- und Ausgleichsräumen. Gemeinsam mit den Ländern und durch sozial verträgliche Standards der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur werden Lebensperspektiven für die Menschen in dünn besiedelten Räumen entwickelt.

Als Standortsystem der öffentlichen Daseinsvorsorge bildet das Zentrale-Orte-Konzept auch in Zukunft das Rückgrat einer effizienten räumlichen Bündelung von Einrichtungen und Dienstleistungen. Es muss jedoch den spezifischen Bedürfnissen angepasst und insbesondere in dünn besiedelten Räumen durch flexible und mobile Formen der Daseinsvorsorge ergänzt werden.

Aktive Bürgergesellschaft fördern

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, die Bereitschaft zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung durch den Einzelnen zu stärken. Besonders die wachsenden Herausforderungen des demografischen Wandels erfordern neue Wege. Dazu müssen politische Entscheidungsprozesse, Verwaltungsstrukturen und bürgerschaftliche Mitwirkung stärker auf die regionale und lokale Ebene bezogen und Lösungen in neuen Formen regionaler Zusammenarbeit gesucht werden.

Es sind in einigen Bereichen bereits Problemlösungen erarbeitet worden, die Vorbildcharakter auch für die alten Länder haben, zum Beispiel im Bereich Stadtumbau. In diesem Prozess können neue Partnerschaften entstehen. Die Bundesregierung befürwortet deshalb neue Ost-West-Partnerschaften zugunsten strukturschwacher Gebiete auch in den alten Bundesländern. Was sich im Osten abzeichnet, findet in Teilen bereits heute seine Abbildung in anderen Regionen Deutschlands. Es bedarf partnerschaftlicher Kooperationen und Instrumentarien, um einander gegenseitig anzuregen und so die strukturellen Probleme zu bewältigen.

Es gilt deshalb, die Vergleichbarkeit, aber auch die Unterschiede von strukturschwachen Gebieten in Deutschland und in Europa stärker als bisher sichtbar und „Best-Practice-Lösungen“ nutzbar zu machen und damit einen konkreten Beitrag dazu zu leisten, dass die Regionen in neuer Partnerschaft voneinander lernen können. Dies wäre äußerst wichtig für ein gesamtdeutsches Verständnis und damit auch für eine vielfach bessere Lösung dieser Probleme. Denn allzu oft wird eine nur einseitige Debatte um „den“ Osten geführt, die weitgehend ausblendet, wie schwierig die Situation auch in einigen

Regionen in den westlichen Bundesländern ist. Gefragt ist stattdessen eine Kultur des Lernens und mithin die Bereitschaft, voneinander zu lernen!



3.3 Der finanzielle Rahmen – finanzpolitische Herausforderungen

Finanzielle Grundlage für die Förderpolitik zugunsten der neuen Länder ist der Solidarpakt II. Er knüpft unmittelbar an den Ende 2004 ausgelaufenen Solidarpakt I an. Bis 2019 erhalten die neuen Bundesländer zeitlich degressiv gestaffelte Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen in Höhe von insgesamt 105 Mrd. € (= Korb I). Damit haben die neuen Länder eine hohe Verantwortung für den Aufbau Ost übernommen. Sie sind in der Pflicht, diese Mittel bestimmungsgemäß für Investitionen zum Abbau des teilungsbedingten starken infrastrukturellen Nachholbedarfs und zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft zu verwenden und darüber in jährlichen Fortschrittsberichten Rechenschaft abzulegen. Außerdem hat der Bund für den gleichen Zeitraum überproportionale Leistungen mit einer Zielgröße von rund 51 Mrd. € (= Korb II) zugesagt. Diese Mittel kommen Ostdeutschland in Form von Programmen und Maßnahmen zugute, die Wachstum und Beschäftigung fördern, gezielt noch bestehende Altlasten abbauen und teilungsbedingte Strukturdefizite ausgleichen helfen.

Im Juni haben sich Bund und neue Länder wie im Koalitionsvertrag vorgesehen über Definitionen des Korbs I und die Berichterstattung in den jährlichen Fortschrittsberichten verständigt. Es konnte Einvernehmen darüber hergestellt werden, die Kriterien für die sachgerechte Mittelverwendung unverändert zu lassen. Alle neuen Länder haben bekräftigt, die von

ihnen bereits auf den Weg gebrachten, ambitionierten Konsolidierungsprogramme konsequent fortzuführen, um wieder mehr Spielraum für die notwendigen Investitionen zu bekommen.

Für die Menschen in Ost und in West bleibt der so oft beschworene „Aufbau Ost“ ein entscheidendes innenpolitisches Thema, auch

wenn das Bewusstsein für die unterschiedliche Geschichte und die damit verbundenen Biografien weiter in den Hintergrund rücken. Bei allen Widrigkeiten: Die Chancen für eine neue und erneuerte Solidarität zwischen Ost und West und damit zur Vollendung der deutschen Einheit stehen gut.

Bedeutung der Schätzungen von Produktionspotenzial und Produktionslücken für die Finanzpolitik

1	Methoden und Konzepte der Potenzialschätzung	48
2	Potenzialschätzung der Bundesregierung	49
3	Aussagekraft von Potenzialschätzungen	51
4	Schlussfolgerungen	53

- Potenzialwachstum definiert die langfristige Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei normaler Auslastung vorhandener Kapazitäten. Produktionslücken geben die Abweichung davon wieder.
- In vielen Bereichen der Finanzpolitik spielen Schätzungen von Produktionspotenzial und Produktionslücken eine bedeutende Rolle.
- Bei Interpretationen und politischen Schlussfolgerungen sollte stets beachtet werden, dass es sich um Schätzungen handelt, deren Ergebnisse revisionsanfällig und methodenabhängig sind.

Berechnungen zum Produktionspotenzial sowie daraus abgeleitete Schätzungen zu Produktionslücken – häufig auch als Output Gaps bezeichnet – gewinnen in mehrfacher Hinsicht immer größere Bedeutung für die Finanzpolitik:

- Für den Fünfjahreszeitraum der mittelfristigen Finanzplanung werden gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen durchgeführt, für die die Schätzung des Produktionspotenzials eine wichtige Referenzgröße darstellt.
- Die um konjunkturell bedingte Komponenten bereinigten öffentlichen Defizite, die als „strukturelle“ Defizite zuweilen als eine Referenzgröße für den Kurs der Finanzpolitik herangezogen werden, erfordern die Berechnung von Produktionslücken.
- Potenzialschätzungen sind ferner für die Konjunkturanalyse von Bedeutung, weil sie einen Anhaltspunkt für die Position der Ökonomie im Konjunkturzyklus geben können.

In diesem Beitrag werden zunächst Methoden und Konzepte der Potenzialschätzungen sowie die der mittelfristigen Finanzplanung bis

2010 und dem Stabilitätsprogramm der Bundesregierung zugrunde liegenden aktuellen Potenzialschätzergebnisse der Bundesregierung dargestellt. Danach wird kritisch hinterfragt, inwieweit grundsätzliche Quantifizierungsprobleme die Aussagefähigkeit von Potenzialschätzungen einschränken.

1 Methoden und Konzepte der Potenzialschätzung

Das Produktionspotenzial ist ein zeitvariantes Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren. Der Potenzialpfad beschreibt das Bruttoinlandsprodukt bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten. Konjunkturelle Bewegungen um diesen Pfad sind möglich. Die dabei entstehenden Produktionslücken geben das Ausmaß der Unter- bzw. Überauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten wieder.

Zur Schätzung des Produktionspotenzials, das nicht unmittelbar beobachtet werden kann, sind im Wesentlichen zwei Methodentypen zu unterscheiden. Sie werden auch von der Bundesregierung angewandt:

- Das eine sind multivariate theoriegeleitete Ansätze, in denen mit ökonometrischen Verfahren Produktionsfunktionen geschätzt werden, die als erklärende Variablen die Produktionsfaktoren Arbeit (z.B. Arbeitsvolumen) und/oder Kapital (z.B. Anlagevermögen) enthalten.
- Das andere sind univariate, rein statistische Verfahren zur Analyse von Zeitreihen. Dazu gehören z.B. Filtertechniken (wie etwa der Hodrick-Prescott-Filter, kurz auch als HP-Filter bezeichnet), die es gestatten, den Entwicklungspfad des Produktionspotenzials allein aus einer Reihe von Bruttoinlandsproduktszahlen zu berechnen.

Je nach Modellierung und Annahmensetzungen (funktionale Spezifikationen, Stützzeitraum, verwendetes Filterverfahren, Setzungen von Glättungsparametern etc.) führt die Anwendung der Verfahren zu unterschiedlichen Ergebnissen für das vorhandene Produktionspotenzial, die auf die Schätzung der Produktionslücken durchschlagen. Für das vergangene Jahr lagen die Ergebnisse verschiedener statistischer Filterverfahren aber relativ nahe beieinander mit einer Wachstumsrate des Produktionspotenzials zwischen 1,0 % und 1,2 % und einer Produktionslücke von – 0,6 % bis – 0,8 %, bezogen auf das Produktionspotenzial (Sachverständigenrat, Jahresgutachten 2005, Ziffer 122).

2 Potenzialschätzung der Bundesregierung

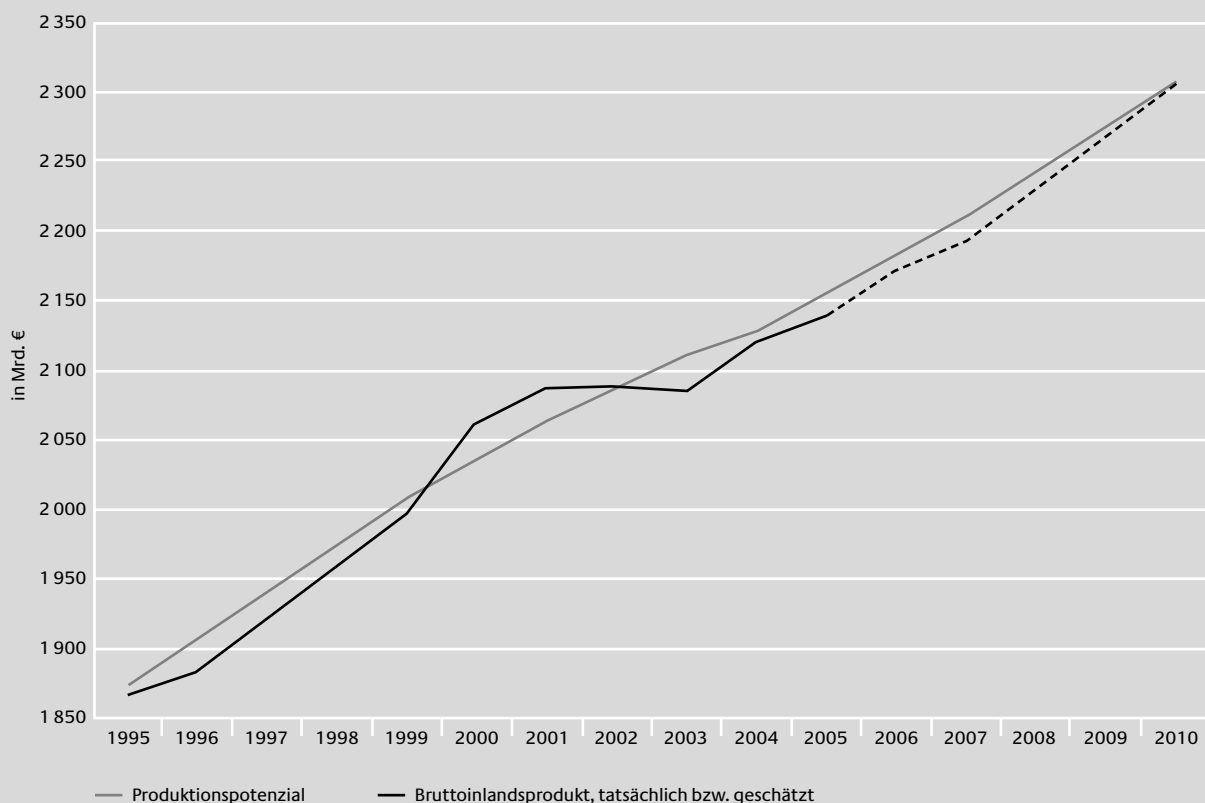
Für die mittelfristige Finanzplanung und das europäische Stabilitätsprogramm werden die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für die mittlere Frist zugrunde gelegt. Die Schätzungen zum Produktionspotenzial der Volkswirtschaft stellen dabei eine wichtige Referenzgröße dar.

Bei den gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen für die mittlere Frist wird von der Hypothese ausgegangen, dass sich die Ökonomie im gesamten Projektionszeitraum dem Potenzialpfad annähert. Angesichts fehlender Informationen über die Konjunkturlage im Endjahr des Projektionszeitraums ist dies die einzig praktikable Möglichkeit und daher zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung der „Best Guess“. Dies wird anhand von Abbildung 1 verdeutlicht, in der Potenzialpfad und Verlauf des

Bruttoinlandsprodukts einander gegenübergestellt werden. Den grafischen Darstellungen liegen dabei die in der letzten Mittelfristschätzung der Bundesregierung vom Frühjahr dieses Jahres projizierte Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und die Potenzialschätzergebnisse zugrunde.

Für den Potenzialpfad der deutschen Wirtschaft ist das Produktionspotenzial mit einem Produktionsfunktionsansatz geschätzt worden. Das Verfahren ist stark an das von der Europäischen Kommission verwendete angelehnt, das auf einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion basiert. Das Produktionspotenzial ergibt sich dabei als eine Kombination der normal ausgelasteten Produktionsfaktoren Arbeit (in Stunden) und Kapitalstock, multipliziert mit der totalen Faktorproduktivität – als Maß für den technischen Fortschritt –, ebenfalls bei Normalauslastung. Kennzeichen einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion sind konstante Skalenerträge sowie konstante Produktionselastizitäten, die

Abbildung 1: Produktionspotenzial und Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in konstanten Preisen



sich zu eins addieren und die bei vollständigem Wettbewerb auf den Gütermärkten den jeweiligen Faktoranteilen entsprechen. Datengrundlage sind die Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes. Bei der Modellspezifikation werden im Wesentlichen die Annahmen zugrunde gelegt, auf denen auch die Berechnungen der Europäischen Kommission beruhen (siehe Kasten).

Die Berechnungsergebnisse der meisten nationalen und internationalen Institutionen für den Potenzialanstieg in diesem Jahr liegen bei etwa $1\frac{1}{4}\%$. Dies entspricht auch den Potenzialberechnungen zum Stabilitätsprogramm und den mittelfristigen Vorausschätzungen des Bundesministeriums der Finanzen vom Frühjahr 2006. Im Stabilitätsprogramm wurde dargelegt, dass sich die Potenzialwachstumsrate mittelfristig $1\frac{1}{2}\%$ nähert und in der längeren Frist wieder zwischen $1\frac{1}{2}\%$ und 2% liegen dürfte.

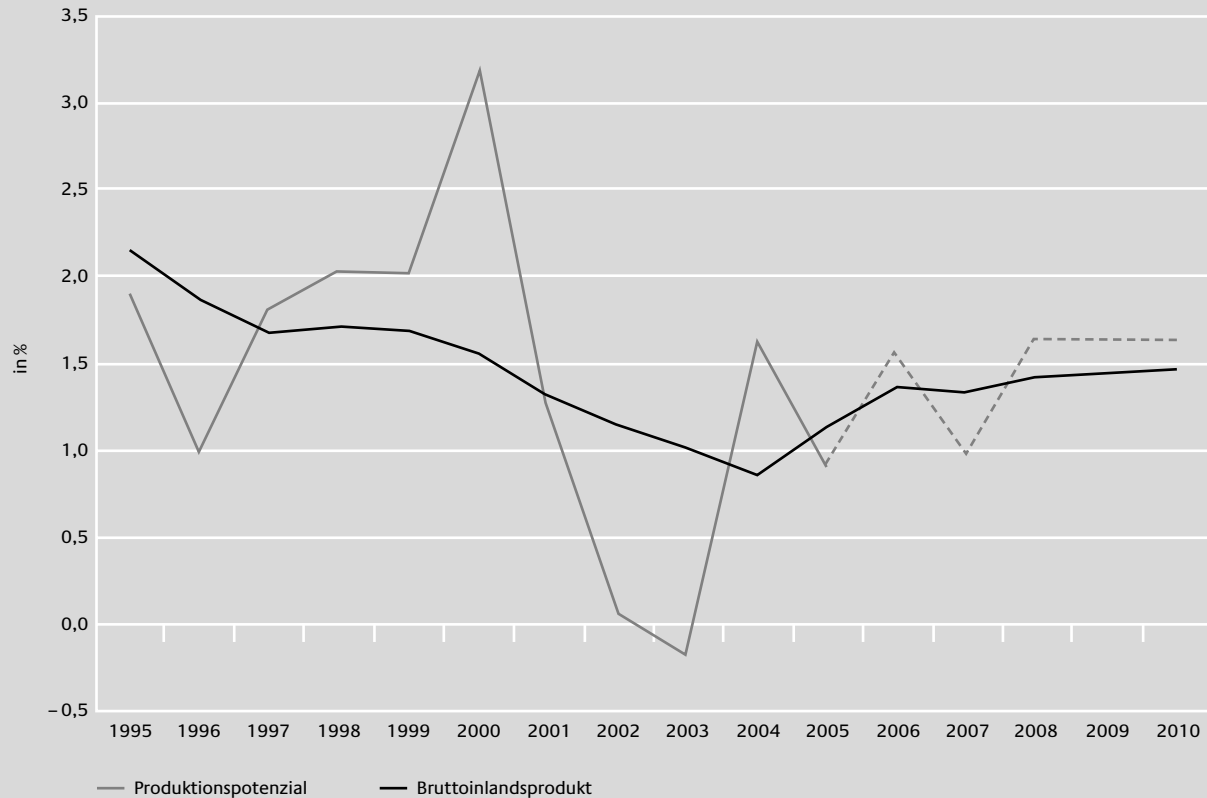
Abbildung 2 (siehe S. 50) stellt die Wachstumsraten von Bruttoinlandsprodukt und Produktionspotenzial dar. Der Langfristtrend des Potenzialwachstums weist ex post seit Beginn

der 90er Jahre – Ende der 80er Jahre lag das Potenzialwachstum noch zwischen etwa 3% und 4% – eine fallende Grundtendenz auf. Ab Mitte dieses Jahrzehnts kommt es zu einer Tendenzwende mit leicht zunehmenden Potenzialwachstumsraten – mit Ausnahme des Jahres 2007, in dem die Umsatzsteuersatzanhebung zu einer temporären Wachstumsabflachung führt. Den Steigerungsraten für das geschätzte Produktionspotenzial werden für den Ex-post-Zeitraum (durchgezogene Linie) die tatsächlich beobachteten sowie für den Ex-ante-Zeitraum (gestrichelte Linie) die unterstellten Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts gegenübergestellt, die erforderlich sind, damit das Bruttoinlandsprodukt im Endjahr 2010 den Potenzialpfad erreicht. Es wird deutlich, dass aufgrund der ungünstigen konjunkturellen Ausgangssituation die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in den Folgejahren deutlich über der Ausweitung des Potenzials liegen muss, um im Jahr 2010 wieder eine Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten zu erreichen. Umgekehrt müssen in der Spätphase einer konjunkturellen Aufwärtstent-

Modellspezifikation zur Schätzung des Produktionspotenzials

In der zu schätzenden Cobb-Douglas-Produktionsfunktion wird die Produktionselastizität des Faktors Arbeit auf $0,65$ festgesetzt. Sie ergibt sich als langjähriger Durchschnitt der Lohnquote der EU-15. Während der Kapitalstock in der Definition der AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission vom Frühjahr 2006 unbereinigt herangezogen wird, ist der Einsatz des Faktors Arbeit bei Normalauslastung definiert als der Beschäftigungsstand, der mit einer stabilen, nicht akzelerierenden (Lohn-)Inflation einhergeht. Das bedeutet, dass von der mit dem HP-Filter geglätteten Zeitreihe der Erwerbspersonen die NAIRU als Maß für die strukturelle Arbeitslosenquote (non accelerating inflation rate of unemployment) subtrahiert wird. Die NAIRU wird von der Europäischen Kommission mit Hilfe einer Maximum-Likelihood-Funktion und des Kalman-Filters geschätzt. Dabei wird davon ausgegangen, dass die beobachtete Arbeitslosenquote sich aus der Summe einer zyklischen und einer Trendkomponente ergibt. Die Trendkomponente ist als Random Walk mit Drift definiert. Für die zyklische Komponente wird eine Phillipskurve unterstellt, die die Veränderung der Lohninflationsrate in Beziehung zur Arbeitslosigkeitslücke setzt. Die Ergebnisse dieser Schätzungen der Kommission werden für die Jahre bis 2005 herangezogen, für die folgenden Jahre wird – anders als die Kommission, die von einem weiteren Anstieg der NAIRU ausgeht – infolge der Arbeitsmarktreformen ein leichter Rückgang der NAIRU von $8,7\%$ im vergangenen auf $8,4\%$ im Jahr 2010 unterstellt. Die totale Faktorproduktivität wird durch das HP-gefilterte Solow-Residuum dargestellt.

Abbildung 2: Potenzialwachstum und Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland in konstanten Preisen
Veränderungen ggü. Vorjahr in %



wicklung die „Restraten“ – zur Erreichung dieses Ziels – unter dem Potenzialwachstum liegen.

Das Produktionspotenzial kann längerfristig durch wirtschafts- und finanzpolitische Weichenstellungen zur Erhöhung des Arbeitsvolumens, Ausweitung von Investitionen und Verbesserung unternehmerischer Rahmenbedingungen gesteigert werden. Dazu gehören zum Beispiel die strukturellen Reformen der vergangenen Bundesregierung (Agenda 2010) sowie die Reformen der jetzigen Bundesregierung, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt und in den sozialen Sicherungssystemen. Aber nicht nur auf den Faktormärkten, sondern auch auf den Gütermärkten müssen bestehende Rigiditäten, die die Marktergebnisse – durch Fehlallokation und Ineffizienz – z.T. beträchtlich beeinträchtigen, abgebaut werden. Durch geeignete Reformen, die den Wettbewerb stärken, kann das Produktionspotenzial weiter gesteigert werden.

3 Aussagekraft von Potenzialschätzungen

Potenzialschätzungen und daraus abgeleitete Produktionslücken sind mit großen Unsicherheiten behaftet, was beispielsweise das richtige Modell oder die zu verwendenden Parameter und Daten angeht. Nicht selten kommt es im Nachhinein zu deutlichen Revisionen, die insbesondere bei den Produktionslücken sogar zu einem Vorzeichenwechsel führen können. Beispielsweise wurden die Schätzungen zur Produktionslücke vom IWF für die Jahre 1999 und 2001 um rund drei Prozentpunkte nach oben revidiert. Ein ähnliches Bild insbesondere für 2001 zeigen auch die Abweichungen von Europäischer Kommission und OECD zwischen den Echtzeitschätzungen, d.h. den Schätzungen des Frühjahres 2000 bzw. 2002 und den Ergebnissen aus heutiger Sicht für diese Jahre.

Die Echtzeit-Schätzungen zeigten eine negative Produktionslücke, die Schätzungen mit den mittlerweile zur Verfügung stehenden Daten zeigen dagegen eine Überauslastung.

Selbst zum gleichen Zeitpunkt nach unterschiedlichen Methoden berechnete Produktionslücken unterscheiden sich häufig beträchtlich, was in diesem Fall auf die Modellierung und die Annahmensetzungen (funktionale Spezifikationen, Stützzeitraum, Setzungen von Glättungsparametern etc.) zurückzuführen ist. So weichen die im Jahresgutachten 2005 des Sachverständigenrates dargestellten Ergebnisse bei der Anwendung verschiedener Schätzmethoden für die Produktionslücke in manchen Jahren um bis zu fast drei Prozentpunkte voneinander ab und weisen teilweise sogar verschiedene Vorzeichen auf. Auch die geschätzten Wachstumsraten des Produktionspotenzials liegen um bis zu 1 ½ Prozentpunkte auseinander.

Auch größere Abweichungen zwischen unterschiedlichen Potenzialschätzungen dürfen nicht überwertet werden. Die Ergebnisse spiegeln nicht zuletzt den Grad an „Optimismus“ oder „Pessimismus“ wider, der in die Rechnungen schon zu Beginn – nämlich bei der Setzung der Annahmen – eingeflossen ist.

Aus dem Konzept des Produktionspotenzials abgeleitete politische Schlussfolgerungen sollten daher stets diese Revisionsanfälligkeit berücksichtigen. Diese Unsicherheiten verdeutlichen darüber hinaus, wie problematisch es ist, sich bei der Schätzung des Produktionspotenzials auf ein einziges Schätzverfahren zu beschränken und nicht auch andere Methoden einzubeziehen.

Die grundsätzliche Problematik besteht darin, dass das Produktionspotenzial eine fiktive, in der Realität nicht beobachtbare Größe darstellt. Schätzungen hierzu sind daher grundsätzlich mit beträchtlichen Unsicherheiten behaftet und z.T. auf willkürliche Annahmensetzungen angewiesen. Hinzu kommen Verwerfungen in der statistischen Datenbasis wie beispielsweise der Strukturbruch nach der deutschen Vereinigung. Auf die Problematik von Potenzialrechnungen weist auch der Sachverständigenrat hin. Ergebnisse solcher Untersuchungen sollten daher grundsätzlich mit großer Vorsicht interpretiert werden.

Darüber hinaus werden oftmals die Besonderheiten in den untersuchten Zeitreihen, vor allem

die Anpassungsprozesse als Folge der deutschen Vereinigung und die Wirkungen der ungewöhnlich langen Schwächephase zu Beginn dieses Jahrzehnts aufgrund einer Reihe exogener Schocks, die beide den Potenzialanstieg stark gedämpft haben, nur unzureichend gewürdigt. Die deutliche Verlangsamung des Potenzialwachstums in Deutschland wird oftmals alleine mit vorhandenen strukturellen Problemen des Wirtschaftsstandorts Deutschland begründet und entsprechend fortgeschrieben. Diese vorschnelle Schlussfolgerung ist höchst problematisch, da ein Großteil davon auf die genannten Sondereinflüsse zurückzuführen ist. Bei einer Ausschaltung dieser Sondereinflüsse könnte das Urteil über die künftigen Wachstumsmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft möglicherweise günstiger ausfallen. Gleichwohl bleibt unklar, inwieweit strukturelle Probleme eine schnellere Anpassung behindert haben.

Es muss klar sein, dass das Produktionspotenzial einer Volkswirtschaft weder ein theoretisch eindeutig bestimmtes Konzept noch eine empirisch in unstrittiger Weise identifizierbare Größe darstellt. Vor einer unkritischen und unrelativierten Verwendung von spezifischen Potenzialschätzergebnissen für wirtschafts-, finanz- und geldpolitische Zwecke muss daher immer wieder gewarnt werden.

Problematisch bei der Schätzung des Produktionspotenzials ist insbesondere mangelndes Wissen über die Höhe der strukturellen Arbeitslosenquote und der totalen Faktorproduktivität. So hat beispielsweise die Höhe der NAIRU einen mittelbaren Einfluss auf das Wachstum des Produktionspotenzials und auch die Produktionslücke, da sie zur Ermittlung des Faktors Arbeit bei Normalauslastung herangezogen wird. Schätzergebnisse hierzu unterscheiden sich aber – zwar nicht für den Verlauf, aber für das Niveau – hinsichtlich der zugrunde liegenden Annahmen. So schätzt die Europäische

Kommission beispielsweise die NAIRU für manche Länder höher als der IWF oder die OECD. Ein Grund hierfür könnte darin liegen, dass letztere beiden Institutionen im Gegensatz zur Kommission den Schätzungen nicht die Restriktion auferlegen, dass sich die zyklische Komponente der Arbeitslosigkeit über den Zyklus zu null addiert.

4 Schlussfolgerungen

- Die großen Schätzunsicherheiten liegen nicht nur in den Datengrundlagen, sondern auch in den verwendeten Methoden und den zugrunde gelegten Annahmen.
- Von der ausschließlichen Verwendung einer einzigen Schätzmethode ist abzuraten. Es sollten möglichst viele unterschiedliche Ansätze und Verfahren angewendet werden, um eine Bandbreite möglicher Entwicklungen zum Produktionspotenzial abzugreifen.
- Aus dem Konzept des Produktionspotenzials abgeleitete politische Schlussfolgerungen sollten stets die starke Revisionsanfälligkeit und Ergebnisvielfalt verschiedener Potenzialschätzungen berücksichtigen.
- Die Ableitung von Fiskalregeln auf der Basis von Schätzungen zum Produktionspotenzial bzw. Produktionslücken steht unter diesem Vorbehalt. Dies gilt insbesondere für die Verwendung zyklisch bereinigter öffentlicher Defizite zur Beurteilung des Kurses der Finanzpolitik.



Entwicklung bundeseinheitlicher Software für das Besteuerungsverfahren (Vorhaben KONSENS)

1	Ausgangslage	55
1.1	FISCUS I	56
1.2	FISCUS II	57
2	KONSENS	58
2.1	Allgemeines	58
2.2	Der Unterschied zu FISCUS	58
2.3	Zielstellung von KONSENS	59
2.4	Verwaltungsabkommen KONSENS	59
3	Das Vorhaben KONSENS im Einzelnen	60
3.1	Aufbau/Organisation	60
3.2	Finanzierung	61
3.3	KONSENS-Verfahren und Projekte	62
4	Ausblick	64

- Softwareprogramme der Bundesländer im Bereich der Steuererhebung und -festsetzung sind bundesweit nicht kompatibel und teilweise über 30 Jahre alt.
- Die Vereinheitlichung und Modernisierung der Besteuerungssoftware von Bund und Ländern soll nunmehr mit dem Vorhaben KONSENS gelingen.
- Mit KONSENS werden wesentliche Grundlagen für eine Effizienzsteigerung der Steuerverwaltung in Deutschland geschaffen.

1 Ausgangslage

Über Art, Umfang und Organisation des Einsatzes der Automationsunterstützung für die Festsetzung und Erhebung von Steuern, die von den Landesfinanzbehörden verwaltet werden, bestimmen aufgrund der Kompetenzverteilung in der Finanzverfassung bisher grundsätzlich die Länder; zur Gewährleistung gleicher Programm-ergebnisse und eines ausgewogenen Leistungsstandes ist jedoch Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen herbeizuführen (vgl. § 20 Abs. 1 Satz 1 Finanzverwaltungsgesetz).

Die praktische Umsetzung dieser Vorschrift hat sich bis zum heutigen Tag als komplexer und schwieriger Weg erwiesen. Er reicht von den

Anfangszeiten der EDV-Unterstützung einzelner Länder über die vom Bund koordinierte Erstellung von Vorgaben für die programmtechnische Umsetzung steuerlicher Gesetzestexte bis zu Programmsystemen, die bundesweit einheitlich entwickelt und eingesetzt werden. Bis heute sind die in den Ländern eingesetzten Steuerprogramme allerdings weder bundesweit einheitlich noch auf einem modernen Stand.

Eine kurze Bestandsaufnahme zeigt die schwierige Situation in den Finanzverwaltungen der Länder:

Zwar gibt es seit dem Ende der 60er Jahre Formen länderübergreifender Zusammenarbeit im Bereich der Steuererhebung. Dort haben sich alle Länder (außer Nordrhein-Westfalen, Saarland und Schleswig-Holstein) zu einem Verbund

zur Erstellung und Pflege eines Integrierten Automatisierten Besteuerungs-Verfahrens (IABV) zusammengeschlossen (vgl. Abb. 1). Die in dem Verbund entwickelten Programme sind nahezu vollständig in der Programmiersprache Assembler codiert worden, die veraltet ist und deren Handhabung deshalb besonders ausgebildetes Personal erfordert.

Die Länder Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Saarland haben eigene Programmsysteme.

Der zunächst auf den Steuererhebungsbereich und Grundinformationsdienst ausgerichtete Programmierverbund IABV wurde später von einigen Ländern um die Steuerfestsetzung erweitert.

Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung übernahmen zunächst die neuen Länder und später auch das Saarland die bayerischen Steuererhebungs- und -festsetzungsprogramme. Die Programmübernahme bedeutete zugleich einen enormen Vereinheitlichungsschub: Zum ersten Mal wurden Programme länderübergreifend codekompatibel, d.h. ohne manuelle Eingriffe von Programmierern eingesetzt.

Dennoch gibt es bei der Automationsunterstützung für die Steuerfestsetzung eine fünffache Redundanz (vgl. Abb. 2), weil die Länder Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und

Schleswig-Holstein eigene Programmsysteme vorhalten. Außerdem sind auch diese Programme teilweise heute noch in der Programmiersprache Assembler geschrieben.

Die verwendeten Steuerprogramme sind fachlich zwar aktuell und funktionieren auch zuverlässig; sie sind aber lückenhaft dokumentiert, da mit ihrer Entwicklung teilweise bereits vor über 30 Jahren begonnen wurde. Sie entsprechen den Grundsätzen damaliger Software-Entwicklung und erfordern speziell qualifiziertes Personal, um die sich im ständigen Wandel befindliche Steuergesetzgebung weiterhin in die Programme einpflegen zu können. Im Ergebnis bleiben die Steuerverwaltungen damit teilweise programmtechnisch hinter den heute einsetzbaren Möglichkeiten zurück.

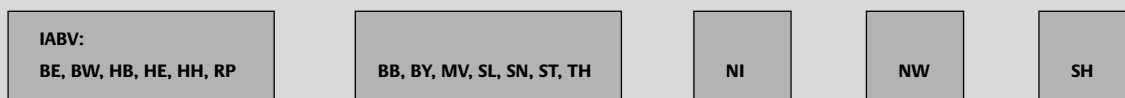
1.1 FISCUS I

Bereits im Jahr 1991 haben die Länder beschlossen, die Programmsysteme der steuerlichen Datenverarbeitung auf der Grundlage neuer Techniken umfassend zu modernisieren, um sie inhaltlich auf heutige und künftige Anforderungen auszurichten und ihre Pflege und Fortentwicklung zu rationalisieren. Auch eine vollständige Neuprogrammierung sollte geprüft

Abbildung 1: Verfahren im Bereich der Erhebung vor dem 3. Oktober 1990



Abbildung 2: Bestehende Verfahren im Festsetzungsbereich



Anmerkung: BE = Berlin, BW = Baden-Württemberg, BY = Bayern, BB = Brandenburg, HB = Bremen, HE = Hessen, HH = Hamburg, MV = Mecklenburg-Vorpommern, NI = Niedersachsen, NW = Nordrhein-Westfalen, RP = Rheinland-Pfalz, SL = Saarland, SN = Sachsen, ST = Sachsen-Anhalt, SH = Schleswig-Holstein, TH = Thüringen

werden. Ziel des unter der Bezeichnung „FISCUS“ (= Föderal Integriertes Standardisiertes Computer Unterstütztes Steuersystem) gestarteten Projektes war schon damals der bundesweite Einsatz einheitlicher Programme und die Vorstellung, die Aufgabe auf der Basis eines einheitlichen Datenmodells zu realisieren und dabei eine einheitliche Datenbank-Software zu verwenden.

Im Rahmen dieses Projektes hatte der Bund lediglich eine koordinierende Rolle, die Planungs- und Umsetzungsprozesse oblagen den Ländern. Letztlich scheiterte dieses Vorgehensmodell aufgrund seiner dezentralen, föderalen Struktur und führte im Jahr 2000 zu einer Überprüfung und Neuausrichtung des Vorhabens durch die Finanzministerkonferenz der Länder unter Beteiligung des Bundes.

1.2 FISCUS II

Im Jahr 2001 gründeten die Länder (ohne Bayern) im Einvernehmen mit dem Bund eine Software-GmbH, die föderal von Auftraggebern, Aufsichtsrat und Gesellschaftern begleitet wurde. Diese fiscus GmbH war ursprünglich als Systemhaus des Bundes und der Länder geplant. Sie bot für die Umsetzung des Vorhabens zwar eine bessere Perspektive, als es die verteilten Entwicklungsstrukturen im Altprojekt zuließen. Dennoch scheiterte der dringend notwendige fachliche Know-how-Aufbau an der mangelnden Bereitstellung geeigneten, steuerfachlich ausgebildeten Personals. Deshalb entschlossen sich Bund und Länder im Jahr 2004, die fiscus GmbH – nach einer Umstrukturierung – nur noch als einen reinen IT-Dienstleister einzubeziehen. Die Verantwortung für die Erstellung der steuerlichen Fachkonzepte wurde wieder allen Ländern übertragen.

Nach kurzer Zeit wurde allerdings klar, dass das neue Vorgehensmodell mit dem Geschäftsmodell der fiscus GmbH nicht zusammengeführt werden konnte. Aus diesem Grund wurde schließlich die fiscus GmbH aufgelöst.

Parallel zur Gründung der fiscus GmbH bildeten Anfang 2002 das Land Bayern, die neuen Länder sowie das Saarland den Programmierverbund EOSS (Evolutionär Orientierte Steuersoft-

ware). Dieser Verbund verfolgt einen – der Namensgebung entsprechenden – evolutionären Ansatz: Bestehende Verfahren sollen zusammengeführt, weiterentwickelt und modernisiert werden.

2 KONSENS

2.1 Allgemeines

Die Finanzministerkonferenz (FMK) hat am 9. Juli 2004 ein neues Vorgehensmodell beschlossen und dazu erklärt, „in einem abgestimmten neuen Verfahren einheitliche Software für das Besteuerungsverfahren gemeinsam entwickeln, beschaffen und einsetzen zu wollen.“ Damit sind bei dem unter der Bezeichnung KONSENS (**Koordinierte neue Software-Entwicklung der Steuerverwaltung**) neu aufgesetzten Vorhaben wieder alle Länder mit im Boot; zugleich ist ein Brückenschlag zwischen FISCUS und EOSS gelungen. Eine Vereinheitlichung aller Programmsysteme wurde wieder möglich.

Als Zwischenschritt auf dem Weg zum Vorhaben KONSENS haben sich die Länder Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Berlin mit Bayern darauf verständigt, die Programme des EOSS-Verbundes bis 2007/2008 zu übernehmen. Dadurch wird sich die Zahl der Redundanzen im Erhebungsbereich von drei auf zwei, im Festsetzungsbereich von fünf auf vier verringern. Der spätere Übergang der Steuerverwaltungen aller EOSS-Länder auf die Welt von KONSENS wird so schneller und wirtschaftlicher möglich. Allerdings müssen die im Programmierverbund IABV verbleibenden drei Länder das operationale Tagesgeschäft für eine Übergangszeit bis zur Einführung der KONSENS-Produkte allein bewältigen (vgl. Abb. 3).

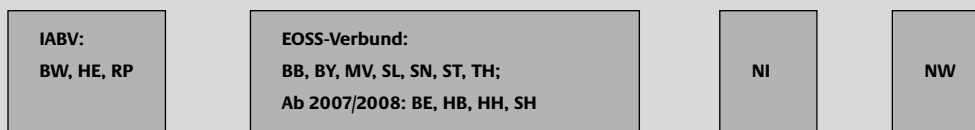
2.2 Der Unterschied zu FISCUS

Da im Vorhaben KONSENS wieder die Länder die Verantwortung für die Software-Entwicklung übernommen haben, ist im Gegensatz zu FISCUS II hinreichend sichergestellt, dass die Kenner der gegenwärtig in den Ländern eingesetzten Verfahren in die Entwicklungsprozesse der neuen Steuer-Software eingebunden sind.

Um die Nachteile einer dezentralen, föderalen Struktur (FISCUS I) zu vermeiden, wurde die Verantwortung für die Software-Entwicklung grundsätzlich auf fünf Standorte konzentriert. Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen üben nun einvernehmlich zusammen mit dem Bund die Steuerungsfunktion für die Strategie und Architektur der Informationstechnik aus. Sie entscheiden in der Steuerungsgruppe IT über die Vergabe von Unteraufträgen an weitere Länder.

Das bereits im Projekt FISCUS II angewandte „Pilotlandprinzip“ (ein Land hat die Federführung) findet sich nunmehr in fortentwickelter Form im Vorhaben KONSENS wieder. Das bedeutet, dass regelmäßig ein Pilotland als auftragnehmendes Land (aus dem Kreis der fünf großen Länder) für alle Vorgehensschritte die Verantwortung trägt: Zunächst erstellt es einen Verfahrensvorschlag (Aufgabenbeschreibung und Fertigstellungstermine), danach eine abschließende Dokumentation aller zu realisierenden Funktionen (sog. Lastenheft bzw. Anwenderforderungen) und stimmt diese jeweils mit allen Beteiligten ab. Anschließend realisiert es das

Abbildung 3: Status der Programmierverbünde nach Vereinheitlichung der Steuerfestsetzungsprogramme durch EOSS



Verfahren in eigener Verantwortung. Im Rahmen der Software-Entwicklung werden dabei grundsätzlich keine länderspezifischen Besonderheiten berücksichtigt. Ausnahmen in der einheitlichen Software werden nur in Fällen rechtlicher oder tatsächlicher Unterschiede zwischen den Ländern zugelassen. Stattdessen haben sich die Länder nunmehr auch der Verantwortung für die Schaffung der organisatorischen Voraussetzungen für den Einsatz der einheitlichen Software gestellt. Mit dieser Selbstverpflichtung wird sichergestellt, dass in die Entwicklungsarbeit nicht sämtliche Länderbesonderheiten einfließen müssen. Es kommt zu einer moderaten Geschäftsprozessangleichung.

Nach Fertigstellung des Produktes setzt das auftragnehmende Land das Verfahren im eigenen Land ein und unterstützt danach die anderen Länder bei der Einführung entsprechend den Prioritäten einer mit allen Ländern abgestimmten Einführungsplanung.

2.3 Zielstellung von KONSENS

Mit der Entwicklung und dem Einsatz bundesweit einheitlicher Software in den Steuerverwaltungen der Länder sollen langfristig die landesspezifischen Kosten für die Automationsunterstützung in der Verwaltung gesenkt werden. Kosten für die bisher mehrfach parallele Entwicklung und Pflege von Software für das Besteuerungsverfahren werden abgebaut.

Mit der Vereinheitlichung und Modernisierung der Software werden wesentliche Grundlagen dafür geschaffen, die Steuern wirtschaftlicher und gleichmäßiger erheben zu können. Einheitliche IT-Verfahren unterstützen die Entwicklung einheitlicher Risikomanagement- und Controllingsysteme. Zudem erleichtern standardisierte Softwareprodukte einen Datenaustausch zwischen den Ländern und damit auch eine länderübergreifende Steuerbetrugsbekämpfung.

Mittelfristig sollen daher im Rahmen des neu aufgesetzten Vorhabens KONSENS ein einheitliches Steuernummernsystem, bundesweit eindeutige Personenidentität, der bundesweite Datenaustausch und die Möglichkeit der bundesweiten Datenauswertung realisiert werden.

Dabei handelt es sich auch um vorbereitende Maßnahmen zur Herstellung der Europatauglichkeit der Programme im Besteuerungsverfahren, z. B. um den bedrohlich angestiegenen Umsatzsteuer-Betrügereien und den weltweiten Herausforderungen der Kontrolle des E-Commerce mit einem Risikomanagement adäquat begegnen zu können. Nicht zuletzt soll mit KONSENS auch die länderübergreifende elektronische Abgabe/Übernahme von Steuerfällen (Akten) möglich werden.

Der Präsident des Bundesrechnungshofs (BRH) sieht in seiner Funktion als Bundesbeauftragter für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung in seinen Empfehlungen zur Verbesserung des Vollzugs der Steuergesetze in Deutschland vom August 2006 die Gleichmäßigkeit der Besteuerung aufgrund der föderalen Strukturen und nicht zuletzt wegen der permanent wachsenden Arbeitsbelastung der Finanzbediensteten in den Steuerverwaltungen der Länder als teilweise nicht mehr gewährleistet an. Mehr Effizienz soll nach den Vorstellungen des BRH hier u. a. die Einführung eines vollelektronischen Veranlagungsverfahrens in Verbindung mit einem bundesweit einheitlichen Risikomanagementsystem bringen. Voraussetzung hierfür ist wiederum, dass bundesweit eine einheitliche Software für das Veranlagungsgeschäft auf einer einheitlichen Datenbasis eingesetzt werden kann. Die Umsetzung der Zielvorgaben des Vorhabens KONSENS ist daher Voraussetzung für die Realisierung dieser auch aus Sicht des BMF berechtigten Forderung des Präsidenten des Bundesrechnungshofs.

2.4 Verwaltungsabkommen KONSENS

Die 2004/2005 beschlossene neue Form der Zusammenarbeit aller Länder und des Bundes erfordert den Abschluss eines neuen Verwaltungsabkommens KONSENS. Das Verwaltungsabkommen KONSENS wurde im Juni 2006 von der FMK im Einvernehmen mit dem Bund einstimmig verabschiedet und liegt zurzeit den Finanzministern des Bundes und der Länder zur Unterzeichnung vor. Es tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2007 in Kraft.

Inhaltlich befasst sich das Verwaltungsabkommen mit den Verantwortlichkeiten, der Aufgabenverteilung, den Zuständigkeiten und der Kostenverteilung innerhalb des Vorhabens KONSENS. Es regelt insbesondere das Verhältnis zwischen den Vertragspartnern (Bund und alle Länder). Ziel ist es, durch den Einsatz einheitlicher Software für das Besteuerungsverfahren in den Ländern den Vollzug der Steuergesetze zu verbessern.

3 Das Vorhaben KONSENS im Einzelnen

3.1 Aufbau/Organisation

Das Vorhaben KONSENS setzt – vereinfacht ausgedrückt – auf dem so genannten Auftraggeber-/Auftragnehmermodell auf (vgl. Abb. 4, S. 61).

Auftraggeber

Die Fachebene, vertreten durch die Referatsleiter Automation (Steuer) des Bundes und aller Länder, nimmt die Auftraggeberfunktion gegenüber dem obersten Steuerungsgremium des Vorhabens KONSENS, der Steuerungsgruppe IT, wahr. Sie entscheidet über Zeitplanung und Budget und genehmigt die Aufgabenbeschreibung aller zu entwickelnden Produkte. Die Entscheidungen werden mit Vorschlägen der Steuerungsgruppe IT vorbereitet.

Die Referatsleiter Automation (Steuer) aller Länder sind regelmäßig von der Steuerungsgruppe IT über Stand und Planung aller laufenden Projekte zu unterrichten. Das gilt ebenso für die anlassbezogene Befassung der Referatsleiter Organisation (Steuerverwaltung).

Auftragnehmer

In der Steuerungsgruppe IT sind die Referatsleiter Automation (Steuer) der fünf großen Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sowie des Bundes vertreten. Einerseits ist die Steuerungsgruppe IT General-Auftragnehmer aller Referatsleiter Automation (Steuer), andererseits aber auch Auftraggeber gegenüber den auftragnehmenden Ländern (Unterauftragaufnehmer).

Im Rahmen des von den Referatsleitern Automation (Steuer) – unter Vorbehalt der Zustimmung durch die FMK – genehmigten Gesamtbudgets und der Aufgabenbeschreibungen werden alle Entscheidungen über Strategie und Architektur der Informationstechnik abschließend von der Steuerungsgruppe IT getroffen. Dies gilt auch für die Entwicklung einer Gesamtstrategie für das Zusammenwirken der

Bereiche Steuerfestsetzung, Erhebung, Grundinformationsdienst und Sonderverfahren einschließlich eines übergreifenden Migrationskonzeptes.

Alle projektrelevanten Entscheidungen müssen von der Steuerungsgruppe IT einstimmig getroffen werden; somit hat auch jedes Mitglied ein Vetorecht. Die Entscheidungen der Steuerungsgruppe IT wirken für und gegen alle Länder sowie den Bund.

Die einzelnen Verfahren (wie z.B. die neue Steuererhebung oder die Vereinheitlichung der Steuerfestsetzungsverfahren) werden von der Steuerungsgruppe IT in Form von Unteraufträgen an ein auftragnehmendes Land vergeben. Das beauftragte Land entwickelt sodann – ggf. mit Unterstützung durch ein oder mehrere Länder – eigenverantwortlich das jeweilige Verfahren.

Darüber hinaus wird die Arbeit innerhalb des Vorhabens KONSENS von verschiedenen Gremien wahrgenommen. Sitzungsvor- und -nachbereitungen sowie die vorhabensinterne Kommunikation obliegen der beim Bundesministerium der Finanzen angesiedelten Geschäftsstelle IT (vgl. Abb. 4).

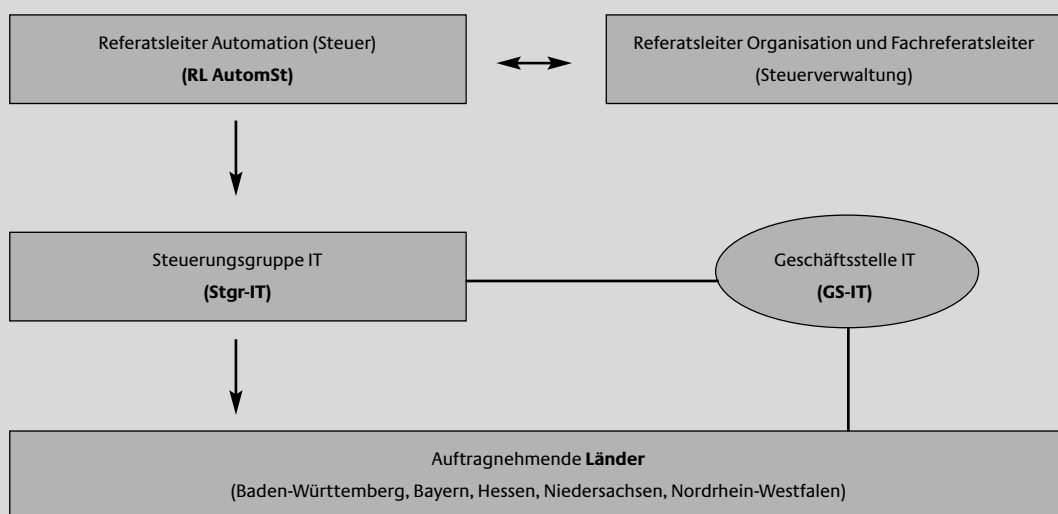
3.2 Finanzierung

Insgesamt steht dem Vorhaben KONSENS ab dem Jahr 2007 für Entwicklung und Produktion ein von der FMK genehmigtes jährliches Gesamtbudget in Höhe von 46,3 Mio. € zur Verfügung.

Aufgrund des übergeordneten Bundesinteresses beteiligt sich der Bund dabei im Wesentlichen an den Entwicklungs- und Pflegekosten des Projektes ELSTER (Elektronische Steuererklärung). Da der Bund ELSTER bzw. seine Komponenten auch selbst nutzt, trägt er außerdem einen Anteil an den Produktionskosten.

Die FMK hat mit dem Bund im 1. Halbjahr 2006 über eine weitergehende Kostenbeteiligung am Vorhaben KONSENS verhandelt. Die Vertragspartner haben sich darauf verständigt, dass der Bund ab dem Jahr 2007 jährlich zusätzlich einen erfolgsabhängigen Zuschuss in Höhe von 3 Mio. € zu den weiteren Entwicklungskosten des Vorhabens KONSENS leistet. Dieser Zuschuss ist an den Fortschritt des produktiven Einsatzes einheitlicher Software in den Ländern geknüpft. Hierzu legen Bund und FMK jährlich gemeinsam für das nächste Jahr ein Kriterium

Abbildung 4: Auftraggeber-/Auftragnehmermodell



fest, das von den Ländern zu erfüllen ist. Außerdem wurde ein Kontrollmechanismus vereinbart, der Bund und FMK gleichermaßen beteiligt.

Im Zentrum der Festlegung des Kriteriums für das Jahr 2007 stehen erste Schritte zur Einrichtung einer in allen Ländern einheitlichen Datenhaltung. Würde das Kriterium 2007 erreicht, wäre eine wesentliche Grundlage für eine einheitliche Datenhaltung in allen Bereichen des automatisierten Besteuerungsverfahrens geschaffen, mit der auch die Voraussetzungen zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetruges verbessert würden. Die Datenhaltung wäre allerdings in den folgenden Jahren Zug um Zug zu ergänzen (z.B. um die Daten anderer Steuerarten). Damit würden Bund und Länder dem gemeinsamen Ziel, einheitliche Risikomanagementverfahren auf der Grundlage einheitlicher Datenhaltungen einsetzen zu können, ein gutes Stück näher kommen.



3.3 KONSENS-Verfahren und Projekte

GINSTER (Grundinformationsdienst Steuer)

Derzeit werden personenspezifische Daten zu jeder Steuernummer gesondert gespeichert. GINSTER (Grundinformationsdienst Steuer) soll nun eine einheitliche Speicherung für alle personenspezifischen Stammdaten (z.B. Name, Anschrift, Bankverbindung etc.) inkl. des neu eingeführten Identifikationsmerkmals für jeden Steuerpflichtigen und für alle wirtschaftlich Tätigen (§§ 139 a–d Abgabenordnung) ermöglichen und diese für die anderen Verfahren, u.a. zur Steuerfestsetzung und -erhebung, zur Verfügung stellen. Damit ist GINSTER eine neue bundeseinheitliche Lösung für den Grundinformationsdienst, die dem aktuellen Stand der

Technik entspricht und auch die Voraussetzungen für eine länderübergreifende elektronische Aktenabgabe bzw. -übernahme schafft.

Bei der Umsetzung wird zunächst angestrebt, die derzeit in den Speicherkonten enthaltenen Informationen verschiedener Verfahrensbereiche (u.a. Grundinformationen, Erhebung, Festsetzung) zu entflechten und die Grundinformationsdaten in ein relationales Datenbanksystem zu überführen.

LUNA (Länderumfassende Namensabfrage)

Bei dem Teilprojekt LUNA (Länderumfassende Namensabfrage) handelt es sich um ein Abfragesystem, welches dem Anwender (z.B. einem Finanzamtsbediensteten) die Abfrage länderübergreifend ausgewählter Daten insbesondere zur Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung ermöglicht.

Im Rahmen von LUNA ist seit Anfang 2004 in den Ländern Berlin, Bremen, Hamburg und Niedersachsen die im Rahmen von GINSTER fertig gestellte relationale Datenbank im produktiven Einsatz. Eine Weiterentwicklung mit zusätzlichen Abfragemöglichkeiten ist bereits im auftragnehmenden Land Hessen produktiv und zum Einsatz in den anderen 15 Ländern freigegeben.

Der Abfrageumfang beschränkt sich zunächst auf einen Teil der Grundinformationsdienstdaten und soll sukzessive für die Umsetzung von neuen Risikomanagementprozessen ausgebaut werden.

BIENE (Bundeseinheitliches integriertes evolutionär neu entwickeltes Erhebungsverfahren)

Im Rahmen des Verfahrens BIENE (Bundeseinheitliches integriertes evolutionär neu entwickeltes Erhebungsverfahren) haben die Länder Bayern und Niedersachsen die Aufgabe übernommen, ein neues bundeseinheitliches Erhebungsverfahren zu entwickeln. Im ersten Schritt wird zunächst eine neue, relationale Datenhaltung geschaffen. Dazu ist eine Schichtentrennung der eingesetzten Verfahren notwendig, damit ein Austausch der mit dem Datenzugriff

befassten Routinen des bisherigen Erhebungsverfahrens möglich ist. Anschließend werden die übrigen Verfahrensteile schrittweise auf der Grundlage einer KONSENS-architekturkonformen Entwicklung abgelöst.

ELFE (Einheitliches länderübergreifendes Festsetzungsverfahren)

Ziel von ELFE (Einheitliches länderübergreifendes Festsetzungsverfahren) ist es, die in Bayern und Nordrhein-Westfalen bestehenden Festsetzungsprogramme unter Berücksichtigung notwendiger Leistungserweiterungen zu vereinheitlichen. In einem ersten Schritt soll bis zum 1. Juli 2007 in elf Ländern eine einheitliche Datenhaltung auf Basis eines relationalen Datenbanksystems zum produktiven Einsatz kommen. Auftragnehmende Länder für ELFE sind Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen.

ELSTER (Elektronische Steuererklärung)

ELSTER (Elektronische Steuererklärung) bietet allen Arbeitnehmern, Unternehmern und Arbeitgebern die Möglichkeit, verschiedene Steuererklärungen elektronisch via Internet an das Finanzamt zu übermitteln, und ermöglicht damit eine medienbruchfreie Verarbeitung, beginnend beim Steuerpflichtigen. Die Übermittlung erfolgt über das ElsterOnline-Portal, ElsterFormular – das kostenlose Steuerprogramm der deutschen Finanzverwaltung – oder aber jedes andere Software-Produkt, das ELSTER unterstützt.

ELSTER gewinnt daher in erster Linie für die Kommunikation zwischen der Verwaltung und dem Bürger zunehmend an Bedeutung. Darin unterscheidet es sich grundsätzlich von den übrigen KONSENS-Verfahren, die fast ausschließlich der Verfahrensunterstützung innerhalb der Steuerverwaltung dienen.

Das von Bund und allen Ländern betriebene Projekt ELSTER entwickelt die bundeseinheitlichen Plattformen für Kommunikation und für Angebote von Online-Services. Hierüber sollen sowohl der elektronische Austausch von Daten zwischen den Steuerverwaltungen und Exter-

nen (z.B. Steuerpflichtigen und deren Vertretern, Notaren, Staatsanwaltschaften und anderen Behörden) als auch zwischen den Steuerverwaltungen untereinander abgewickelt werden.

Für die Weiterentwicklung von ELSTER sind in KONSENS die auftragnehmenden Länder Bayern und Nordrhein-Westfalen zuständig.

RMS (Risikomanagementsysteme)

Mit Risikomanagementsystemen sollen die elektronisch bereitgestellten Erklärungseingangsdaten automatisiert hinsichtlich des Risikos für einen Steuerausfall bewertet werden. Die Steuerfälle werden also vor einer personellen Bearbeitung im Sinne einer Vorauswahl prüfungswürdiger Fälle analysiert. Auf diese Weise sollen der Personaleinsatz optimiert und z.B. Betrugsfälle gezielt aufgedeckt werden.

Der gesamte Bereich der Risikomanagementsysteme wird als ein KONSENS-Verfahren behandelt. Schwerpunkt in KONSENS ist zunächst die Verbesserung der Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung durch die Einführung eines einheitlichen Risikomanagementsystems im Bereich der Umsatzsteuer.

4 Ausblick

Die Föderalismusreform hat in diesem Jahr rechtliche Instrumentarien geschaffen, die helfen können, den bundesweiten Einsatz einheitlicher Software voranzubringen. So kann der Bund nunmehr den bundeseinheitlichen Einsatz eines bestimmten Programms dann anweisen, wenn die Mehrzahl der Länder nicht widerspricht. Damit dokumentieren Bund und Länder zugleich ihre gemeinsame Verantwortung für die Vereinheitlichung und Modernisierung des IT-Einsatzes im Besteuerungsverfahren.

Die Erfahrungen der letzten Zeit zeigen, dass alle Beteiligten trotz föderaler Strukturen eng zusammenarbeiten müssen und auch wollen. Die im Vorhaben KONSENS bereits in den letzten zwei Jahren erreichten Fortschritte sind im Verhältnis zu den Ergebnissen der FISCUS-Projekte beachtlich. Die auf fünf Länder konzentrierte Verantwortung für die Entwicklung bundesweit einheitlicher Software trägt.

Gemeinsam wollen Bund und Länder im Jahr 2007 die Grundlagen für eine einheitliche Datenhaltung in den Steuerverwaltungen der Länder zum Einsatz zu bringen – ein bedeutender Meilenstein im Vorhaben KONSENS.

Biokraftstoffe – ein neues Standbein der europäischen Agrarpolitik?

Eine Betrachtung aus Sicht der EU-Agrarfinanzierung

1	Einleitung	65
2	Allgemeiner Rahmen und bestehende agrarpolitische Instrumente	66
3	Biokraftstoffe und ihre kritische Bewertung in Fachkreisen	67
4	Schlussbetrachtung: Ein Ergebnis aus Sicht der Agrarfinanzierung	68

- Aktuelle Entwicklungen auf den Energiemärkten rücken Biokraftstoffe verstärkt in die öffentliche Aufmerksamkeit.
- Die Erzeugung von Energie aus agrarischen Rohstoffen wird zunehmend als Ergänzung oder Alternative zur Produktion von Nahrungsmitteln betrachtet.
- Zumindest in Europa geben begrenzte Erzeugungskapazitäten, aber auch Fragen der Wirtschaftlichkeit und begrenzter Budgets Anlass zu einer zurückhaltenden Bewertung.

1 Einleitung

Die Erzeugung von Biokraftstoffen nimmt vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen auf den Welt-Energiemärkten breiten Raum in der öffentlichen Debatte ein. Energie aus nachwachsenden Rohstoffen in Europa wird nicht nur mit Blick auf die Versorgungssicherheit, sondern auch unter umwelt- und klimapolitischen Gesichtspunkten als Lösungsbeitrag angesehen.

Die seit 1992 beschlossenen Reformen haben eine weitreichende Umgestaltung und Neuorientierung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) bewirkt. In den 60er Jahren stand die Versorgung mit Nahrungsmitteln durch Förderung der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Vordergrund agrarpolitischer Entscheidungen. Die Probleme zunehmender Überproduktion, handels- und entwicklungspolitische Erfordernisse sowie nicht zuletzt der Zwang angespannter öffentlicher Haushalte führten seit den 90er Jahren zur schrittweisen Umstellung auf ein System der produktionsunabhängigen Stützung landwirtschaftlicher Einkommen.

Ein von der Nahrungsmittelerzeugung unabhängiges System der Einkommenssicherung könnte der Agrarwirtschaft erweiterte Perspektiven eröffnen: Schon im Rahmen der heute geltenden Direktzahlungsregelungen können die europäischen Landwirte Energiepflanzen erzeugen, ohne dadurch ihre Zahlungsansprüche zu verlieren. Wachsende Zweifel an der Sicherheit der Energieversorgung und steigende Preise fossiler Energieträger könnten künftig dazu beitragen, die Erzeugung von Biokraftstoffen stärker als heute in den Fokus einer nach neuen Aktionsfeldern suchenden EU-Agrarpolitik zu rücken. Die Gewinnung von Energie aus Biomasse wird bereits jetzt als künftiges Standbein der europäischen Agrarpolitik hervorgehoben. Eine solche Neujustierung der Agrarpolitik mag aus Sicht landwirtschaftlicher Interessen naheliegen, aus der Perspektive der Agrarfinanzierung ist sie jedoch riskant, soweit sie Subventionen erfordert.

In Fachkreisen werden die Perspektiven einer Intensivierung des Biomasseanbaus in Europa zum Zwecke der Kraftstofferzeugung mit Zurückhaltung bewertet. Auch aus Sicht der

EU-Agrarfinanzierung erscheint bei einer Abwägung der Kosten mit dem Nutzen einer erweiterten Produktionsförderung Skepsis angezeigt, zumal es bereits heute im Rahmen der EU-Agrarpolitik einen Förderkatalog für die Erzeugung von Biomasse zur Kraftstofferzeugung gibt:

- In der EU wird auf absehbare Zeit mit der jetzigen Technologie keine Aussicht bestehen, Biokraftstoffe auf Basis heimischer Biomasse ohne öffentliche Förderung wettbewerbsfähig zu produzieren. Dauersubventionen wären vorprogrammiert.
- Die Glaubwürdigkeit der seit 1992 beschlossenen Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik könnte insgesamt in Frage gestellt werden: Der großflächige Aufbau eines absehbar unwirtschaftlichen und nicht wettbewerbsfähigen Sektors wäre mit der vollzogenen Annäherung der EU-Agrarproduktion an Weltmarktbedingungen nicht kompatibel.
- Wegen des erheblichen Flächenbedarfs muss im Übrigen vor überzogenen Erwartungen an die mit Biokraftstoffen zu erzielende Versorgungssicherheit gewarnt werden.



2 Allgemeiner Rahmen und bestehende agrarpolitische Instrumente

1. Die im Juni 2006 vom EU-Ministerrat verabschiedete Überprüfung der „Strategie für nachhaltige Entwicklung“ formuliert unter dem Kapitel „Klimawandel und saubere Energie“ verschiedene Ziele für die verstärkte Nutzung von Biokraftstoffen, darunter die Forschungsförderung für die Entwicklung einer zweiten Generation von Biokraftstoffen. Ein weiteres Ziel sieht vor, den Anteil von Biokraftstoffen an Treibstoffen von 5,75 % bis 2010 auf 8 % bis 2015 zu erhöhen. Die Verwendung dieser Kraftstoffe wird besonders hervorgehoben, weil sie im Gegensatz zu fossilen Kraftstoffen deutlich geringere Treibhausgasemissionen verursachen und damit zur Verwirklichung des Kyoto-Protokolls beitragen, den CO₂-Ausstoß nachhaltig zu verringern. Etwaige Forderungen, die EU-Agrarpolitik verstärkt auf die Erzeugung von Biomasse für die Kraftstofferzeugung auszurichten, können aber aus der Strategie zur nachhaltigen Entwicklung nicht zwingend hergeleitet werden.

2. Die EU-Agrarpolitik befasst sich bislang hauptsächlich in zwei Regelungen mit der Bioenergie:

- Die im Rahmen der Agrarreform 2002 bis 2004 eingeführte Entkopplung der Einkommensstützung von der Agrarproduktion lässt es zu, dass Non-Food-Pflanzen ohne Verlust der Einkommensstützung auf jeder Fläche angebaut werden können.
- Im Jahr 2003 wurde eine Sonderbeihilfe für Energiepflanzen eingeführt. Im Rahmen einer garantierten Höchst-Anbaufläche von 1,5 Mio. Hektar (Haushaltsobergrenze) kann eine Prämie von 45 € je Hektar gewährt werden.

Bereits heute steht also ein agrarpolitisches Instrumentarium zur Förderung von Investitionen im Biokraftstoffsektor zur Verfügung, das andere Förderinstrumente (Steuererleichterungen, Beimischungsquoten) ergänzt.

3 Biokraftstoffe und ihre kritische Bewertung in Fachkreisen

1. Der teilweise sehr euphorischen Sicht einer verstärkten Erzeugung von Biomasse für die Kraftstofferzeugung in der EU steht eine durchweg zurückhaltende Bewertung durch die Wissenschaft gegenüber. Dies gilt gerade auch im Hinblick auf die finanziellen Risiken.

Selbst innerhalb der EU-Gremien ist die Biotreibstoff-Strategie derzeit umstritten: Während sich der Rat der Energieminister im Juni 2006 für eine stärkere Beimischung von Bio-Komponenten zu fossilen Treibstoffen aussprach, warnte Umweltkommissar Dimas vor den Folgen der Intensivproduktion von Biomasse.

Nach dem Ergebnis einer Studie der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft – FAL – ist eine Kurskorrektur in der Bioenergiepolitik erforderlich, wenn der Politikbereich nicht aus einer Vielzahl von Gründen aus dem Ruder laufen soll (u.a. Umweltprobleme, erheblicher Flächenbedarf, Verdrängung der Nahrungsmittelproduktion zugunsten der Kraftstoffproduktion, Anstieg der Nahrungsmittelpreise wegen des Flächenwettbewerbs zwischen Nahrungsmittel- und Energiepflanzenenerzeugung und damit insbesondere für die Entwicklungsländer verbundene Probleme). Die Studie identifiziert unter anderem die hohe Rentabilitätsschwelle in Europa, die derzeit doppelt so hoch liegt wie in Südamerika, als volkswirtschaftliches und finanzielles Hauptrisiko. Je mehr Erdöl substituiert werde, desto größere finanzielle Belastungen ergäben sich für den Steuerzahler und/oder den Energieverbraucher. Die Rentabilität der Bioenergieproduktion hänge unmittelbar vom Ölpreis ab. Schätzungen lokalisieren die Rentabilitätsschwelle einer subventionsfreien europäischen Produktion auf einer Bandbreite zwischen 90 und 120 US-Dollar je Barrel.

2. Experten aus den USA, Japan, China, Großbritannien und Deutschland bewerteten beim Internationalen Getreiderat im Juni 2006 in London die Produktion von Biokraftstoffen aus Getreide. Die wesentlichen Erkenntnisse können wie folgt zusammengefasst werden:

- Ethanol aus Getreide ist ohne staatliche Förderung weltweit mit den verfügbaren Technologien nicht wettbewerbsfähig, auch nicht im Wettbewerb mit Ethanol aus Zucker.
- Biokraftstoffe können derzeit nur in Brasilien ohne staatliche Förderung hergestellt werden. Es ist aber darauf hinzuweisen, dass selbst unter den günstigen brasilianischen Produktionsbedingungen (weltweit größter Zuckerproduzent) eine Vorlaufzeit von 30 Jahren mit erheblichen staatlichen Subventionen erforderlich war, um die heutige Produktivität zu erreichen. Forschung und Entwicklung des Sektors wurden in den frühen 70er Jahren vom seinerzeitigen Militärregime mit dem Ziel der Herstellung größtmöglicher Versorgungsunabhängigkeit angestoßen.
- In den USA dürften Subventionen unumgänglich sein; die Produktion basiert dort auf Mais. Ziel ist die Steigerung der Produktionskapazität um 2 % pro Jahr, insbesondere auch durch die Umwidmung bisheriger Sojabohnen-Flächen.
- China fördert die Produktion von Biokraftstoffen, allerdings mit dem vorrangigen Ziel, landwirtschaftliche Einkommen zu sichern und damit einen Beitrag zur Eindämmung der Landflucht zu leisten.
- In der EU besteht auf absehbare Zeit keine Aussicht, ohne öffentliche Subventionen wettbewerbsfähig Biomasse für die Kraftstofferzeugung zu produzieren. Der Wunsch, wesentliche Anteile des Kraftstoffbedarfs durch heimisches Bioethanol zu decken, dürfte bei heutiger Technologie wegen des eingeschränkten Flächenangebots und der begrenzten Energiebilanz heimischer Rohstoffe unerfüllt bleiben. Ob die sogenannte 2. Generation der Biokraftstoffe die in sie gesetzten Erwartungen hinsichtlich einer verbesserten Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit wird erfüllen können, kann zurzeit noch nicht abschließend bewertet werden.

4 Schlussbetrachtung: Ein Ergebnis aus Sicht der Agrarfinanzierung

Die EU-Kommission weist in ihrem Bericht zur Überprüfung der Regelung für Energiepflanzen darauf hin, dass im Rahmen der für 2008 vorgesehenen Überprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik auch eine Neubewertung der Biokraftstoff-Strategie angezeigt sein könnte. Sie schließt in diesem Zusammenhang auch angebotsseitige Maßnahmen in Ergänzung zu den bereits bestehenden Instrumenten nicht aus. Überholten Politikkonzepten, die etwa auf die Einführung neuer Marktordnungen und die Bedienung traditioneller Erwartungen auf Subventionierung abzielen könnten, ist entgegenzutreten:

- Abgesehen von der zu erwartenden Unverträglichkeit derartiger Ansätze mit WTO-Vorgaben wären die finanziellen Konsequenzen unabsehbar, zumal der Umfang dieser EU-Agrarsubventionen unmittelbar von der Entwicklung der Ölpreise abhängig wäre. Da die Produktion von Biokraftstoffen in der EU aus heutiger Sicht subventionsfrei erst bei einem Ölpreis von 90 bis 120 US-Dollar/Barrel rentabel wird, sich der Ölpreis trotz der Steigerung der letzten Monate aber nach Ansicht der ganz überwiegenden Zahl der Experten mittelfristig deutlich unterhalb dieses Niveaus bewegen wird, muss vor der Einführung neuer Dauersubventionstatbestände mit erheblichen finanziellen Auswirkungen gewarnt werden.
- Wegen des erheblichen Flächenbedarfs ist auch vor überzogenen Erwartungen an die Versorgungssicherheit zu warnen. Nach dem Ergebnis einer aktuellen OECD-Studie müssten in den USA, in Kanada und in der EU-15 zwischen 30 % und 70 % der derzeitigen Ackerflächen ausschließlich mit Energiepflanzen bebaut werden, um eine nur zehnprozentige Substitution fossiler Kraftstoffe auf Basis derzeit verfügbarer

Biokraftstofftechnologien zu erreichen. Wegen des deutlich höheren Energiegehalts des in der südlichen Hemisphäre angebauten Zuckerrohrs und des immer noch relativ niedrigen heimischen Pro-Kopf-Verbrauchs an Kraftstoffen liegt der vergleichbare Flächenbedarf in Brasilien bei lediglich 3 %.

- Die europäischen Landwirte können auch im Rahmen der geltenden Direktzahlungsregelungen produktionsunabhängige Prämien beziehen, solange sichergestellt ist, dass ihre Erzeugnisse nicht der Nahrungsmittelproduktion zugeführt werden. Mittelfristig könnte sogar die Verstärkung der Nahrungsmittelproduktion wieder interessant werden, weil aufgrund des in anderen Weltregionen zunehmenden Flächen-Wettbewerbs zwischen Bioenergie- und Nahrungsmittelproduktion das Weltagrarpreisniveau maßgeblich durch den Erdölpreis nach oben geschleust werden dürfte.
- Schließlich würde auch die Glaubwürdigkeit der EU-Agrarpolitik in Frage gestellt. Mit den seit 1992 beschlossenen Reformen sollte unter anderem eine stärkere Annäherung der EU-Produktion an die Bedingungen der Weltmärkte erreicht werden. Etwaige Signale zur großflächigen Subventionierung des Anbaus von Biomasse für die Kraftstoffproduktion könnten die Glaubwürdigkeit mühsam errungener agrarpolitischer Entscheidungen insgesamt gefährden.

Solange Biokraftstoffe aufgrund unzureichender Wettbewerbsfähigkeit auf Subventionen angewiesen sind und diese Unterstützung aus Gründen des Klimaschutzes und der Versorgungssicherheit politisch gewollt ist, sollte sie direkt beim Absatz der Biokraftstoffe ansetzen. Diesem Weg folgt die Bundesregierung mit ihrem im August 2006 beschlossenen Gesetzesentwurf zur Einführung einer Biokraftstoffquote. Ab 2007 wird damit in Deutschland die Förderung von Biokraftstoffen auf eine dauerhaft tragfähige Basis gestellt.

Jahresversammlung Internationaler Währungs- fonds und Weltbank am 19. September 2006 in Singapur

1	Lage der Weltwirtschaft	69
2	Globale Ungleichgewichte	70
3	Reform des IWF	71
4	Gemeinsamer Entwicklungsausschuss von IWF und Weltbank	72

- Die Weltwirtschaft befindet sich weiterhin auf Wachstumskurs.
- Erste Stufe der IWF-Reform wurde beschlossen: höhere Quoten für China, Korea, Mexiko und die Türkei.

Am 19. September 2006 fand in Singapur die gemeinsame Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank statt. Außerdem tagten am 17. September der Lenkungsausschuss des IWF (International Monetary and Financial Committee – IMFC) und am 18. September der gemeinsame Entwicklungsausschuss von IWF und Weltbank (Development Committee). Den Sitzungen ging ein Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der G 7-Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und USA) am 16. September 2006 voraus. Im Rahmen eines anschließenden Abendessens fand ein Austausch mit den Finanzministern aus China, Indien, Indonesien, Malaysia, Thailand und Vietnam statt.

Leiter der deutschen Delegation war der Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück. Zusammen mit Bundesbankpräsident Prof. Axel Weber nahm er an den Treffen der G 7 und an den Sitzungen des IMFC teil. Die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wiecek-Zeul, vertrat Deutschland im Entwicklungsausschuss.

Im Mittelpunkt der Diskussionen der G 7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure sowie des IMFC standen die Themen Lage der Weltwirtschaft, globale Ungleichgewichte sowie die Reform des IWF.

1 Lage der Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft befindet sich derzeit in ihrem vierten Jahr starken Wachstums. Der IWF schätzt, dass das globale Wachstum in diesem Jahr 5,1 % und im nächsten Jahr 4,9 % betragen wird. Die Stärke des Aufschwungs ist in den Entwicklungs- und Schwellenländern besonders beeindruckend, aber auch die Beschleunigung des Wachstums in Deutschland und Europa fand im G 7-Kreis Beachtung. Die deutsche Wirtschaft wächst so stark wie seit fünf Jahren nicht mehr. Der IWF hat seine Prognose für das Wachstum in Deutschland im Vergleich zum Frühjahr deutlich nach oben revidiert. Er geht nun für 2006 von einem Wachstum von 2,0 % und für 2007 von 1,3 % aus. Hintergrund für diese positive Einschätzung der deutschen Wirtschaftsaktivität ist, dass die außenwirtschaftlichen Impulse mittlerweile auf die Binnenkonjunktur übergegriffen haben. Für die USA wird davon ausgegangen, dass sich das Wirtschaftswachstum angesichts der Abkühlung am Immobilienmarkt im Vergleich zum Vorjahr etwas verlangsamen wird. Japans Wirtschaftsleistung ist robust, sie stützt sich gleichermaßen auf Konsum, Investitionen und Exporte. Risiken für die prognostizierte Entwicklung bestehen laut IWF in einer stärker als erwarteten Konjunkturabschwächung in den USA sowie in einer Zunahme des Inflationsdrucks. So zeigen

z.B. in den USA die Lohnstückkosten in letzter Zeit deutlich nach oben. Aber auch die Ausbreitung protektionistischer Tendenzen könnte nach Meinung des IWF das globale Wirtschaftswachstum dämpfen. Angesichts der Tatsache, dass der Yen zum Euro in den vergangenen sechs Jahren rund 60 % an Wert verloren hat, wurde im G 7-Kreis auch über den Wechselkurs des Yen diskutiert. Es bestand Einvernehmen darüber, dass sich das Ende der Nullzinspolitik der Bank von Japan und das kräftige Wachstum der japanischen Wirtschaft auch im Außenwert des Yen niederschlagen würden.



2 Globale Ungleichgewichte

Die globalen Ungleichgewichte sind weiterhin ausgeprägt. Das Leistungsbilanzdefizit der USA ist unverändert hoch, während Chinas Währungsreserven weiter ansteigen. Eine nicht auszuschließende ungeordnete Anpassung mit starker Dollarabwertung und kräftigen Zinserhöhungen könnte das Weltwirtschaftswachstum erheblich beeinträchtigen. Die beste Möglichkeit, die globalen Ungleichgewichte abzubauen, ist laut IWF ein gemeinsames Vorgehen aller beteiligten Staaten. Dazu gehöre eine stärkere Flexibilisierung der Wechselkurse in den asiatischen Schwellenländern, vor allem in China. Defizitländer, insbesondere die USA, sollten sowohl ihre öffentliche als auch ihre private Sparquote erhöhen, während Überschussländer mehr investieren und konsumieren sollten. Europa und Japan müssten durch Struktur-reformen ihre Binnennachfrage ankurbeln. Die G 7 sind weiterhin der Auffassung, dass alle wesentlichen Akteure zum Abbau der Ungleichgewichte beitragen müssen. Sie haben in ihrem Kommuniqué Schwellenländer mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen, insbesondere China, aufgefordert, eine größere Flexibilität ihrer Wechselkurse zuzulassen. Größere Wechselkursflexibilität in diesen Ländern ist wichtig, damit Europa nicht einen unverhältnismäßig großen Anteil der Anpassungslast tragen muss.

3 Reform des IWF

Zentrales Thema der Jahrestagung und der IWF-Reformdiskussion war das Thema Quoten und Stimmrechte. Die Quotenverteilung im IWF ist für die Mitglieder von großem Interesse, da die Höhe der Quotenanteile über den Einfluss der Länder im IWF mitentscheidet. Zudem legen die Quoten fest, in welcher Höhe die Mitgliedsländer finanzielle Hilfe des IWF in Anspruch nehmen können. Es ist unbestritten, dass eine angemessene Repräsentanz seiner Mitglieder die Akzeptanz des IWF stärkt. Die Quoten sollten daher das relative weltwirtschaftliche Gewicht eines Landes abbilden. Vor allem asiatische Schwellenländer, die in der Vergangenheit ein hohes Wirtschaftswachstum verzeichnen konnten, sind im IWF stark unterrepräsentiert und fordern eine Erhöhung ihrer Quote. Nachdem in den vergangenen zwölf Monaten zahlreiche Optionen für eine Quotenanpassung diskutiert wurden, wurde in Singapur eine Ad-hoc-Quotenerhöhung von 1,8 % zugunsten der vier stark unterrepräsentierten Länder China, Korea, Mexiko und Türkei beschlossen. Dabei erhöht sich der Quotenanteil Koreas um 76 %, Chinas Anteil nimmt um 25 % zu und die Türkei und Mexiko können ihren Quotenanteil um 22 % bzw. 20 % erhöhen. Der deutsche Anteil sinkt von 6,087 % auf 5,98 %, im Einklang mit den Quoten der übrigen Mitglieder.

Darüber hinaus hat man sich darauf verständigt, in einem zweiten Reformschritt die der Berechnung der Quoten der einzelnen Mitglieder zugrunde liegende Quotenformel zu überprüfen, die Basisstimmen¹ eines jeden Mitglieds zu erhöhen sowie die Quoten an eine neue, noch zu beschließende Formel anzupassen.

Des Weiteren wurde die Bedeutung der Überwachungsfunktion des IWF betont. Damit der IWF auch weiterhin seiner Aufgabe in diesem Bereich nachkommen kann, müsse sein Instrumentarium modernisiert und seine analytische Kapazität gestärkt werden. Dies gelte insbesondere für Fragen der Wechselkurspolitik, aber auch für den Finanzsektor sowie für die Geld- und Fiskalpolitik.

Um besser auf globale Probleme reagieren zu können, wurden vom IWF multilaterale Konsultationen ins Leben gerufen. In einem Probelauf wurden bilaterale Gespräche zu globalen Ungleichgewichten mit China, dem Euroraum, Japan, Saudi-Arabien und den USA geführt. In Singapur haben am Rande der Jahresversammlung erste multilaterale Gespräche zu diesem Thema auf Stellvertreter-Ebene stattgefunden.

¹ Derzeit hat jedes Mitglied 250 Basisstimmen. Pro 100 000 SZR-Einheiten (Sonderziehungsrechte) seiner Quote erhält es eine weitere Stimme.

4 Gemeinsamer Entwicklungsausschuss von IWF und Weltbank

Im Mittelpunkt der Sitzung des Development Committee standen die Themen Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung sowie die Strategie der Weltbank in Mitteleinkommensländern. Weltbank-Präsident Paul Wolfowitz hob die besondere Bedeutung einer guten Regierungsführung für die Entwicklung der Länder hervor. Allerdings brauche die Verbesserung der Regierungsführung Zeit. Auch solle sich die Bank nicht von armen Ländern abwenden, die schlechte Institutionen hätten, sondern ihnen helfen, diese Institutionen zu verbessern. Das Aussetzen der Doha-Runde wurde allgemein bedauert.

Weltbank-Chefökonom François Bourguignon berichtete, dass angesichts des hohen Wirt-

schaftswachstums der Entwicklungsländer auch ihr Pro-Kopf-Einkommen weiter gestiegen sei. Auch wenn die Aussichten für anhaltendes Wachstum in den Entwicklungsländern gut seien, bestünden mehrere nicht zu unterschätzende Risiken für die Weltwirtschaft, die auch die Entwicklungsländer betreffen könnten. So könnte eine mögliche Abschwächung der US-Konjunktur gleichzeitig die Nachfrage nach Produkten der Entwicklungsländer bremsen und auf Grund höherer Zinsen zu einer Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen führen.

Notwendig seien auf nationaler Ebene in den Entwicklungsländern vor allem eine Verbesserung des Investitionsklimas und der Regierungsführung sowie höhere Investitionen in Bildung und Gesundheit. Auf internationaler Ebene müssten Handelsbeschränkungen aufgehoben und die Entwicklungsländer bei der Exportdiversifikation unterstützt werden.



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	76
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	99
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	103

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung76

1	Kreditmarktmittel nach Eingliederung der Sondervermögen	76
2	Gewährleistungen	77
3	Bundeshaushalt 2005 bis 2010	77
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010	78
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2006	80
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2007	84
7	Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007	86
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	88
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	89
10	Entwicklung der Staatsquote	90
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	91
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	92
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	93
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	94
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	95
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	96
17	Staatsquote im internationalen Vergleich	97
18	Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006	98

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte99

1	Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2006 im Vergleich zum Jahressoll 2006	99
2	Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2006	99
3	Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis August 2006	100
4	Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2006	101

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung103

1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	103
2	Preisentwicklung	103
3	Außenwirtschaft	104
4	Einkommensverteilung	104
5	Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	105
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	106
7	Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	107
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern	108
9	Entwicklung von DAX und Dow Jones	109
10	Übersicht Weltfinanzmärkte	110

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel nach Eingliederung der Sondervermögen¹

I. Schuldenart

	Stand: 31. August 2006 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 30. September 2006 ² Mio. €
Anleihen	560 050	3 500	0	563 550
Bundesobligationen	168 949	8 000	0	176 949
Bundesschatzbriefe	10 598	277	624	10 251
Bundesschatzanweisungen	119 000	9 000	17 000	111 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 679	5 900	5 920	35 659
Finanzierungsschätze	2 583	237	70	2 750
Schuldscheindarlehen	25 547	132	139	25 540
Medium Term Notes Treuhand	266	0	0	266
Kredite aus Wertpapierpensionsgeschäften	1 242	0	1 242	0
Gesamte umlaufende Schuld	923 912			925 965

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 31. August 2006 Mio. €	Stand: 30. September 2006 ² Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	174 143	171 957
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	295 169	288 083
langfristig (mehr als 4 Jahre)	454 600	465 925
Gesamte umlaufende Schuld	923 912	925 965

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹ Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundeseisenbahnvermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999.

² Vorläufig.

2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2006 in Mrd. €	Belegung am 30. September 2006 in Mrd. €	Belegung am 30. September 2005 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	107,7	105,9
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschaftsbereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,0	29,3	27,8
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	103,9	61,7	62,1

3 Bundeshaushalt 2005 bis 2010 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2005 Ist Mrd. €	2006 Soll Mrd. €	2007 Reg.- Entwurf Mrd. €	2008	2009	2010
				Finanzplanung		
				Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €
1. Ausgaben	259,8	261,1	267,6	274,3	274,9	276,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	3,3	0,7	2,3	2,5	0,2	0,7
2. Einnahmen	228,4	223,2	245,4	252,6	253,7	256,1
Veränderung gegen Vorjahr in %	7,8	- 2,3	9,9	2,9	0,4	0,9
darunter:						
Steuereinnahmen	190,1	194,0	214,5	218,2	226,0	231,1
Veränderung gegen Vorjahr in %	1,7	2,0	10,6	1,7	3,6	2,3
3. Finanzierungsdefizit	- 31,4	- 38,4	- 22,2	- 21,7	- 21,2	- 20,7
Zusammensetzung des Finanzierungsdefizits						
4. Bruttokreditaufnahme (-)¹	224,0	230,2	237,8	242,5	242,0	239,6
5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	0,2	3,6				
6. Tilgungen (+)²	193,0	195,8	215,9	221,1	221,0	219,1
7. Nettokreditaufnahme	- 31,2	- 38,2	- 22,0	- 21,5	- 21,0	- 20,5
8. Münzeinnahmen	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2
9. Finanzierungssaldo in % der Ausgaben	- 31,4 12,1	- 38,4 14,7	- 22,2 8,3	- 21,7 7,9	- 21,2 7,7	- 20,7 7,5
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	23,8	23,2	23,5	23,4	23,6	23,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	6,2	- 2,3	1,4	- 0,5	0,8	- 1,3
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	0,7	2,9	3,5	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Ohne Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

² Ohne Eigenbestandsveränderung.

Stand: Juli 2006

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010

Ausgabeart	2005 Ist	2006 Soll	2007 Reg.-Entw.	2008	2009	2010
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Finanzplanung		Mio. €
				Mio. €	Mio. €	
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 372	26 237	26 209	26 127	26 179	26 168
Aktivitätsbezüge	19 891	19 819	19 765	19 617	19 611	19 527
Ziviler Bereich	8 537	8 523	8 554	8 593	8 624	8 647
Militärischer Bereich	11 353	11 296	11 211	11 024	10 987	10 880
Versorgung	6 481	6 418	6 443	6 510	6 568	6 642
Ziviler Bereich	2 434	2 337	2 320	2 303	2 290	2 283
Militärischer Bereich	4 047	4 081	4 124	4 207	4 278	4 359
Laufender Sachaufwand	17 712	17 990	18 632	18 783	19 030	19 383
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 596	1 474	1 518	1 497	1 509	1 517
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 992	8 426	8 746	9 259	9 604	9 986
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 124	8 090	8 368	8 027	7 917	7 880
Zinsausgaben	37 371	37 557	39 235	41 498	42 488	44 778
an andere Bereiche	37 371	37 557	39 235	41 498	42 488	44 778
Sonstige	37 371	37 557	39 235	41 498	42 488	44 778
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	37 326	37 513	39 190	41 454	42 445	44 735
an Ausland	3	2	4	2	2	2
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	154 274	156 896	159 730	163 834	162 802	163 005
an Verwaltungen	13 921	13 759	12 320	12 477	12 833	12 704
Länder	8 381	8 289	6 692	6 573	6 585	6 417
Gemeinden	66	39	26	24	22	20
Sondervermögen	5 473	5 430	5 601	5 879	6 225	6 266
Zweckverbände	2	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	140 353	143 137	147 410	151 357	149 969	150 301
Unternehmen	13 474	16 649	18 661	23 741	23 863	23 632
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	32 747	30 386	27 841	27 112	25 225	24 899
an Sozialversicherung	90 219	92 079	96 691	96 271	96 648	97 534
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	767	801	832	825	817	817
an Ausland	3 140	3 217	3 380	3 403	3 411	3 417
an Sonstige	5	5	5	5	5	1
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	235 728	238 680	243 806	250 242	250 499	253 335
Ausgaben der Kapitalrechnung¹						
Sachinvestitionen	7 246	6 945	6 689	6 730	6 750	6 649
Baumaßnahmen	5 779	5 487	5 179	5 290	5 325	5 232
Erwerb von beweglichen Sachen	961	922	1 005	945	937	928
Grunderwerb	506	536	505	495	488	489
Vermögensübertragungen	12 977	13 073	13 799	13 721	13 332	13 027
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 617	12 679	13 429	13 366	12 998	12 707
an Verwaltungen	5 587	5 540	5 831	5 272	5 243	4 883
Länder	5 527	5 459	5 759	5 201	5 161	4 795
Gemeinden und Gemeindeverbände	60	74	66	65	77	82
Sondervermögen	–	6	6	6	6	6
an andere Bereiche	7 030	7 139	7 598	8 094	7 755	7 824
Sonstige – Inland	4 933	4 989	5 308	5 716	5 334	5 370
Ausland	2 096	2 150	2 290	2 378	2 421	2 454
Sonstige Vermögensübertragungen	360	395	370	355	333	320
an andere Bereiche	360	395	370	355	333	320
Unternehmen – Inland	–0	–	–	–	–	–
Sonstige – Inland	160	175	160	155	148	145
Ausland	201	220	210	200	185	175

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010

Ausgabeart	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Ist	Soll	Reg.-Entw.	Finanzplanung		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 899	3 601	3 425	3 329	3 856	3 952
Darlehensgewährung	3 340	3 013	2 765	2 554	2 969	3 192
an Verwaltungen	53	38	1	1	1	1
Länder	53	38	1	1	1	1
an andere Bereiche	3 287	2 974	2 764	2 553	2 968	3 191
Sozialversicherungen	900	–	–	–	–	–
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 505	1 991	1 668	1 413	1 823	1 849
Ausland	882	984	1 096	1 140	1 145	1 341
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	559	588	661	775	888	760
Inland	0	0	28	16	13	13
Ausland	558	588	633	759	874	747
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung¹	24 121	23 619	23 913	23 779	23 938	23 628
¹ Darunter: Investive Ausgaben	23 761	23 225	23 543	23 425	23 604	23 308
Globale Mehr-/Minderausgaben	–	– 699	– 119	278	463	– 164
Ausgaben zusammen	259 849	261 600	267 600	274 300	274 900	276 800

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0 Allgemeine Dienste	49 037	44 206	23 760	14 355	–	6 091
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 629	7 343	3 748	1 226	–	2 369
02 Auswärtige Angelegenheiten	6 514	3 066	445	165	–	2 456
03 Verteidigung	28 229	27 778	15 335	11 637	–	806
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 950	2 609	1 801	706	–	102
05 Rechtsschutz	334	318	220	82	–	16
06 Finanzverwaltung	3 381	3 092	2 210	539	–	343
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	13 118	9 355	452	657	–	8 246
13 Hochschulen	2 272	1 278	7	4	–	1 267
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 505	1 505	–	–	–	1 505
15 Sonstiges Bildungswesen	498	436	9	62	–	365
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7 320	5 659	436	584	–	4 639
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 522	477	1	7	–	470
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	134 757	133 959	194	545	–	133 220
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	90 762	90 762	35	0	–	90 726
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	5 160	5 159	–	–	–	5 159
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 409	3 193	–	146	–	3 047
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	34 158	34 025	45	339	–	33 641
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	105	105	–	–	–	105
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 164	715	114	59	–	542
3 Gesundheit und Sport	919	682	224	236	–	222
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	362	310	124	137	–	49
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	362	310	124	137	–	49
32 Sport	108	83	–	2	–	82
33 Umwelt- und Naturschutz	186	150	64	45	–	42
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	263	139	37	53	–	50
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 983	782	2	4	–	777
41 Wohnungswesen	1 444	779	–	3	–	777
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	–	1	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	4	2	2	–	–	–
44 Städtebauförderung	534	–	–	–	–	–
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	997	529	27	131	–	370
52 Verbesserung der Agrarstruktur	632	244	–	1	–	242
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	125	125	–	53	–	71
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	125	125	–	53	–	71
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	241	160	27	77	–	57

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
0 Allgemeine Dienste	986	1 891	1 954	4 831	4 796
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	283	3	0	286	286
02 Auswärtige Angelegenheiten	48	1672	1729	3 449	3 447
03 Verteidigung	296	97	58	451	418
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	222	119	–	341	341
05 Rechtsschutz	16	–	–	16	16
06 Finanzverwaltung	121	1	166	289	289
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	145	3 618	–	3 763	3 763
13 Hochschulen	1	993	–	994	994
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	62	–	63	63
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	140	1521	–	1661	1661
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	4	1041	–	1045	1045
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	11	787	1	799	463
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	1	–	1	1
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	214	1	217	6
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	127	–	133	8
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3	445	–	449	449
3 Gesundheit und Sport	164	73	–	237	237
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	40	12	–	52	52
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	40	12	–	52	52
32 Sport	–	25	–	25	25
33 Umwelt- und Naturschutz	6	30	–	36	36
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	118	7	–	124	124
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	–	1 196	5	1 201	1 201
41 Wohnungswesen	–	660	5	664	664
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	2	–	2	2
44 Städtebauförderung	–	534	–	534	534
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	36	432	2	469	469
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	388	1	388	388
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	36	44	1	81	81

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 118	3 269	46	360	–	2 863
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	489	438	–	204	–	235
621 Kernenergie	223	223	–	–	–	223
622 Erneuerbare Energieformen	39	13	–	4	–	9
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	226	202	–	199	–	3
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	2 215	2 195	–	5	–	2 190
64 Handel	100	100	–	54	–	46
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	692	65	–	12	–	52
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 623	471	46	85	–	340
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 728	3 634	973	2 010	–	650
72 Straßen	6 911	958	–	848	–	110
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 509	779	467	246	–	65
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	337	4	–	–	–	4
75 Luftfahrt	203	202	45	16	–	141
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 768	1 691	461	900	–	330
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	10 762	7 128	–	19	–	7 109
81 Wirtschaftsunternehmen	5 321	1 687	–	19	–	1 668
832 Eisenbahnen	3 473	83	–	5	–	78
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	1 848	1 604	–	14	–	1 590
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 441	5 441	–	–	–	5 441
873 Sondervermögen	5 421	5 421	–	–	–	5 421
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	20	20	–	–	–	20
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	40 180	40 261	530	314	39 235	182
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	218	180	–	–	–	180
92 Schulden	39 275	39 275	–	40	39 235	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	687	806	530	274	–	2
Summe aller Hauptfunktionen	267 600	243 806	26 209	18 632	39 235	159 730

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	698	1 150	1 849	1 849
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	51	–	51	51
621 Kernenergie	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	26	–	26	26
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	25	–	25	25
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	20	–	20	20
64 Handel	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	627	–	627	627
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	–	1 150	1 151	1 151
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 346	1 748	0	7 094	7 094
72 Straßen	4 546	1 407	–	5 953	5 953
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	730	–	–	730	730
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	333	–	333	333
75 Luftfahrt	1	–	0	1	1
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	69	8	–	77	77
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	–	3 319	314	3 634	3 634
81 Wirtschaftsunternehmen	–	3 319	314	3 634	3 634
832 Eisenbahnen	–	3 113	277	3 389	3 389
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	–	206	38	244	244
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	–	–	–	–	–
873 Sondervermögen	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	–	–	–	–	–
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	–	38	–	38	38
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	38	38
92 Schulden	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	–
Summe aller Hauptfunktionen	6 689	13 799	3 425	23 913	23 543

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2007

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1998	1999
Ist-Ergebnisse									
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	233,6	246,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	3,4	5,7
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	204,7	220,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	5,8	7,8
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 28,9	- 26,2
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,1
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,7	27,0
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,7	1,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,4	10,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	16,1	16,1
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	28,7	41,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	5,2	43,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	12,3	16,6
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	42,1	58,9
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	29,2	28,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	1,3	- 2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	12,5	11,6
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	35,5	35,7
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	174,6	192,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	3,1	10,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,7	77,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	85,3	87,2
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	41,0	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	12,4	10,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	98,8	91,2
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{3,4}	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	88,6	82,3
nachrichtlich: Schuldenstand³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1010,4	1153,4	1183,1
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	488,0	708,3

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat Februar 2006; 2003 bis 2005 vorläufiges Ist, 2006 und 2007 = Schätzung.

⁴ Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2007

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
		Ist-Ergebnisse						Soll	Reg.-Entw.
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	244,4	243,1	249,3	256,7	251,6	259,8	261,6	267,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,7	2,3
Einnahmen	Mrd.€	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	223,2	245,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	- 2,3	9,9
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 38,4	- 22,2
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 38,2	- 22,0
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,5	26,8	27,0	27,2	26,8	26,4	26,2	26,2
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	1,1	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 0,5	- 0,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,8
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	15,7	15,9	15,7	15,8	15,6	15,5	15,4	15,6
Zinsausgaben	Mrd.€	39,1	37,6	37,1	36,9	36,3	37,4	37,6	39,2
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	0,5	4,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,7
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	58,0	56,8	56,3	56,4	56,2	58,6	58,2	59,4
Investive Ausgaben	Mrd.€	28,1	27,3	24,1	25,7	22,4	23,8	23,2	23,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 2,3	1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,9	8,8
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,0	34,2	33,2	36,6	33,9	34,8	37,2	37,7
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	198,8	193,8	192,0	191,9	187,0	190,1	194,0	214,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	2,0	10,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	74,2	80,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	86,9	87,4
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ³	%	42,5	43,4	43,5	43,4	42,2	42,1	41,7	43,0
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 38,2	- 22,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	14,6	8,2
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	84,4	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	164,4	93,4
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{3, 4}	%	62,0	57,8	61,6	56,4	59,5	58,9	70,1	57,1
nachrichtlich: Schuldenstand³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 198,2	1 203,9	1 253,2	1 325,7	1 395,0	1 447,5	1 503 ^{2/5}	1 541
darunter: Bund	Mrd.€	715,6	697,3	719,4	760,5	803,0	872,7	910 ^{4/5}	932 ^{4/5}

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat Februar 2006; 2003 bis 2005 vorläufiges Ist, 2006 und 2007 = Schätzung.

⁴ Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	2002	2003 ²	2004 ²	2005 ²	2006 ²	2007 ²
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	603,6	609,7	618,4	612,5	625,9	627	636
Einnahmen	556,3	552,4	550,9	547,2	572,9	572 1/2	597 1/2
Finanzierungssaldo	- 47,2	- 57,3	- 67,5	- 65,3	- 53,0	- 54 1/2	- 38 1/2
darunter:							
Bund							
Ausgaben	243,3	249,3	256,7	251,6	259,9	261 1/2	267 1/2
Einnahmen	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	223	245 1/2
Finanzierungssaldo	- 23,0	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 38 1/2	- 22
Länder							
Ausgaben	255,1	257,0	258,7	256,1	259,3	256	258
Einnahmen	229,4	227,6	226,2	231,7	235,3	237 1/2	243 1/2
Finanzierungssaldo	- 25,7	- 29,4	- 30,5	- 24,4	- 24,1	- 18 1/2	- 14 1/2
Gemeinden							
Ausgaben	147,9	149,2	149,9	149,2	153,3	155 1/2	155 1/2
Einnahmen	144,0	144,5	141,3	145,3	151,1	153 1/2	153 1/2
Finanzierungssaldo	- 3,9	- 4,6	- 8,6	- 3,8	- 2,2	- 1 1/2	- 2
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	0,8	1,0	1,4	- 0,9	2,2	0	1 1/2
Einnahmen	- 1,6	- 0,7	- 0,3	- 0,7	4,7	- 0	4 1/2
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	1/2	2 1/2
Einnahmen	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	- 2 1/2	10
Länder							
Ausgaben	1,8	0,7	0,7	- 1,0	1,3	- 1 1/2	1
Einnahmen	- 4,6	- 0,8	- 0,6	2,4	1,6	1	2 1/2
Gemeinden							
Ausgaben	1,3	0,9	0,5	- 0,5	2,8	1 1/2	1/2
Einnahmen	- 2,7	0,4	- 2,2	2,9	3,9	1 1/2	- 0

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

² 2003, 2004, 2005: vorläufiges IST; 2006, 2007: Schätzung.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplan Bund 2010.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	2002	2003 ²	2004 ²	2005 ²	2006 ²	2007 ²
	Anteile in %						
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 2,2	- 2,7	- 3,1	- 2,9	- 2,4	- 2 1/2	- 1 1/2
darunter:							
Bund	- 1,1	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 1,4	- 1 1/2	- 1
Länder	- 1,2	- 1,4	- 1,4	- 1,1	- 1,1	- 1	- 1/2
Gemeinden	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,1	- 0	- 0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 7,8	- 9,4	- 10,9	- 10,7	- 8,5	- 8 1/2	- 6
darunter:							
Bund	- 9,5	- 13,1	- 15,3	- 15,8	- 12,1	-14 1/2	- 8 1/2
Länder	- 10,1	- 11,4	- 11,8	- 9,5	- 9,3	- 7 1/2	- 5 1/2
Gemeinden	- 2,6	- 3,1	- 5,7	- 2,5	- 1,4	- 1	- 1 1/2
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,6	28,4	28,6	27,6	27,9	27 1/2	27
darunter:							
Bund	11,5	11,6	11,9	11,4	11,6	11 1/2	11 1/2
Länder	12,1	12,0	12,0	11,6	11,5	11	11
Gemeinden	7,0	7,0	6,9	6,7	6,8	7	6 1/2
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	21,1	20,6	20,4	20,0	20,1	20 1/2	21 1/2

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastenteilungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

² 2003, 2004, 2005: vorläufiges IST; 2006, 2007: Schätzung.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplan Bund 2010.

8 Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Steueraufkommen					
Jahr	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005 ²	447,9	215,4	232,5	48,1	51,9
2006 ²	457,4	221,5	236,0	48,4	51,6

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind:

Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 2. bis 3. November 2005.

Stand: November 2005.

9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitrageinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1976	24,2	40,4	23,4	38,9
1977	25,1	41,2	24,5	39,8
1978	24,6	40,5	24,4	39,4
1979	24,4	40,4	24,3	39,3
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002 ³	22,3	40,4	20,6	37,8
2003 ³	22,3	40,5	20,4	37,6
2004 ³	21,7	39,6	20,0	36,8
2005 ³	21,9	39,5	20,1	36,7
2006 ⁴	22	39 1/2	20 1/2	36 1/2
2007 ⁴	23	39 1/2	21	37

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Vorläufige Ergebnisse; Stand: Februar 2006.

⁴ Schätzung; Stand: Juni 2006.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

10 Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates	
		darunter	
		Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherungen ³
	Anteile am BIP in %		
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	39,1	26,5	12,6
1975	49,9	31,8	18,1
1976	49,1	31,0	18,1
1977	48,7	30,6	18,1
1978	47,5	29,7	17,8
1979	47,2	29,7	17,5
1980	47,9	30,1	17,8
1981	48,8	30,4	18,4
1982	48,9	30,2	18,7
1983	47,7	29,5	18,2
1984	46,9	28,8	18,1
1985	46,3	28,4	17,9
1986	45,4	27,9	17,5
1987	45,8	28,0	17,8
1988	45,3	27,3	18,0
1989	44,0	26,9	17,1
1990	44,5	27,8	16,7
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1
2000	47,6	26,5	21,1
2000 ⁴	45,1	24,0	21,1
2001	47,6	26,3	21,3
2002 ⁵	48,1	26,3	21,7
2003 ⁵	48,4	26,4	22,0
2004 ⁵	46,9	25,7	21,2
2005 ⁵	46,7	25,9	20,8
2006 ⁶	46	25 1/2	20 1/2
2007 ⁶	45 1/2	25	20

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Vorläufige Ergebnisse; Stand: Februar 2006.

⁶ Schätzung; Stand: Juni 2006.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

11 Schulden der öffentlichen Haushalte

	2001	2002	2003	2004	2005
	Schulden in Mio. € ¹				
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 203 887	1 253 195	1 325 733	1 394 955	1 447 505
Bund	697 290	719 397	760 453	802 994	872 653
Sonderrechnungen Bund	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367
Länder	357 684	384 773	414 952	442 922	468 214
Gemeinden	82 669	82 662	84 069	84 258	83 804
Zweckverbände	7 160	7 153	7 429	7 531	7 467
nachrichtlich:					
Bund + SR	756 374	778 607	819 283	860 244	888 020
Länder + Gemeinden	440 353	467 435	499 021	527 180	552 018
nachrichtlich:					
Länder (West) ²	299 759	322 899	348 111	372 352	394 148
Länder (Ost)	57 925	61 874	66 841	70 570	74 066
Gemeinden (West)	67 041	67 155	68 726	68 981	69 030
Gemeinden (Ost)	15 628	15 507	15 343	15 277	14 774
Länder und Gemeinden (West)	366 800	390 054	416 837	441 333	463 178
Länder und Gemeinden (Ost)	73 553	77 381	82 184	85 847	88 840
nachrichtlich:					
Sonderrechnungen Bund	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367
ERP	19 161	19 400	19 261	18 200	15 066
Fonds Deutsche Einheit	39 638	39 441	39 099	38 650	0
Entschädigungsfonds	285	369	469	400	301
	Anteil der Schulden am BIP (in %)				
Öffentlicher Gesamthaushalt	57,0	58,4	61,3	63,0	64,4
Bund	33,0	33,5	35,2	36,2	38,8
Sonderrechnungen Bund	2,8	2,8	2,7	2,6	0,7
Länder	16,9	17,9	19,2	20,0	20,8
Gemeinden	3,9	3,9	3,9	3,8	3,7
nachrichtlich:					
Bund + SR	35,8	36,3	37,9	38,8	39,5
Länder + Gemeinden	20,8	21,8	23,1	23,8	24,6
nachrichtlich:					
Länder (West) ²	14,2	15,1	16,1	16,8	17,5
Länder (Ost)	2,7	2,9	3,1	3,2	3,3
Gemeinden (West)	3,2	3,1	3,2	3,1	3,1
Gemeinden (Ost)	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Länder und Gemeinden (West)	17,4	18,2	19,3	19,9	20,6
Länder und Gemeinden (Ost)	3,5	3,6	3,8	3,9	4,0
nachrichtlich:					
Maastricht-Schuldenstand ³	58,8	60,3	63,8	65,5	67,7
	Schulden insgesamt (€)				
je Einwohner	14 603	15 183	16 063	16 908	17 552
je Erwerbstätigen	30 621	32 054	34 237	35 890	37 323
nachrichtlich:					
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 113,2	2 145,0	2 163,4	2 215,7	2 247,4
Einwohner (in Mio.) (30.6.)	82,440	82,537	82,532	82,501	82,468
Erwerbstätige (Jahresdurchschnitt, in Mio.)	39,316	39,096	38,722	38,868	38,783

¹ Kreditmarktschulden im weiteren Sinne.

² West- und Ost-Berlin.

³ Schuldenstand in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt ³	
	Mrd. €			Anteile am BIP in %			Mrd. €	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	.	.
1965	- 1,4	- 3,2	1,8	- 0,6	- 1,4	0,8	- 4,8	- 2,0
1970	1,7	- 1,2	2,9	0,5	- 0,3	0,8	- 4,1	- 1,2
1975	- 30,9	- 28,8	- 2,1	- 5,8	- 5,4	- 0,4	- 32,6	- 6,1
1976	- 20,5	- 20,2	- 0,3	- 3,5	- 3,5	- 0,1	- 24,6	- 4,2
1977	- 16,0	- 13,2	- 2,8	- 2,6	- 2,1	- 0,4	- 15,9	- 2,6
1978	- 17,5	- 15,8	- 1,7	- 2,6	- 2,4	- 0,3	- 20,3	- 3,0
1979	- 19,2	- 18,5	- 0,7	- 2,7	- 2,6	- 0,1	- 23,8	- 3,3
1980	- 22,5	- 23,6	1,1	- 2,9	- 3,1	0,1	- 29,2	- 3,8
1981	- 32,0	- 34,2	2,2	- 4,0	- 4,3	0,3	- 38,7	- 4,8
1982	- 29,3	- 32,2	2,8	- 3,5	- 3,9	0,3	- 35,8	- 4,3
1983	- 25,5	- 24,8	- 0,7	- 2,9	- 2,8	- 0,1	- 28,3	- 3,2
1984	- 18,3	- 17,5	- 0,8	- 2,0	- 1,9	- 0,1	- 23,8	- 2,6
1985	- 10,9	- 12,8	1,8	- 1,1	- 1,3	0,2	- 20,1	- 2,1
1986	- 11,6	- 15,7	4,2	- 1,1	- 1,6	0,4	- 21,6	- 2,1
1987	- 19,0	- 21,6	2,7	- 1,8	- 2,1	0,3	- 26,1	- 2,5
1988	- 22,3	- 22,3	0,1	- 2,0	- 2,0	0,0	- 26,5	- 2,4
1989	0,8	- 7,4	8,2	0,1	- 0,6	0,7	- 13,8	- 1,2
1990	- 25,1	- 34,9	9,8	- 2,0	- 2,7	0,8	- 48,3	- 3,8
1991	- 43,8	- 54,7	10,9	- 2,9	- 3,6	0,7	- 62,8	- 4,1
1992	- 40,7	- 39,1	- 1,6	- 2,5	- 2,4	- 0,1	- 59,2	- 3,6
1993	- 50,9	- 53,9	3,0	- 3,0	- 3,2	0,2	- 70,5	- 4,2
1994	- 40,9	- 42,9	2,0	- 2,3	- 2,4	0,1	- 59,5	- 3,3
1995	- 59,1	- 51,4	- 7,7	- 3,2	- 2,8	- 0,4	- 55,9	- 3,0
1996	- 62,5	- 56,1	- 6,4	- 3,3	- 3,0	- 0,3	- 62,3	- 3,3
1997	- 50,6	- 52,1	1,5	- 2,6	- 2,7	0,1	- 48,1	- 2,5
1998	- 42,7	- 45,7	3,0	- 2,2	- 2,3	0,2	- 28,8	- 1,5
1999	- 29,3	- 34,6	5,3	- 1,5	- 1,7	0,3	- 26,9	- 1,4
2000	- 23,7	- 24,3	0,6	- 1,2	- 1,2	0,0	- 34,0	- 1,6
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	-	-
2001	- 59,6	- 55,8	- 3,8	- 2,8	- 2,6	- 0,2	- 47,1	- 2,2
2002 ⁵	- 79,6	- 72,7	- 6,9	- 3,7	- 3,4	- 0,3	- 57,1	- 2,7
2003 ⁵	- 86,6	- 78,6	- 8,0	- 4,0	- 3,6	- 0,4	- 68,5	- 3,2
2004 ⁵	- 81,2	- 79,9	- 1,3	- 3,7	- 3,6	- 0,1	- 65,3	- 2,9
2005 ⁵	- 74,5	- 71,2	- 3,4	- 3,3	- 3,2	- 0,1	- 53	- 2,4
2006 ⁶	- 70 1/2			- 3			- 54 1/2	- 2 1/2
2007 ⁶	- 58 1/2			- 2 1/2			- 38 1/2	- 1 1/2

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2006.

⁶ Schätzung; Stand: Juni 2006.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland¹	- 2,9	- 1,1	- 2,0	- 3,2	- 1,2	- 3,7	- 4,0	- 3,7	- 3,3	- 3,1	- 2,5
Belgien	- 9,2	-10,0	- 6,6	- 4,4	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	- 0,3	- 0,9
Dänemark	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 2,0	3,3	1,2	1,0	2,7	4,9	3,9	4,0
Griechenland	-	-	-15,7	-10,2	- 4,0	- 4,9	- 5,8	- 6,9	- 4,5	- 3,0	- 3,6
Spanien	-	-	-	- 6,5	- 1,0	- 0,3	0,0	- 0,1	1,1	0,9	0,4
Frankreich	0,0	- 2,9	- 2,1	- 5,5	- 1,5	- 3,2	- 4,2	- 3,7	- 2,9	- 3,0	- 3,1
Irland	-	-10,7	- 2,8	- 2,1	4,4	- 0,6	0,2	1,5	1,0	0,1	- 0,4
Italien	- 7,0	-12,4	-11,4	- 7,4	- 1,9	- 2,9	- 3,4	- 3,4	- 4,1	- 4,1	- 4,5
Luxemburg	-	-	4,3	2,3	5,9	2,0	0,2	- 1,1	- 1,9	- 1,8	- 1,5
Niederlande	- 3,8	- 3,4	- 5,1	- 4,0	1,4	- 2,0	- 3,1	- 1,9	- 0,3	- 1,2	- 0,7
Österreich	- 1,6	- 2,7	- 2,4	- 5,6	- 1,9	- 0,5	- 1,5	- 1,1	- 1,5	- 1,9	- 1,4
Portugal	- 7,2	- 8,6	- 6,3	- 5,2	- 3,2	- 2,9	- 2,9	- 3,2	- 6,0	- 5,0	- 4,9
Finnland	3,9	3,5	5,4	- 6,2	7,0	4,1	2,5	2,3	2,6	2,8	2,5
Schweden	-	-	-	- 7,0	5,0	- 0,2	0,1	1,8	2,9	2,2	2,3
Vereinigtes Königreich	-	-	- 1,6	- 5,8	1,3	- 1,6	- 3,3	- 3,3	- 3,5	- 3,0	- 2,8
Euroraum	-	-	-	- 5,0	- 1,0	- 2,5	- 3,0	- 2,8	- 2,4	- 2,4	- 2,3
EU-15	-	-	-	- 5,1	- 0,3	- 2,2	- 2,9	- 2,6	- 2,3	- 2,2	- 2,2
Estland	-	-	-	0,4	- 0,4	1,0	2,4	1,5	1,6	1,4	0,8
Lettland	-	-	6,8	- 2,0	- 2,8	- 2,3	- 1,2	- 0,9	0,2	- 1,0	- 1,0
Litauen	-	-	-	- 1,9	- 3,6	- 1,4	- 1,2	- 1,5	- 0,5	- 0,6	- 0,9
Malta	-	-	-	-	- 6,2	- 5,6	-10,2	- 5,1	- 3,3	- 2,9	- 3,2
Polen	-	-	-	- 2,2	- 1,5	- 3,2	- 4,7	- 3,9	- 2,5	- 3,0	- 3,0
Slowakei	-	-	-	- 0,8	-12,2	- 7,7	- 3,7	- 3,0	- 2,9	- 2,7	- 2,1
Slowenien	-	-	-	-	- 3,9	- 2,7	- 2,8	- 2,3	- 1,8	- 1,9	- 1,6
Tschechien	-	-	-	-13,2	- 3,6	- 6,8	- 6,6	- 2,9	- 2,6	- 3,2	- 3,4
Ungarn	-	-	-	-	- 2,3	- 8,4	- 6,4	- 5,4	- 6,1	- 6,7	- 7,0
Zypern	-	-	-	-	- 2,4	- 4,5	- 6,3	- 4,1	- 2,4	- 2,1	- 2,0
EU-25	-	-	-	-	0,8	- 2,3	- 3,0	- 2,6	- 2,3	- 2,3	- 2,2
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,7	- 8,2	- 8,0	- 6,3	- 6,5	- 5,8	- 5,4
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 3,8	- 5,0	- 4,7	- 3,8	- 4,1	- 4,4

¹ Angaben für 2000 und 2002 ohne Erlöse aus den Versteigerungen der UMTS-Lizenzen.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2006.

Für die Jahre 2002 bis 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2006.

Stand: Mai 2006.

14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland	31,2	40,7	42,3	55,5	59,2	60,3	63,8	65,5	67,7	68,9	69,2
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,7	107,7	103,2	98,5	94,7	93,3	89,8	87,0
Dänemark	39,1	75,0	62,0	72,5	51,7	46,8	44,4	42,6	35,8	30,0	26,5
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	111,6	110,7	107,8	108,5	107,5	105,0	102,1
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,5	59,2	52,5	48,9	46,4	43,2	40,0	37,9
Frankreich	20,8	30,3	35,3	55,1	56,7	58,2	62,4	64,4	66,8	66,9	67,0
Irland	69,0	100,5	93,1	81,0	37,8	32,1	31,1	29,4	27,6	27,2	27,0
Italien	56,9	80,5	94,7	121,2	109,2	105,5	104,2	103,8	106,4	107,4	107,7
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	5,8	5,3	6,5	6,3	6,6	6,2	7,9	8,2
Niederlande	44,0	67,5	73,7	74,0	53,6	50,5	51,9	52,6	52,9	51,2	50,3
Österreich	35,4	48,1	56,1	67,9	65,8	66,0	64,4	63,6	62,9	62,4	61,6
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	55,5	57,0	58,7	63,9	68,4	70,6
Finnland	11,4	16,1	14,1	56,5	44,3	41,3	44,3	44,3	41,1	39,7	38,3
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,0	52,3	52,0	51,8	50,5	50,3	47,6	44,8
Vereinigtes Königreich	53,2	52,7	34,0	51,0	41,2	37,6	39,0	40,8	42,8	44,1	44,7
Euroraum	33,7	50,6	57,0	72,2	69,2	68,1	69,3	69,8	70,8	70,5	70,1
EU-15	–	–	–	69,5	63,0	61,5	63,1	63,4	64,6	64,4	64,0
Estland	–	–	–	–	5,1	5,5	6,0	5,4	4,8	3,6	3,0
Lettland	–	–	–	–	12,3	13,5	14,4	14,6	11,9	11,3	10,9
Litauen	–	–	–	–	23,6	22,3	21,2	19,5	18,7	18,9	19,7
Malta	–	–	–	–	56,0	61,2	71,3	76,2	74,7	74,0	74,0
Polen	–	–	–	–	35,9	39,8	43,9	41,9	42,5	45,5	46,7
Slowakei	–	–	–	–	50,0	43,3	42,7	41,6	34,5	34,3	34,7
Slowenien	–	–	–	–	27,6	29,7	29,1	29,5	29,1	29,9	29,7
Tschechien	–	–	–	–	19,1	28,8	30,0	30,6	30,5	31,5	32,4
Ungarn	–	–	–	–	54,3	55,0	56,7	57,1	58,4	59,9	62,0
Zypern	–	–	–	–	59,9	65,2	69,7	71,7	70,3	69,1	67,8
EU-25	–	–	–	–	61,9	60,5	62,0	62,4	63,4	63,2	62,9
Japan	55,0	72,2	68,6	87,7	136,8	152,0	156,3	157,3	158,9	161,1	162,4
USA	45,7	59,5	67,2	74,8	58,5	60,6	64,2	64,8	65,0	66,0	67,1

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1990 und 2002 bis 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2006.

Für die Jahre 1995 und 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2006.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2006.

Stand: Mai 2006.

15 Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2002	2003	2004
Deutschland^{2,3}	22,5	24,6	22,3	22,7	22,7	21,1	21,1	20,4
Belgien	24,8	30,2	28,8	30,1	31,5	31,6	31,0	31,5
Dänemark	37,7	43,2	46,7	48,5	48,3	47,5	47,1	48,4
Finnland	29,1	27,8	33,0	31,8	35,9	33,6	32,8	32,4
Frankreich	21,5	23,1	23,6	24,5	28,4	27,3	27,0	27,5
Griechenland	15,7	16,2	20,5	21,9	26,4	24,4	22,8	–
Irland	26,4	26,9	28,5	28,1	27,9	24,4	25,3	25,7
Italien	16,2	18,9	26,1	28,2	30,8	30,0	30,4	29,5
Japan	15,3	18,0	21,4	17,7	17,2	15,9	15,6	15,8
Kanada	27,8	27,7	31,5	30,6	30,8	28,9	28,6	28,0
Luxemburg	19,1	29,1	29,8	31,1	30,2	29,9	29,8	29,3
Niederlande	23,1	27,0	26,9	24,4	25,2	25,3	24,7	24,8
Norwegen	28,9	33,5	30,6	31,5	34,2	33,8	33,5	35,2
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	29,1	28,6	28,3
Polen	–	–	–	25,8	23,0	23,3	20,0	–
Portugal	14,7	17,0	21,3	23,5	25,5	25,2	25,3	–
Schweden	32,8	33,6	38,7	35,1	39,1	35,0	35,8	36,2
Schweiz	17,0	19,8	19,9	20,3	23,1	22,4	22,0	22,2
Slowakei	–	–	–	–	20,6	19,5	18,7	18,4
Spanien	9,9	11,5	20,8	20,3	22,6	22,6	22,5	22,9
Tschechien	–	–	–	22,0	20,1	20,7	21,3	21,3
Ungarn	–	–	–	27,3	27,6	27,1	26,8	26,3
USA	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	19,4	18,8	18,7
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,3	28,9	31,1	29,6	29,0	29,4

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2004, Paris 2005.

Stand: Oktober 2005.

16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2002	2003	2004
Deutschland^{2,3}	32,3	37,5	35,7	37,2	37,2	35,4	35,5	34,6
Belgien	34,8	42,4	43,2	44,8	45,7	46,2	45,4	45,6
Dänemark	39,2	43,9	47,7	49,5	50,1	48,7	48,3	49,6
Finnland	32,0	36,2	44,3	46,0	48,0	45,8	44,8	44,3
Frankreich	33,7	40,2	42,2	42,9	44,4	43,4	43,4	43,7
Griechenland	22,4	24,2	29,3	32,4	38,2	37,1	35,7	–
Irland	28,8	31,4	33,5	32,8	32,2	28,7	29,7	30,2
Italien	26,1	30,4	38,9	41,2	43,2	42,5	43,1	42,2
Japan	19,6	25,4	29,1	26,7	26,5	25,8	25,3	–
Kanada	30,8	30,9	35,9	35,6	35,6	34,0	33,8	33,0
Luxemburg	26,8	40,8	40,8	42,3	40,6	41,3	41,3	40,6
Niederlande	35,6	43,6	42,9	41,9	41,2	39,2	38,8	39,3
Norwegen	34,4	42,5	41,5	41,1	43,2	43,8	43,4	44,9
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,1	42,6	43,6	43,1	42,9
Polen	–	–	–	37,0	32,5	34,7	34,2	–
Portugal	19,4	24,1	29,2	33,6	36,4	36,5	37,1	–
Schweden	38,5	47,3	53,2	48,5	53,9	50,1	50,6	50,7
Schweiz	22,2	28,5	26,0	27,8	30,5	30,1	29,5	29,4
Slowakei	–	–	–	–	34,3	33,0	31,1	30,8
Spanien	15,8	22,4	32,1	31,8	34,8	34,8	34,9	35,1
Tschechien	–	–	–	37,5	36,0	37,0	37,7	37,6
Ungarn	–	–	–	42,4	39,0	38,8	38,5	37,7
USA	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	26,3	25,6	25,4
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,5	35,1	37,5	35,6	35,6	36,1

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2004, Paris 2005.

Stand: Oktober 2005.

17 Staatsquote im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP						
	1990	2000	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland¹	44,5	45,1	48,3	47,0	46,8	45,7	45,0
Belgien	51,9	48,6	50,1	48,7	49,1	49,0	48,9
Dänemark	55,9	53,9	55,2	55,1	54,0	53,0	52,1
Finnland	48,3	48,8	50,7	50,8	50,9	50,6	50,6
Frankreich	49,3	51,6	53,6	53,5	53,9	53,6	53,0
Griechenland	50,2	52,1	49,9	49,8	47,7	47,1	46,9
Irland	42,9	31,5	33,5	33,7	35,8	35,2	35,2
Italien	54,4	46,9	49,3	48,7	49,2	48,5	49,0
Japan	31,8	38,3	37,6	37,5	37,4	37,6	37,8
Kanada	48,8	41,1	40,9	39,9	39,5	39,6	40,0
Luxemburg	43,3	38,6	45,0	45,2	46,1	45,4	44,7
Niederlande	52,5	43,4	47,1	46,6	47,7	48,1	46,6
Norwegen	54,0	42,7	48,9	46,7	46,1	46,3	46,5
Österreich	51,5	51,4	50,6	49,9	49,5	48,6	48,2
Polen	–	44,9	45,8	44,7	42,8	43,0	42,4
Portugal	40,6	43,7	46,2	46,5	47,6	47,5	47,1
Schweden	61,9	57,4	58,7	57,3	57,2	57,1	56,3
Schweiz	30,0	33,9	36,7	36,7	36,9	36,5	36,1
Slowakei	–	50,9	39,7	40,6	40,2	39,9	39,0
Spanien	42,5	38,9	38,3	38,8	38,5	38,6	38,7
Tschechien	–	42,1	53,5	44,6	44,2	43,0	42,4
Ungarn	–	47,9	49,8	49,7	50,3	48,9	48,8
USA	37,1	34,2	36,7	36,4	36,6	36,9	36,6
Vereinigtes Königreich	42,2	37,5	43,3	43,9	44,9	45,4	45,7

¹ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.
Quelle: OECD-Outlook.
Stand: Dezember 2005.

18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Ausgabenseite						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	79,99	85,14	90,56	100,14	105,68	111,97
davon:						
Agrarpolitik	41,53	43,52	44,38	43,58	48,46	50,99
Strukturpolitik	22,46	23,50	28,53	34,20	32,40	35,64
Interne Politiken	5,30	6,57	5,67	7,26	8,02	8,89
Externe Politiken	4,23	4,42	4,29	4,61	5,48	5,37
Verwaltungsausgaben	4,86	5,21	5,30	5,86	6,29	6,66
Reserven	0,21	0,17	0,15	0,18	0,44	0,46
Heranführungsstrategien	1,40	1,75	2,24	3,05	3,29	2,89
Ausgleichszahlungen				1,41	1,30	1,07
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	- 4,1	6,4	6,4	10,6	5,5	6,0
davon:						
Agrarpolitik	2,5	4,8	2,0	- 1,8	11,2	5,2
Strukturpolitik	- 18,6	4,6	21,4	19,9	- 5,3	10,0
Interne Politiken	- 1,3	24,0	- 13,7	28,0	10,5	10,8
Externe Politiken	10,2	4,5	9,5	7,5	18,9	- 2,0
Verwaltungsausgaben	2,5	7,2	1,7	10,6	7,3	5,9
Reserven	10,5	- 19,0	- 11,8	20,0	144,4	4,5
Heranführungsstrategie	16,7	25,0	54,9	36,2	7,9	- 12,2
Ausgleichszahlungen					- 7,8	- 17,7
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	51,9	51,1	49,0	43,5	45,9	45,5
Strukturpolitik	28,1	27,6	31,5	34,2	30,7	31,8
Interne Politiken	6,6	7,7	6,3	7,2	7,6	7,9
Externe Politiken	5,3	5,2	4,7	4,6	5,2	4,8
Verwaltungsausgaben	6,1	6,1	5,9	5,9	6,0	5,9
Reserven	0,3	0,2	0,2	0,2	0,4	0,4
Heranführungsstrategie	1,8	2,1	2,5	3,0	3,1	2,6
Ausgleichszahlungen				1,4	1,2	1,0
Einnahmenseite						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	94,28	94,08	93,47	103,51	105,68	111,97
davon:						
Zölle	12,83	9,50	9,46	10,59	12,03	12,91
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,82	1,49	1,39	1,71	1,91	1,32
MwSt-Eigenmittel	30,69	22,69	21,82	13,53	15,56	15,88
BSP/BNE-Eigenmittel	34,46	45,85	50,62	69,21	68,88	80,56
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	1,7	- 0,2	- 0,6	10,7	2,1	6,0
davon:						
Zölle	- 2,1	- 26,0	- 0,4	11,9	13,6	7,3
Agrarzölle und Zuckerabgaben	- 15,7	- 18,1	- 6,7	23,0	11,7	- 30,9
MwSt-Eigenmittel	- 12,8	- 26,1	- 3,8	- 38,0	15,0	2,1
BSP/BNE-Eigenmittel	- 8,3	33,1	10,4	36,7	- 0,5	17,0
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	13,6	10,1	10,1	10,2	11,4	11,5
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,9	1,6	1,5	1,7	1,8	1,2
MwSt-Eigenmittel	32,6	24,1	23,3	13,1	14,7	14,2
BSP/BNE-Eigenmittel	36,6	48,7	54,2	66,9	65,2	71,9

Bemerkungen:

1996 bis 2004: Ist-Angaben gem. EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht.

2005: EU-Haushalt einschl. Nachtrags- und Berichtigungshaushalte Nr. 1–8.

2006: Endgültige Feststellung vom 15. Dezember 2005.

Stand: Februar 2006.

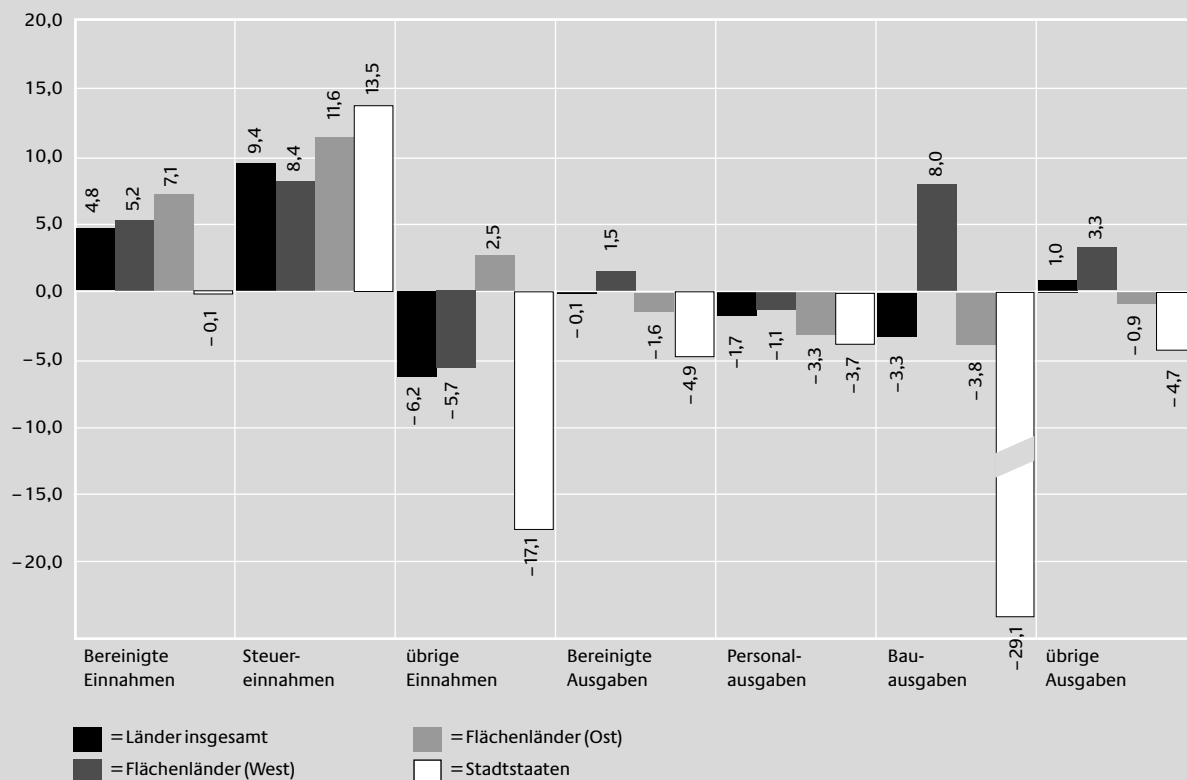
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2006 im Vergleich zum Jahressoll 2006

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	163 030	106 339	48 872	30 552	29 112	19 743	235 562	152 956
darunter:								
Steuereinnahmen	126 670	84 551	23 671	15 927	17 783	12 415	168 124	112 892
übrige Einnahmen	36 360	21 789	25 201	14 625	11 329	7 328	67 438	40 064
Bereinigte Ausgaben	178 070	116 983	51 871	31 854	34 014	22 834	258 504	167 993
darunter:								
Personalausgaben	71 661	48 649	12 768	8 262	11 098	7 391	95 527	64 302
Bauausgaben	2 584	1 088	1 434	635	874	306	4 893	2 029
übrige Ausgaben	103 825	67 246	37 669	22 958	22 042	15 136	158 083	101 662
Finanzierungssaldo	- 15 036	-10 644	- 3 000	- 1 302	- 4 871	- 3 091	- 22 907	- 15 037

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2006

Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %



3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis August 2006; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	August 2005			Juli 2006			August 2006		
		Bund	Länder	Ins-gesamt	Bund	Länder ⁵	Ins-gesamt ⁵	Bund	Länder	Ins-gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	142 302	145 915	277 707	123 551	133 474	247 710	141 626	152 956	284 002
111	darunter: Steuereinnahmen	112 789	103 223	216 012	107 117	97 671	204 788	122 740	112 892	235 632
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	161 538 ³	52 764	214 302	149 442 ³	39 746	189 187	169 080 ³	47 055	216 135
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	184 627	168 149	342 265	161 115	145 669	297 469	180 954	167 993	338 366
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	17 567	65 417	82 984	15 450	55 848	71 299	17 361	64 302	81 663
122	Bausausgaben	2 709	2 099	4 807	2 291	1 623	3 914	2 834	2 029	4 863
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–284	–284	–	–155	–155	–	–283	–283
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	138 066	40 013	178 079	120 393	35 611	156 005	141 708	41 176	182 884
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	– 42 325	– 22 234	– 64 558	– 37 564	– 12 195	– 49 759	– 39 328	– 15 037	– 54 365
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	483	483	–	–	–	–	–	0
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	89	89	–	–	–	–	–	0
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	394	394	–	–	–	–	–	0
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen ²	23 745	12 795	36 540	29 408	3 827	33 234	27 716	5 448	33 163
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	– 1 466	– 1 466	–	– 191	– 191	–	– 191	– 191
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	– 981	– 981	–	– 180	– 180	–	– 180	– 180
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	10 470	7 733	18 203	7 681	15 701	23 381	7 852	11 949	19 801
32	Vorschüsse	–	9 971	9 971	–	14 588	14 588	–	12 304	12 304
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	4 649	4 649	–	2 992	2 992	–	6 051	6 051
34	Saldo (31–32+33)	10 470	2 411	12 881	7 681	4 105	11 785	7 852	5 696	13 548
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 8 110	– 9 081	– 17 191	– 476	– 4 635	– 5 110	– 3 760	– 4 265	– 8 025
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	8 110	7 150	15 260	476	3 125	3 601	3 760	3 573	7 333
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	110	110	–	404	404	–	–	–
56	Zusammen	8 110	7 260	15 370	476	3 529	4 005	3 760	3 573	7 333
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	– 1 821	– 1 821	0	– 1 106	– 1 106	0	– 692	– 692
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁴	–	630	630	–	1 029	1 029	–	664	664
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	1 326	1 326	–	1 922	1 922	–	2 165	2 165

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. ³ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. ⁴ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. ⁵ Wegen EDV-Problemen im Saarland konnten keine Werte für Juli geliefert werden.

Stand: Oktober 2006.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2006; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklb.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	19 365,3	21 724,9	5 756,2	11 322,1	4 077,2	13 364,4	27 856,4	6 979,4	1 677,6
111	darunter: Steuereinnahmen	14 983,6	17 324,0	3 148,3	9 381,3	1 978,2	9 590,3	23 330,9 ⁶	5 062,5	1 328,0
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	306,9	–	292,9	198,9	35,1	187,7	77,2
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	4 919,3	2 583,0	706,2	1 732,0	708,0	3 342,3	10 293,6	4 378,9	1 040,6
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	21 292,3	22 617,0	6 196,3	12 565,8	4 295,9	14 129,1	31 353,3	8 160,8	2 123,6
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	9 426,3	10 427,6	1 438,1	4 517,9	1 003,2	5 655,3 ³	12 158,0 ³	3 413,2	888,8
122	Bausubstanz	232,1	425,7	101,4	193,2	110,1	45,9	69,8	34,7	34,8
123	Länderfinanzausgleich ¹	1 338,6	1 166,2	–	1 448,0	–	–	12,8	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	4 103,3	1 241,3	1 135,2	2 800,3	830,6	3 412,7	9 674,8	3 891,4	665,1
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	– 1 927,0	– 892,1	– 440,1	– 1 243,7	– 218,7	– 764,7	– 3 496,9	– 1 181,4	– 446,0
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	836,6	1 475,6	– 205,3	– 1 146,8	– 119,8	– 853,1	609,1	365,3	366,4
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	0,2	–	–	–	–	–	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	1 353,2	1 183,7	441,2	678,2	200,0	218,9	6 053,1	1 094,9	24,9
32	Vorschüsse	540,0	4 537,0	5,2	40,5	0,9	684,0	3 715,2	716,3	25,5
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	194,5	2 769,8	0,0	401,8	110,3	843,7	394,3	2,9	7,3
34	Saldo (31–32+33)	1 007,7	– 583,5	436,0	1 039,4	309,4	378,6	2 732,2	381,6	6,7
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 82,5	0,0	– 209,4	– 1 351,2	– 29,1	– 1 239,2	– 155,6	– 434,5	– 72,9
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	460,0	1 391,0	0,0	234,0	250,0	435,0	38,2
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	–	–
56	Zusammen	0,0	0,0	460,0	1 391,0	0,0	234,0	250,0	435,0	38,2
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)⁴	– 82,5	0,0	250,6	39,8	– 29,1	– 1 005,2	94,4	0,5	– 34,7
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁷	–	–	–	–	–	608,5	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt- kasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	843,7	391,4	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne September-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ NW – Darin enthalten 424,515 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁷ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Oktober 2006.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2006; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	10 084,4	5 613,6	4 620,1	5 020,6	11 356,2	2 042,5	6 593,7	152 955,7
111	darunter: Steuereinnahmen	5 214,9	2 956,3	3 550,0	2 629,1	5 721,2	1 315,8	5 377,6	112 892,0
112	Länderfinanzausgleich ¹	687,1	387,7	72,0	384,4	1 666,2	202,8	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	473,8	5 403,6	2 163,5	1 352,9	6 709,9	1 257,8	–10,4	47 055,0
12	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	9 194,5	6 264,3	5 311,9	5 903,4	13 891,1	2 707,8	6 484,5	167 992,7
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	2 761,6	1 472,9	2 162,1	1 586,6	4 430,2	847,4	2 113,2	64 302,4
122	Bausausgaben	294,0	38,4	51,5	90,6	103,9	39,8	162,6	2 028,5
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	249,9	–283,4
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 539,3	3 805,1	1 862,7	327,3	4 808,1	1 079,0	–	41 176,2
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	889,9	– 650,6	– 691,8	– 882,8	– 2 534,9	– 665,3	109,2	– 15 036,9
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	–988,2	1 594,0	314,3	1 024,4	1 911,2	267,9	–4,1	5 447,5
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–190,9	–190,7
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–180,1	–	–	–	–180,1
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	386,3	82,7	0,0	21,3	51,0	108,3	51,1	11 948,8
32	Vorschüsse	625,6	1 064,3	0,0	148,0	–	–27,6	229,1	12 304,0
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	237,8	15,9	0,0	2,2	294,8	173,4	602,3	6 051,0
34	Saldo (31–32+33)	–1,5	–965,7	0,0 ⁵	–124,5	345,8	309,3	424,3	5 695,8
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–99,8	–22,3	–377,5	–163,0	–277,9	–88,1	338,5	–4 264,5
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	0,0	165,0	292,0	99,3	208,0	3 572,5
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	–
56	Zusammen	0,0	0,0	0,0	165,0	292,0	99,3	208,0	3 572,5
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) ⁴	–99,8	–22,3	–377,5	2,0	14,1	11,2	546,5	–692,0
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit ⁷	–	–	–	–	–	–	55,8	664,3
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	294,8	32,9	602,3	2 165,1

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne September-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ NW – Darin enthalten 424,515 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁷ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Oktober 2006.

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbs- quote ²	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote ⁴
	Mio.	Verän- derung in % p. a.				gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	
						Veränderung in % p. a.			
1991	38,6	.	50,8	2,0	4,9	.	.	.	23,2
1992	38,1	– 1,5	50,1	2,3	5,7	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	– 1,3	49,7	2,8	6,9	– 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	– 0,1	49,7	3,0	7,4	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,5	2,9	7,1	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	– 0,3	49,5	3,1	7,7	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	– 0,1	49,8	3,5	8,6	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,2	3,3	8,1	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,5	3,1	7,5	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,0	2,9	6,9	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,1	2,9	6,9	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	– 0,6	51,2	3,2	7,6	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	– 1,0	51,3	3,7	8,7	– 0,2	0,8	1,2	17,8
2004	38,9	0,4	51,8	3,9	9,2	1,2	0,9	0,7	17,4
2005	38,8	– 0,1	51,7	3,9	9,1	0,9	1,0	1,3	17,3
2000/1995	38,0	0,8	50,1	3,1	7,6	2,0	1,2	2,0	21,3
2005/2000	39,0	– 0,2	51,4	3,4	8,1	0,6	0,8	1,3	18,7

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95, Statistische Bundesamt 17. August 2006. ² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. ³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. ⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

2 Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haus- halte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2000=100)	Lohnstück- kosten ²
	Veränderung in % p. a.						
1991
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	– 0,7	0,7	1,0	1,5	0,4
1997	2,1	0,3	– 2,2	0,9	1,4	1,9	– 0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	– 0,7	– 4,8	0,9	0,9	1,4	0,7
2001	2,5	1,2	– 0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	0,9	1,0	1,0	0,9	1,5	1,1	0,7
2004	2,1	0,9	– 0,2	1,0	1,6	1,6	– 0,5
2005	1,5	0,6	– 0,8	0,9	1,4	2,0	– 0,9
2000/1995	2,2	0,2	– 1,1	0,5	0,8	1,3	0,2
2005/2000	1,7	1,0	0,4	1,0	1,5	1,6	0,1

¹ Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. ² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

3 Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	- 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	- 3,6	97,72	45,89	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,52	43,90	35,7	31,7	4,0	2,0
2004	9,5	7,0	110,88	85,13	38,2	33,2	5,0	3,9
2005	8,1	8,6	116,01	94,78	40,7	35,5	5,2	4,2
2000/1995	9,2	9,4	16,8	- 18,2	28,0	27,1	0,9	- 0,9
2005/2000	5,8	3,2	76,6	40,4	36,4	32,9	3,5	1,8

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks- einkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
	Veränderung in % p. a.			in %		Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	- 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	- 2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	- 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	- 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	- 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	- 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	- 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	- 0,1
2003	1,3	3,9	0,3	70,9	72,0	1,2	- 0,8
2004	3,4	10,4	0,5	68,9	70,2	0,6	0,8
2005	1,5	6,2	- 0,7	67,4	69,0	0,3	- 1,1
2000/1995	1,8	1,2	2,0	71,1	71,8	1,1	- 0,1
2005/2000	1,9	5,2	0,5	70,4	71,6	1,1	0,1

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. ² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). ³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).
Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland	2,2	5,7	1,9	3,2	0,1	- 0,2	1,6	0,9	1,7	1,0
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,9	1,5	0,9	2,6	1,2	2,3	2,1
Dänemark	3,6	1,0	3,1	3,5	0,5	0,7	1,9	3,1	3,2	2,3
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	3,8	4,8	4,7	3,6	3,5	3,4
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	2,7	3,0	3,1	3,4	3,1	2,8
Frankreich	1,9	2,7	2,4	4,1	1,2	0,8	2,3	1,4	1,9	2,0
Irland	3,1	7,6	9,8	9,2	6,1	4,4	4,5	4,7	4,9	5,1
Italien	2,8	2,1	2,8	3,6	0,3	0,0	1,1	0,0	1,3	1,2
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	3,6	2,0	4,2	4,2	4,4	4,5
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,5	0,1	- 0,1	1,7	1,1	2,6	2,6
Österreich	2,6	4,6	1,9	3,4	1,0	1,4	2,4	1,9	2,5	2,2
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	0,8	- 1,1	1,1	0,3	0,9	1,1
Finnland	3,4	- 0,3	3,4	5,0	2,2	2,4	3,6	2,1	3,6	2,9
Schweden	2,2	1,0	3,9	4,3	2,0	1,7	3,7	2,7	3,4	3,0
Vereinigtes Königreich	3,6	0,7	2,9	4,0	2,0	2,5	3,1	1,8	2,4	2,8
Euroraum	2,3	3,6	2,4	3,8	0,9	0,7	2,0	1,3	2,1	1,8
EU-15	2,5	3,0	2,6	3,9	1,1	1,1	2,3	1,5	2,2	2,0
Estland	-	-	4,5	7,9	7,2	6,7	7,8	9,8	8,9	7,9
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	6,5	7,2	8,5	10,2	8,5	7,6
Litauen	-	-	3,3	3,9	6,8	10,5	7,0	7,5	6,5	6,2
Malta	-	-	6,2	6,4	1,5	- 2,5	- 1,5	2,5	1,7	1,9
Polen	-	-	7,0	4,2	1,4	3,8	5,3	3,2	4,5	4,6
Slowakei	-	-	5,8	2,0	4,6	4,5	5,5	6,0	6,1	6,5
Slowenien	-	-	4,1	4,1	3,5	2,7	4,2	3,9	4,3	4,1
Tschechien	-	-	5,9	3,9	1,5	3,2	4,7	6,0	5,3	4,7
Ungarn	-	-	1,5	5,2	3,8	3,4	4,6	4,1	4,6	4,2
Zypern	-	-	9,9	5,0	2,1	1,9	3,9	3,8	3,8	3,8
EU-25	-	-	2,6	3,9	1,2	1,2	2,4	1,6	2,3	2,2
Japan	5,1	5,2	1,9	2,9	0,1	1,8	2,3	2,7	2,8	2,4
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	1,6	2,7	4,2	3,5	3,2	2,7

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2006.

Für die Jahre ab 2002: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2006.

Stand: Mai 2006.

6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland	1,9	1,4	1,0	1,8	1,9	1,7	2,3
Belgien	2,4	1,6	1,5	1,9	2,5	2,4	2,1
Dänemark	2,3	2,4	2,0	0,9	1,7	2,1	2,0
Griechenland	3,7	3,9	3,4	3,0	3,5	3,3	3,3
Spanien	2,8	3,6	3,1	3,1	3,4	3,6	3,1
Frankreich	1,8	1,9	2,2	2,3	1,9	1,9	1,8
Irland	4,0	4,7	4,0	2,3	2,2	2,4	2,3
Italien	2,3	2,6	2,8	2,3	2,2	2,2	2,0
Luxemburg	2,4	2,1	2,5	3,2	3,8	4,1	3,4
Niederlande	5,1	3,9	2,2	1,4	1,5	1,8	2,1
Österreich	2,3	1,7	1,3	2,0	2,1	1,7	1,6
Portugal	4,4	3,7	3,3	2,5	2,1	2,7	2,4
Finnland	2,7	2,0	1,3	0,1	0,8	1,4	1,4
Schweden	2,7	1,9	2,3	1,0	0,8	1,1	1,8
Vereinigtes Königreich	1,2	1,3	1,4	1,3	2,1	2,0	2,0
Euroraum	2,4	2,3	2,1	2,1	2,2	2,2	2,2
EU-15	2,2	2,1	2,0	2,0	2,1	2,1	2,2
Estland	5,6	3,6	1,4	3,0	4,1	3,6	2,9
Lettland	2,5	2,0	2,9	6,2	6,9	6,7	5,6
Litauen	1,6	0,3	– 1,1	1,2	2,7	3,5	3,3
Malta	2,5	2,6	1,9	2,7	2,5	2,9	2,7
Polen	5,3	1,9	0,7	3,6	2,2	1,0	2,0
Slowakei	7,2	3,5	8,4	7,5	2,8	4,4	2,7
Slowenien	8,6	7,5	5,7	3,7	2,5	2,4	2,5
Tschechien	4,5	1,4	– 0,1	2,6	1,6	2,5	2,7
Ungarn	9,1	5,2	4,7	6,8	3,5	2,3	3,3
Zypern	2,0	2,8	4,0	1,9	2,0	2,4	2,2
EU-25	2,5	2,1	1,9	2,1	2,2	2,1	2,2
Japan	– 0,6	– 0,9	– 0,3	0,0	– 0,3	0,7	1,0
USA	2,8	1,6	2,3	2,7	3,4	2,9	1,6

Quellen: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2006.
Stand: Mai 2006.

7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung									
	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,2	8,2	9,0	9,5	9,5	9,4	9,2
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	7,5	8,2	8,4	8,4	8,0	7,6
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,6	5,4	5,5	4,8	4,0	3,8
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,3	10,3	9,7	10,5	9,8	9,5	9,1
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	11,1	11,1	10,6	9,2	8,7	8,3
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	8,9	9,5	9,6	9,5	9,4	9,3
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	4,5	4,7	4,5	4,3	4,4	4,4
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,6	8,4	8,0	7,7	7,7	7,7
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	2,8	3,7	4,8	5,3	5,7	5,8
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	2,8	3,7	4,6	4,7	4,3	3,9
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,2	4,3	4,8	5,2	5,2	5,2
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,0	5,0	6,3	6,7	7,6	8,1	8,3
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,1	9,0	8,8	8,4	7,9	7,6
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	4,9	5,6	6,3	7,8	7,0	6,7
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	5,1	4,9	4,7	4,7	5,0	4,8
Euroraum	9,3	7,6	10,5	8,2	8,3	8,7	8,9	8,6	8,4	8,2
EU-15	9,4	7,3	10,1	7,7	7,6	8,0	8,1	7,9	7,8	7,6
Estland	–	0,6	9,7	12,8	10,3	10,0	9,7	7,9	7,0	6,3
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	12,2	10,5	10,4	9,0	8,4	7,9
Litauen	–	5,3	12,7	16,4	13,5	12,4	11,4	8,2	7,1	6,5
Malta	–	4,8	4,9	6,7	7,5	7,6	7,3	7,3	7,4	7,4
Polen	–	–	13,2	16,1	19,9	19,6	19,0	17,7	16,2	15,2
Slowakei	–	–	13,2	18,8	18,7	17,6	18,2	16,4	15,5	14,8
Slowenien	–	–	6,9	6,7	6,3	6,7	6,3	6,3	6,3	6,3
Tschechien	–	–	3,9	8,7	7,3	7,8	8,3	7,9	7,7	7,6
Ungarn	–	–	10,0	6,4	5,8	5,9	6,1	7,2	7,7	7,6
Zypern	–	–	3,5	4,8	3,6	4,1	4,7	5,3	5,4	5,4
EU-25	–	–	10,4	8,6	8,8	9,0	9,1	8,7	8,5	8,2
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,4	5,3	4,7	4,4	4,3	4,3
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,8	6,0	5,5	5,1	4,8	5,1

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2006.

Für die Jahre ab 2002: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2006.

Stand: Mai 2006.

8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanzsaldo in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2004	2005	2006 ¹	2007 ¹	2004	2005	2006 ¹	2007 ¹	2004	2005	2006 ¹	2007 ¹
Gemeinschaft unabhängiger Staaten	8,4	6,5	6,8↑	6,5↑	10,3	12,3	9,6↓	9,3↓	8,1	8,8↓	10,1↑	9,4↑
darunter												
Russische Föderation	7,2	6,4	6,5↑	6,5↑	10,9	12,6	9,7↓	8,5↓	9,9	10,9↓	12,3↑	10,7↑
Ukraine	12,1	2,6	5,0↑	2,8↓	9,0	13,5	9,3↓	13,5↑	10,6↑	3,1↑	-2,2↓	-3,8↓
Asien	8,5↑	8,5↑	8,3↑	8,2↑	3,9↓	3,4↓	3,6↓	3,5↓	3,9	4,7↑	4,3↑	4,2↑
darunter												
China	10,1	10,2↑	10,0↑	10,0↑	3,9	1,8	1,5↓	2,2	3,6	7,2↑	7,2↑	7,2↑
Indien	8,0↓	8,5↑	8,3↑	7,3↑	3,9↑	4,0↓	5,6↑	5,3↑	0,2	-1,5↑	-2,1↑	-2,7↑
Indonesien	5,1	5,6	5,2↑	6,0	6,1	10,5	13,0↓	5,9↓	0,6↓	0,3↓	0,2↓	0,6↑
Korea	4,7↑	4,0	5,0↓	4,3↓	3,6	2,7	2,5	2,7↓	4,1	2,1	0,4↓	0,3↓
Thailand	6,2	4,5↑	4,5↓	5,0↓	2,8	4,5	4,9↑	2,6↑	4,2	-2,1↑	-0,8↑	-1,3↑
Türkei ²	8,9	7,4	5,0↓	5,0	8,6	8,2	10,2↑	7,2↑	-5,2	-6,4↓	-6,7↓	-5,8↑
Lateinamerika	5,7↑	4,3	4,8↑	4,2↑	6,5	6,3	5,6↓	5,2↓	0,9	1,4↑	1,2↑	1,0↑
darunter												
Argentinien	9,0	9,2	8,0↑	6,0↑	4,4	9,6	12,3↓	11,4↓	2,2	1,9↑	1,0↓	0,6↑
Brasilien	4,9	2,3	3,6↑	4,0↑	6,6	6,9	4,5↓	4,1↓	1,9	1,8	0,6↓	0,4↑
Chile	6,2↑	6,3	5,2↓	5,5↑	1,1	3,1	3,5↓	3,1↑	1,7↑	0,6↑	1,8↑	0,9↑
Mexiko	4,2	3,0	4,0↑	3,5↑	4,7	4,0	3,5	3,3↑	-1,0↑	-0,6↑	-0,1↑	-0,2↑
Venezuela	17,9	9,3	7,5↑	3,7↑	21,7	15,9	12,1↑	15,4↑	12,5	19,1	17,5↑	17,6↑

¹ Prognosen des IWF [↑/↓ = aktuelle Prognose ggü. der vorigen (März 2006) angehoben/gesenkt].

² Zuordnung lt. IWF World Economic Outlook.

Quelle: IWF World Economic Outlook, September 2006.

9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 3. Januar 2005 = 100 %

(3. Januar 2005 bis 13. Oktober 2006)



10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes

	Schlussstände 13.10.2006	Ende 2005	Änderung in % zu Ende 2005	Tief 2006	Hoch 2006
Dow Jones	11 961	10 718	11,60	10 156	11 961
Eurostoxx 50	3 679	3 349	9,86	3 183	3 690
Dax	6 174	5 408	14,15	5 244	6 189
CAC 40	5 353	4 715	13,53	4 565	5 373
Nikkei	16 537	16 111	2,64	14 046	17 563

Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Schlussstände 13.10.2006	Ende 2005	Spread zu US-Bond	Tief 2006	Hoch 2006
			in %		
USA	4,80	4,39	–	4,33	5,25
Bund	3,82	3,30	– 0,98	3,26	4,12
Japan	1,77	1,47	– 3,04	1,43	2,00

Währungen

	Schlussstände 13.10.2006	Ende 2005	Änderung in % zu Ende 2005	Tief 2006	Hoch 2006
Dollar/Euro	1,25	1,18	5,68	1,18	1,29
Yen/Dollar	119,60	117,92	1,42	109,67	119,74
Yen/Euro	149,68	139,58	7,24	137,50	150,29
Pfund/Euro	0,67	0,69	– 1,96	0,67	0,70

HERAUSGEBER:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
REFERAT INFORMATION UND PUBLIKATION
WILHELMSTRASSE 97
10117 BERLIN
[HTTP://WWW.BUNDESFINANZMINISTERIUM.DE](http://www.bundesfinanzministerium.de)
ODER
[HTTP://WWW.BMF.BUND.DE](http://www.bmf.bund.de)

REDAKTION:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
ARBEITSGRUPPE MONATSBERICHT
REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE
BERLIN, OKTOBER 2006

SATZ UND GESTALTUNG:

HEIMBÜCHEL PR,
KOMMUNIKATION UND PUBLIZISTIK GMBH,
BERLIN/KÖLN

DRUCK:

BONIFATIUS GMBH, PADERBORN

BEZUGSSERVICE FÜR PUBLIKATIONEN DES

BUNDESMINISTERIUMS DER FINANZEN:

TELEFONISCH 0 30 18 / 68 23 300

PER TELEFAX 0 30 18 / 68 23 765

ISSN 1618-291X



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.